

2021

DIE VOLKSPOLIZEI



„Die Volkspolizei“
Zeitschrift für
Angehörige der
Deutschen Volkspolizei

Ausgabe: 7/1982

Chris

www.polizeilada.de

06.03.2021

ZUR BEACHTUNG

Die Informationen in diesem Dokument dienen ausschließlich zur Aufklärung und Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehen und der militärhistorischen und wissenschaftlichen Forschung. Die Veröffentlichung hat keinen politischen Hintergrund. Der Herausgeber¹ distanziert sich ausdrücklich von Kriegsverherrlichung und extremistischen Zielen, sowie von Menschen- oder Völkerrechtswidrigen Handlungen.

Anmerkungen und Fußnoten sind entsprechen der Quellen gekennzeichnet. Diesbezüglich auch Fotos und Abbildungen, welche nicht selbst erstellt wurden.

Die Datei und deren Inhalte wurden nur für den privaten Gebrauch erstellt². Eine gewerbliche Nutzung ist nicht gestattet. Eine Verwendung der Datei in Print- oder elektronischen Medien ist nur mit Zustimmung des Autors - hier IG Historische Einsatzfahrzeuge der Polizei - gestattet. Bei Verwendung von Auszügen aus dieser Datei, ist generell der Urheber zu vermerken. Dies betrifft auch Anmerkungen und Fußnoten.

Diese Datei ist als Datenbankwerk im Sinne der §§ 5, 55a UrhG urheberrechtlich geschützt. Somit ist eine Vervielfältigung, unberechtigte Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe, nur mit schriftlicher Genehmigung des Erstellers dieser Datei gestattet.

Es wird ausdrücklich jede Gewährleistung für die Benutzung der Datei ausgeschlossen. Die Datei wurde so erstellt, wie diese zur Verfügung gestellt wurde.

Für Haftungen, gleich welcher Art, ist der Ersteller dieser Datei im Innerverhältnis freizustellen. Sollten berechnigte Ansprüche bestehen, so ist vorab der Ersteller dieser Datei zu konsultieren. Gerichts- und anwaltliche Kosten, hat der Antragsgegner zu tragen, sofern nicht besondere Gründe diesem entgegen stehen.

Bei Verletzung der zuvor genannten Bedingungen, behält es sich der Ersteller dieser Datei vor, Vermögensschäden welche aus der Verwendung dieser Datei, des Inhaltes sowie der enthaltenen Informationen oder aus der Unmöglichkeit diese Datei weiter zu verwenden, entstehen diese Ansprüche gegen den Verursacher geltend zu machen.

Für Schäden oder Beschädigungen, welche durch die Benutzung dieser Datei entstehen, ist eine Haftung durch den Ersteller dieser Datei/Webseite generell aus zu schließen.

¹ Herausgeber/Autor/Ersteller

² es auch nicht gestattet, die Datei kommerziell aus "Privatperson" zu nutzen. D.h. die Datei zu Reproduzieren und in Internethandelsplattformen, Veranstaltungen oder Tausch- und Handelsplätzen gegen Entgelt anzubieten.

DIE 
VOLKSPOLIZEI
7182



7/82 XXXV. Jahrgang **DIE VOLKSPOLIZEI**
 ZEITSCHRIFT FÜR DIE ANGEHÖRIGEN DER DEUTSCHEN VOLKSPOLIZEI

SIE LESEN IN DIESEM HEFT:

Der Schutz der Volkswirtschaft — eine komplexe Aufgabe ● Nyffenegger, Willi	1
Produktion und Sicherheit — eine Einheit ● Dr. Frohn, Werner	4
Vorbeugen ist der beste Schutz ● Redszus, Günter	6
Parteioaktivisten melden sich zu Wort	8
Für hohes Leistungswachstum ● Czogalla, Werner	10
Was rechtserzieherischer Einfluß bewirkt ● Brusko, Johann	12
Höchstmaß an Vorbild ● Kühl, Gerhard	13
Ernteverluste rechtzeitig vorbeugen ● Lange, Erich	15
Das Volkvermögen sorgsam bewahren ● Jurjew, P.	16
Ein entscheidendes Qualitätskriterium ● Mai, Günter	18
Auf die Transportverlagerung eingestellt ● Blazek, Erich/Dönike, Jobst	20
Helfererkundungen	22
Neue Rechtsvorschriften zum Schutz unserer Staatsgrenze ● Schäfer, Helmut	26
Ergebnisreicher Vergleich in der Schießausbildung und in der Körperertüchtigung ● Thieme, Klaus	27
Grundtorheit Antikommunismus	30
Beilage: Verordnung über die freiwilligen Helfer der Deutschen Volkspolizei, Vierte Verordnung über das Verhalten im Straßenverkehr, Gesetz über den Verkehr mit Sprengmitteln	
Redaktionsschluß: 29. Mai 1982	

DIE VOLKSPOLIZEI, Redaktion: 1034 Berlin, Wedekindstraße 10. Telefon: 3 81 34 61, 63, 65, 66. Verantwortlicher Redakteur: Gerhard Fredrich. Redaktionsbeirat: Dieter Behnke, Wilhelm Böckmann, Dr. Gerhard Geisler, Hans-Joachim Gerbitz, Werner Hölling, Manfred Janik, Egon Jorra, Werner Neumann, Helmut Porellig, Prof. Dr. Rolf Schubert, Dr. Karlheinz Speckhardt, Manfred Zauner. Erscheint monatlich im Auftrage des Ministeriums des Innern, Halbjahresabonnement 2,- Mark, Einzelheft 0,50 Mark. Lizenznummer 1513 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrats. DIE VOLKSPOLIZEI ist Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold, des Ehrenzeichens der Deutschen Volkspolizei und anderer staatlicher sowie gesellschaftlicher Auszeichnungen. Druck: (87/11) Druckerei des Ministeriums des Innern, 1000 Berlin. Index: 33 7 21.

Zusammenhänge und Erfordernisse erkennen

Mehr Erzeugnisse für die Bevölkerung, für die Volkswirtschaft und den Export erfordern einen entschiedenen, bisher noch nie dagewesenen Leistungszuwachs. Damit ergeben sich zugleich größere Anforderungen an den sicheren Schutz der Volkswirtschaft, einen der bedeutsamsten Schwerpunkte von Ordnung und Sicherheit und somit der polizeilichen Tätigkeit.

Havarien, Brände und Straftaten können hohe materielle Verluste nach sich ziehen. Angesichts dessen ist deren Vermeidung und Vorbeugung durch strikte Wahrung der Gesetzmäßigkeit eine wichtige Bedingung für die Planerfüllung, für die Steigerung des Nationaleinkommens und somit für die Verbesserung des Lebensniveaus. Sie weiter auszuschöpfen setzt in erster Linie gründliche Kenntnis der Wirtschaftsstrategie für unser weiteres Vorranschieben voraus, erfordert, Gesetzmäßigkeiten, Zusammenhänge und Erfordernisse gesellschaftlicher Prozesse vollständig zu erfassen. Dadurch bilden sich Denk- und Verhaltensweisen heraus, die die störungsfreie Produktion fördern. Sie widerspiegeln sich vor allem in den Anstrengungen, durch engere Zusammenarbeit mit den anderen staatlichen Einrichtungen und den wirtschaftsleitenden Organen sowie mit den gesellschaftlichen Kräften, insbesondere mit den Gewerkschaftsleitungen, schädliche Auswirkungen zu verhindern. Wie sich derartige Gegebenheiten in der Praxis zeigen, verdeutlichen nachfolgende Beiträge.

G. R.



Ein Wort zum Titel

Beim Schutz des Betriebes, der Anlagen und Objekte beim störungsfreien Produktionsablauf geht es um unabdingbare Voraussetzungen für den erforderlichen Leistungszuwachs unserer Volkswirtschaft. Jederzeit darauf bedacht, richtet der Diensthabende Obermeister der VP Dietmar Mühl das Augenmerk der 85-Angehörigen auf die strikte Einhaltung der einschlägigen

Rechtsvorschriften und Regelungen, kann doch die kleinste Nachlässigkeit riesige Auswirkungen haben. Wie er seine Aufgaben wahrnimmt, lesen Sie auf den Seiten 6 bis 7.

Fotos: Dieter Hyronimus

Titelgestaltung: Helga Wührl

ALLE KRAFT**FÜR HOHE
ÖFFENTLICHE ORDNUNG
UND SICHERHEIT
ZUM ZUVERLÄSSIGEN SCHUTZ
DER SOZIALISTISCHEN
ERRUNGENSCHAFTEN**

Der Schutz der Volkswirtschaft – eine komplexe Aufgabe

Generalmajor Willi Nyffenegger

Beim Schutz und bei der Gewährleistung der störungsfreien Entwicklung der Volkswirtschaft geht es um höhere Qualität der politischen und fachlichen Führung. Dieser Anspruch ergibt sich zwangsläufig aus den wachsenden Erfordernissen des Kampfes um den Frieden, aus dem gewachsenen Schutzbedürfnis unseres Staates und aus der größeren Reife aller gesellschaftlichen Prozesse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, insbesondere aus der zwingenden Notwendigkeit eines bedeutenden Leistungszuwachses unserer Volkswirtschaft.

Ausgehend von den gestiegenen Anforderungen bei der Verwirklichung der vom X. Parteitag beschlossenen Wirtschaftsstrategie, richten sich unsere Anstrengungen auf die Absicherung des wirtschaftlichen Leistungsanstiegs durch zuverlässigen Schutz der Volkswirtschaft und Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung. Dazu gehört, die staatlichen Leiter, die gesellschaftlichen Organisationen und schließlich alle Werktätigen bei der vollen Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Unantastbarkeit des Volkseigentums sowie einen störungsfreien Ablauf der ökonomischen Prozesse zu unterstützen und diesbezüglich die politisch-ideologischen und organisatorischen Aktivitäten auf ein höheres Niveau zu heben.

Leistungswachstum und Effekt der eigenen Arbeit

Wie auf der 3. ZK-Tagung und auf der Beratung mit den 1. Kreissekretären überzeugend dargelegt wurde, rückt die Sicherung des dynamischen Leistungswachstums immer mehr in das Zentrum des Kampfes für die Stärkung des Sozialismus, für das Wohl des Volkes und die Erhaltung des Friedens.

Bei der Mehrzahl der Angehörigen aller

1. Im Bezirk werden im Planjahr fünf etwa 62 000 Neubauwohnungen errichtet und rund 30 000 Wohnungen modernisiert.

2. In der Elektrotechnik/Elektronik, dem Zweig mit den höchsten Ressourcen und dem größten Produktionsanteil im Bezirk, dominiert die Entwicklung, Produktion und Anwendung der Mikroelektronik.

3. Vorgesehen ist der erweiterte Kohleabbau im östlichen Raum.

4. Der Landmaschinenbau hat die Produktion von über 25 000 Mähreschern zu gewährleisten.

5. Im Erzbau und in der Metallurgie lauten die Schwerpunkte: Verfahrens- und Erzeugnisentwicklung sowie Steigerung der Zinnproduktion.

6. Großen Anteil haben außerdem die chemische Industrie, der polygraphische Maschinenbau, der Werkzeugmaschinenbau und der Schienenfahrzeugbau.

7. Die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft hält Kurs auf Produktions- und Qualitätssteigerungen bei gleichzeitiger Verbesserung des Aufwand-Nutzen-Verhältnisses, auf stabile Versorgung der Bevölkerung und auf die Sicherung der Futterbasis.

Dienstzweige und Organe im Bezirk Dresden konnte die Überzeugung gefestigt werden, daß der geplante Leistungszuwachs in der Volkswirtschaft größeren Effekt der eigenen Arbeit verlangt, verbunden mit der besseren Nutzung der gesellschaftlichen Potenzen. Dafür sprechen zahlreiche Aktivitäten und Ergebnisse.

Die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe erhalten zweckmäßige Informationen, Empfehlungen und Hinweise. In der operativ-vorbeugenden Tätigkeit konzentrieren sich Volkspolizei und Feuerwehr auf die ökonomischen Schwerpunkte.

Jeder achte Einwohner des Bezirks erfüllt ehrenamtliche Aufgaben zum Vorteil für Ordnung und Sicherheit sowie bei der Rechtserziehung. Die Bewegung der Werktätigen, selbst für vorbildliche Ordnung und Sicherheit zu sorgen, hat an Breite zugenommen.

Auf Schwerpunkte konzentriert

Auf der Grundlage der Aufgabenstellung des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei und der gesellschaftlichen Entwicklung des Bezirks konzentriert sich die Leitung der BDVP in ihrer politischen und operativen Führung auf Schwerpunkte. So wird die Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen, Kombinat und Betrieben nutzbringender gestaltet. Die aussagekräftigen Informationen betreffen insbesondere die Aufdeckung und Beseitigung von Ursachen und begünstigenden Bedingungen für Straftaten sowie andere Störungen. Gleichfalls soll die Kontrolle abrechenbarer und verbindlicher werden.

Der besseren Arbeit mit den gesellschaftlichen Kräften sowie zur Unterstützung der Bewegung für Ordnung und Sicherheit dienen klare Vorgaben, exakte Organisation und Abrechnung. Ein weiteres vorrangiges Anliegen ist es, die Schutz- und Sicherungsanforderungen für Baustellenkomplexe, vorgelegte Produktionsbereiche und Transporte im Wohnungsbau exakt zu bestimmen. Die erforderliche Aufmerksamkeit widmen wir der Bekämpfung von Straftaten gegen die planende und leitende Tätigkeit in der Volkswirtschaft sowie gegen die finanziellen und materiellen Fonds sowie dem Schutz von Geldinstituten, dem ordnungsgemäßen Umgang und sicheren Transport von Bargeld, dem Schutz wertvoller Kulturgüter. Insbesondere soll hierbei die



Foto: Henry Herrmann

Leistungen

Höhepunkt der „Woche der Jugend und der Sportler 1982“ waren auch in diesem Jahr zentrale Veranstaltungen mit vorbildlichen Jugendkollektiven. Im Amtssitz des Staatsrats verlieh der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, den Ehrentitel „Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR“; unter den 200 Ausgezeichneten auch Kollektive aus den Organen des Mdl.

Traditionell trafen an diesem Tag junge Angehörige unserer Dienststellen, Einheiten und Schulen zu Gesprächen mit Mitgliedern des Kollegiums, Generalen und leitenden Offizieren im Ministerium des Innern zusammen. Als Gast nahm teil der Leiter der Abteilung bewaffnete Organe des Zentralrats der FDJ.

Der Stellvertreter des Ministers und Leiter der Politischen Verwaltung, Generalleut-

vorbeugende Arbeit verbessert werden. Mit größerer Konsequenz werden die Brandschutzbestimmungen durchgesetzt, und zwar durch qualifizierte staatliche Kontrolle, verstärkte Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte und exakte Abstimmung mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Kontrollorganen.

Der Einsparung von Kraftstoff und der Verwirklichung des Verkehrssicherheitsprogramms dient die Gestaltung eines sicheren und flüssigen Straßenverkehrs. Ein wichtiger Schwerpunkt ist der zuverlässige Schutz der Betriebe und Einrichtungen, einschließlich ihrer Objekte und Anlagen.

Diese Schwerpunkte sind Bestandteil der langfristigen Planung. Sie standen im Mittelpunkt einer Parteiaktivtagung, an der der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Hans Modrow, teilnahm. Gemeinsam mit den Leitern der Dienststellen sowie den Leitern der Dienstzweige und der Abteilungen der BDVP wurden in Auswertung der 3. ZK-Tagung Schlussfolgerungen gezogen und die anteiligen Aufgaben jedes Dienstzweigs bestimmt. Vor allem wurden die gestiegenen Anforderungen und die persönliche Verantwortung jedes einzelnen Genossen erläutert.

Leitende Offiziere der BDVP nahmen in den nachgeordneten Dienststellen an Versammlungen und Problemdiskussionen teil und gaben den Partei- und Dienstkollektiven Hilfe und Anleitung.

Mannigfaltige Anstrengungen im Bezirk

Während der Parteiwahlen zeigte sich an zahlreichen Vorschlägen, Initiativen und konkreten Schritten zur Verwirklichung der Parteitagebeschlüsse, daß sich die Wachtmeister und Offiziere

zunehmend den ökonomischen Belangen zuwenden. In den Diskussionen ging es ihnen z. B. um die effektive Nutzung der Werte und Mittel sowie um meßbare und abrechenbare Einsparungen.

Im Kreis Görlitz hat unter Verantwortung der Abteilung für Sicherheitsfragen der SED-Bezirksleitung eine operative Arbeitsgruppe untersucht, wie den höheren Forderungen entsprochen wurde. An diesem Einsatz nahmen die Mitglieder der Leitung sowie die Abteilungsleiter der BDVP teil.

Es konnte eingeschätzt werden, daß in den kontrollierten Betrieben weitere Fortschritte erzielt wurden und das VPKA Görlitz wirkungsvoller Einfluß genommen hat. Vorbild sind z. B. die Genossen des VP-Gruppenpostens Hagenwerder. Regelmäßige Kontrollen unter Mitwirkung der VP-Helfer und ehrenamtlicher Kräfte des Betriebes führten zu höherer Ordnung und Sicherheit.

Im Ergebnis des Einsatzes in diesem Kreis beschloß das Sekretariat der SED-Kreisleitung Aufgaben für die örtlichen Staatsorgane, für die Leiter der Betriebe und Einrichtungen, für die Parteiorganisationen einschließlich für die in der Volkspolizei.

In Problemdiskussionen erläuterten die Mitglieder der Leitung der Bezirksbehörde und Leiter der Abteilungen gemeinsam mit den Offizieren der Leitung des VPKA Görlitz sowie den Leitern der Dienstzweige und Abteilungen die perspektivischen Anforderungen.

Mannigfaltig sind im gesamten Bezirk die Anstrengungen, um gemeinsam mit den Werktätigen einen konsequenten und erfolgreichen Kampf gegen Straftaten zum Nachteil des sozialistischen Eigentums, zur Verhinderung von Bränden und Havarien sowie für die Ver-

kehrssicherheit zu führen und so erfolgreich zur Leistungssteigerung der Volkswirtschaft beizutragen.

Komplex- und Querschnittskontrollen, das Auftreten leitender Offiziere sowie die Auswertung von Ermittlungsverfahren und anderen Vorkommnissen in Betriebskollektiven sind für die staatlichen Leiter unentbehrlich, wollen sie ihrer gesetzlichen Verantwortung gut nachkommen.

Auf mehr gesellschaftliche Wirkung bedacht

Und was die Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung betrifft, so sind wir darauf bedacht, unablässig mehr gesellschaftliche Wirkung zu erreichen. Vor allem sollen sich die Genossen intensiver den Ursachen und begünstigenden Bedingungen widmen, d. h. sie allseitig und schneller aufdecken, zwingender für deren Beseitigung sorgen und die Öffentlichkeit dank aussagekräftiger Veröffentlichungen für die engagierte Mitarbeit gewinnen.

Eine Verfahrenskonzeption von Staatsanwaltschaft und Untersuchungsorgan bei der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren zu Straftaten gegen die Volkswirtschaft ist von dem gleichen Bestreben getragen. Und wie es die Tatsachen besagen, erfolgreich, denn die Untersuchung zeigt mehr Qualitätsmerkmale, und die Bearbeitungsfristen sind kürzer geworden. Mit der Bildung und Festigung der Kombinate kamen Pflichten hinzu. Dazu gehört das bessere Miteinander von Volkspolizei und staatlichen sowie gesellschaftlichen Revisionsorganen. Auch hierbei ging es, so wie erwartet, voran.

Die Wachtmeister und Offiziere des Betriebsschutzes erweisen sich immer

der Jugend gewürdigt

nant Werner Reuther, würdigte im Auftrag des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei die Leistungen der jungen Wachmeister und Offiziere zur Erfüllung des Klassenauftrags. (Siehe Foto.) In Wort und Tat beweisen sie jeden Tag aufs neue, daß sie sich der Herausforderung unserer Zeit stellen, den Frieden, den Sozialismus und die Errungenschaften unseres Volkes angesichts verschärfter Klassenauseinandersetzung zuverlässig zu schützen und unsere Republik zu stärken, hob Generalleutnant Reuther in seiner Festansprache hervor. Es gelte überall die Überzeugung zu vertiefen, daß die ständige Gewährleistung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit eine zutiefst politische Aufgabe ist, die den Einsatz und die ganze Kraft eines jeden notwendig macht, die nur mit revolutionärem Elan, großem Verant-

wortungsbewußtsein und schöpferischer Initiative zu erfüllen ist.

Das erfordere politische Standhaftigkeit und beste Leistungen im Dienst, bei der Ausbildung und beim Lernen.

Aus Anlaß der Woche der Jugend und der Sportler wurden u. a. verliehen

die Verdienstmedaille der DDR

Oberleutnant der VP Manfred Tschüter

der Ehrentitel

„Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR“

Jugendkollektiv des Transportpolizei-Reviere Halle;

Jugendkollektiv Schmirchau des BS-Amtes Wismut Gera;

Jugendkollektiv der UHA des VPKA

Güstrow;

Jugendkollektiv der Verkehrspolizei des

VPKA Potsdam;

Jugendkollektiv des Volkspolizei-Reviere

Neubrandenburg

„Hervorragender Jungaktivist“

Obermeister der VP Dieter Graeber

Meister der VP Reinhardt Robe

Hauptwachmeister der VP Regina Dräger

Hauptwachmeister der VP Bernd Kruschinski

das Ehrenzeichen der Volkspolizei

Oberstleutnant der VP Dieter Johannes;

Oberstleutnant der VP Heinz Tschander;

Hauptmann der VP Gerhard Loewe;

Unterleutnant der VP Jörg-Michael Zilinski;

Meister der VP Rita Stübs;

Jugendkollektiv des Transportpolizei-Amtes

Dresden;

Jugendkollektiv des VP-Reviere 87 der VP-Inspektion Berlin-Friedrichshain

mehr als Vertraute und Partner der Werktätigen, stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite, damit sie ihre Vorhaben hinsichtlich Ordnung und Sicherheit verwirklichen können.

Die Genossen des BS-Kommandos Dresden-Klotzsche können dank Initiativreichem Handeln und guter Zusammenarbeit mit ihren Partnern darauf verweisen, daß es in den von ihnen gesicherten Betrieben zu keinen Störungen kam.

Für unseren Bezirk mit seinen zahlreichen wertvollen Kunst- und Kulturgütern schlägt besonders zu fluche, daß sich die Angriffe auf diese Einrichtungen verringerten.

Nicht zuletzt sei der bessere Geheimnisschutz in den meisten Kombinat und Schwerpunktbetrieben hervorgehoben, wozu verstärkte Kontrollen und Einflußnahme maßgeblich beitrugen.

Erfolge setzen zielstrebiges Handeln voraus

Die genannten Erfolge bestätigen uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Jedoch ergibt sich aus unseren Erkenntnissen über die Kriminalitätsentwicklung, die Untersuchung von Straftaten sowie die Kontrollen in der Volkswirtschaft, daß gegen Unordnung, Disziplinlosigkeit und Inkonsequenz noch zielstrebigere und erfolgreichere vorgegangen werden muß.

Die Verkehrspolizisten haben sich vorgenommen, Initiativreicher zum Schutz der Volkswirtschaft beizutragen. Für sie heißt das, die Verkehrsunfälle spürbar zurückzudrängen, dem sicheren und flüssigen Berufsverkehr besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Geht es doch darum, daß der Arbeitszeitfonds der Werktätigen möglichst wenig belastet

und kraftstoffsparender gefahren wird. Zu den bemerkenswerten Aktivitäten der Kollektive der Verkehrspolizei zählen die vielen nutzbringenden Vorschläge bezüglich besserer Verkehrsorganisation, die den Räten der Kreise helfen, den Erfordernissen entsprechende Verkehrskonzeptionen für 1981 bis 1985 zu schaffen.

Die Anordnung über die Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Nutzfahrzeuge in der Volkswirtschaft veranlaßte die Genossen dieses Dienstzweigs, unter breiter Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte, vorrangig in Betrieben und Einrichtungen mit großem Kfz-Bestand, technische sowie Ein- und Ausfahrtkontrollen vorzunehmen.

Im Ergebnis, das mit den Leitern und Arbeitskollektiven gründlich ausgewertet wird, verbesserten sich die technische Wartung der Fahrzeuge und die Auslastung des Transportraums. Im VEB Kraftverkehr Zittau kontrolliert der aus Berufskraftfahrern und Kfz-Schlossern gebildete VP-Helferzug eigenverantwortlich.

Die Qualität und der erzieherische Faktor der staatlichen Kontrolle im Brandschutz und die Effektivität der Brandbekämpfung stehen im Mittelpunkt der Anstrengungen der Feuerwehr. Sowohl auf Bezirks- als auch auf Kreisebene wird planmäßig und mit zunehmender Qualität kontrolliert, vorrangig in den neugebildeten Kombinat der bezirksgeleiteten Industrie. Ganz bewußt werden die großen Möglichkeiten für den Brandschutz, die in Forschung, Entwicklung, Projektierung und Konstruktion stecken, genutzt.

Da die Mikroelektronik bei der Verwirklichung der ökonomischen Strategie äußerst bedeutsam ist und unser Bezirk hierbei eine gewichtige Rolle spielt,

arbeitete das Organ Feuerwehr spezifische Maßnahmen für Kontrolle und Unterstützung in diesem Industriezweig aus.

Die Bewegung für vorbildliche Ordnung und Sicherheit trug maßgeblich zum Schutz der Betriebe und zum störungsfreien Produktionsablauf bei. Auch die Tätigkeit der freiwilligen Helfer ist vom zuverlässigen Schutz der Volkswirtschaft zu trennen; nicht zuletzt deshalb wurden zahlreiche ehrenamtliche Mitstreiter gewonnen und die Helfer insgesamt nutzbringender eingesetzt und mit Ermächtigungen ausgestattet.

Fonds sparsamer und nutzbringender eingesetzt

Der sparsame und effektive Einsatz der materiellen und finanziellen Fonds in den eigenen Reihen ist aufs engste mit unserer Arbeit zum Vorteil für die Volkswirtschaft verbunden. Bei Erfüllung aller operativen Aufgaben und gleichzeitig hoher Kampfkraft und Einsatzbereitschaft wurden die Verbrauchsnormen für Kraftstoff sowie andere Energieträger eingehalten bzw. unterboten. Die staatlichen Auflagen zur Erfassung von Sekundärrohstoffen konnten erfüllt werden. Das Ergebnis der Eigenleistungen beläuft sich auf über 460 000 Mark.

In der politischen Führungs- und Erziehungsarbeit konzentrieren wir uns darauf, in allen Dienst- und Parteikollektiven die Kampfpositionen zu den wachsenden Erfordernissen des Schutzes der Volkswirtschaft auszugraben, die konkreten Aufgaben bei der Erfüllung unseres Klassenauftrags herauszuarbeiten und konsequent zu verwirklichen.



Produktion und Sicherheit - eine Einheit

Längst hat sich die Schwedter Initiative unter der Losung „Weniger produzieren mehr!“ als ergiebige Methode zur Steigerung der Arbeitsproduktivität erwiesen. Im sozialistischen Reproduktionsprozeß sind das störungsfreie Produktions- und Betriebsgeschehen, der Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie der Brandschutz untrennbare Bestandteile. Alle Maßnahmen der Ordnung und Sicherheit im VEB Petrochemisches Kombinat Schwedt (PCK) dienen der Erhaltung und dem Wachstum des Arbeitsvermögens. Zwischen Produktion und Sicherheit besteht eine Vielfalt von Wechselbeziehungen. Sie sind daher mehr und mehr im Kombinat zum Anliegen aller Beschäftigten geworden. Denn jegliche Brände, Havarien, Rechtsverletzungen und Störungen führen zum Verlust von Arbeitsvermögen, schmälern das Volkseigentum. Die Erhaltung der geschaffenen Werte ist ebenso Arbeitersache wie der ökonomische Leistungszuwachs. Wir sagen: Vorbeugen ist besser als Löschen, und jede Störung bedeutet Tempoverlust, ist eine zuviel. Aufgrund der Tatsache, daß das Kombinat Einsatz-, Zwischen- und Endprodukte von hoher Zündbereitschaft herstellt und im Falle eines Brandes immer mit dessen schneller Ausbreitung zu rechnen ist, kommt den technischen und technologischen Maßnahmen zur Verhinderung der Brandentstehung und -ausbreitung unwiderlegbares Primat zu.

Um die Sicherheit, speziell den Brandschutz, bei der Errichtung, dem Betrieb und der Rekonstruktion von Anlagen zu gewährleisten, setzte ich einen Werkstandard in Kraft. Er berücksichtigt alle Erfordernisse des bautechnischen Brandschutzes sowie einer möglichen Brandbekämpfung. Der Standard stellt nicht zuletzt bei Vertragsabschlüssen mit ausländischen Partnern eine wertvolle Arbeitsgrundlage dar.

Um die neuesten Erkenntnisse bereits bei Rekonstruktions- und Investitionsvorbereitungen anzuwenden, prüft die Inspektion für Arbeits- und Produktionssicherheit alle Projekte, Vorhaben und Standorte für Einrichtungen. Dabei arbeiten Wirtschaftsfunktionäre, Feuer-

Dr. Werner Frohn, Generaldirektor des PCK Schwedt, Mitglied des Zentralkomitees der SED



Sachlich, aber gegebenenfalls kritisch äußert sich der Autor bei Rundgängen durch den Stammbetrieb.

Fotos: Dieter Hyronimus, Dr. Rolf Liebold

weh- und BS-Angehörige auf das engste zusammen. Volkspolizisten und Feuerwehrlente zeichnen sich überhaupt bei jeglicher Hilfeleistung durch hohe Einsatzbereitschaft aus, die mehr denn je bei unvorhergesehenen Ereignissen notwendig ist. Ihre tägliche Einflußnahme auf Ordnung und Sicherheit möchte ich keinesfalls unerwähnt lassen. Die Werktätigen des Kombinats sprechen darüber mit Hochachtung.

Effektive Organisation erforderlich

Das Kombinat besteht aus den Kombinatbetrieben VEB „Otto Grotewohl“ Böhlen, VEB Hydrierwerk Zeitz, VEB Mineralölverbundleitung Schwedt und dem Stammbetrieb. Ihnen sind bedeutende Betriebsteile zugeordnet wie das Mineralölwerk Lützkendorf sowie die Teerdestillation und Chemische Fabrik Erkner.

Die Betriebe befinden sich in allen Teilen der Republik. Darunter gibt es welche, die schon über hundert Jahre produzieren, und andere wie der Stammbetrieb, der kaum 20 Jahre alt ist und hochproduktive Anlagen besitzt. Wie für die Produktion ist für Ordnung und Sicherheit eine effektive Organisation erforderlich. Das Funktionalorgan des Generaldirektors, die Inspektion für Arbeits- und Produktionssicherheit, hat die Aufgabe, Vorschläge zur Verwirklichung der einschlägigen Rechtsvorschriften und der betrieblichen Regelungen zu unterbreiten, Anleitung und Kontrolle der Kombinatbetriebe erfolgen u. a. auf Beratungen der Kombinatleitung, der Leiter der genannten Inspektionen sowie des Arbeitskreises Brandschutz des PCK.

Während der täglichen Produktionsrapporte kontrolliere ich die jeweilige Produktionssituation und informiere mich über besondere Vorkommnisse und das operativ von den Verantwortlichen Veranlaßte. Ordnungen, Weisungen und Werkstandards regeln Ordnung und Sicherheit im Kombinat; der Brandschutz spielt darin die ihm gebührende Rolle. So gibt es eine einheitliche Erfassung der Brände sowie eine Regelung zur Sicherung von Feuer- und Schweißarbeiten. In den Kombinatbetrieben wurden entsprechend der Eigenverantwortung der Leiter betriebliche Instruktionen erlassen.

Aus Analysen richtige Maßnahmen ableiten

Jährlich erlasse ich eine Weisung zur Woche der Winterbereitschaft. In diesen Tagen finden die verschiedensten Kontrollen statt, zum Beispiel dahingehend, ob alle in der Vorbereitungsphase festgestellten Mängel behoben sind. Die Anhaltspunkte werden u. a. den Protokollen über brandschutztechnische und ähnliche Überprüfungen entnommen.

Die Analysen der Störungen sowie des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes (GAB), der Winterbereitschaft u. a. m. nehme ich zum Anlaß, um mit den mir direkt unterstellten leitenden Mitarbei-

Jeden Tag mit guter Bilanz bei der Erfüllung ihres Auftrags – das sind die Schlußfolgerungen des Meisters der VP Walter Trapp und des Hauptwachmeisters der VP Reiner Nordt aus dem Studium der Dokumente der 3. ZK-Tagung. Seit Jahren zählen sie zu den Aktivsten ihres Kollektiva. Als PStW-Besatzung kann sich einer auf den anderen verlassen. So wie die Werktätigen unseres Kombinats fortwährend um große Produktionsleistungen ringen, um unseren Staat wirtschaftlich zu stärken, so wollen die Genossen die dem Betriebsschutz obliegenden Aufgaben gewissenhaft und umsichtig erfüllen.

Beide betrachten es als ihre Pflicht, die Dienstzeit auszulasten und dabei eine hohe Effektivität und Qualität zu erreichen. Bereits auf dem Weg zum Dienst bereiten sie sich gedanklich auf die zu lösenden Aufgaben vor, indem sie sich mit Grundproblemen polizeilicher Tätigkeit auseinandersetzen. So zum Beispiel: Welche Umstände gibt es, die geeignet sind, strafbare Handlungen hervorzurufen bzw. zu begünstigen? Wie kann ich zur Vorbeugung, Abwehr bzw. Beseitigung von Gefahren und Störungen beitragen?

Hat der Diensthabende die Aufgaben gestellt, so beginnt der Gedankenaustausch über ihre bestmögliche Erfüllung. Was die Genossen dabei bewegt, sagen sie, oder, wenn Unklarheiten bestehen, fragen sie.

„Zur Verhütung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen gehört“, so meinen die beiden langjährigen Volkspolizisten, „mit offenen Augen durch die Betriebe zu gehen, auf Kleinigkeiten zu achten und Umstände wahrzunehmen, die der Ordnung und Sicherheit entgegenstehen. Sie sind gemeinsames Anliegen der sozialistischen Gesellschaft, ihres Staates und aller Bürger, heißt es in Artikel 90 Absatz 2 der Verfassung.“ Die Genossen pflegen in den Betrieben engen Kontakt mit den Werktätigen, geben Ratschläge und erhalten Hinweise für die Einflußnahme auf ordnungsgemäße Zustände. Bekannt sind ihre große Umsicht und ihr Verantwortungsbewußtsein während der Kontrollen, gepaart mit taktisch richtigem

tern die nächsten Schritte zu erörtern und dann die erforderlichen Entscheidungen herbeizuführen. Leitfadens ist für mich bei allen Erwägungen das Prinzip der Einheit von Produktion und Sicherheit. In den jährlichen Sicherheitskonferenzen werte ich die Resultate aller unserer Maßnahmen aus. Selbstverständlich finden nachahmenswerte Beispiele die gebührende Erwähnung; gleichzeitig erfolgen eine sachlich-kritische Wertung des Erreichten ohne Ansehen der Person sowie eine Orientierung in Sachen Sicherheit und Gesetzmäßigkeit für die bevorstehende Periode, im Einklang mit den jeweiligen Planvorhaben.

Die zentralen Sicherheitskonferenzen

Mit offenen Augen durchs Werk

Verhalten und vorbildlichem Auftreten. Einige Beispiele aus jüngster Zeit:

So spürten sie einen zur Fahndung ausgeschrieben Mopedmotor auf, der bereits in einem anderen Fahrzeug eingebaut war.

Aussagekräftige Informationen über sich häufende Verstöße gegen Ordnung und Sicherheit in den Lehrlingsumkleideräumen waren Anlaß für Forderungen an den zuständigen Leiter, für ordnungsgemäße Zustände zu sorgen.



Stets sind die Hinweise der Volkspolizisten Anlaß zu geeigneten Maßnahmen gegen Unzulänglichkeiten
Foto: J. Müller

Infolge der Beobachtung von Schwerpunktobjekten konnten drei Täter vorläufig festgenommen werden, die mehrere Fahrraddiebstähle begangen hatten. Außerhalb seiner Dienstzeit wollte Walter Trapp seine Ehefrau vom Be-

trieb abholen und bemerkte, daß sich ein LKW-Fahrer gegenüber einer Angehörigen des Pfortendienstes (keine BS-Angehörige) sehr unsicher verhielt. Er zeigte seinen Dienstausweis und unterstützte die Kontrolle. Dabei konnten 40 kg Clorat (Unkrautvernichtungsmittel) und 50 Plastesäcke festgestellt werden. Hierfür lag kein gültiger Nachweis zwecks Ausfuhr aus dem Betrieb vor. Gegen den Täter wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Die erwähnten BS-Angehörigen stellten seit April 1981 die meisten der Rechtsverletzer auf frischer Tat. Gegenwärtig werden die besten Erfahrungen (hierzu wird ein weiterer Beitrag veröffentlicht) auch in den anderen Dienstkollektiven erprobt. Dies erfordert zugleich die richtige Einstellung zur persönlichen Qualifizierung, so die Kenntnis der für die Tätigkeit geltenden rechtlichen Bestimmungen, der betrieblichen Weisungen, das Wissen über das Verhalten an Ereignisorten. In der politischen und beruflichen Tätigkeit und im persönlichen Leben Vorbild zu sein sowie das politische und fachliche Wissen ständig zu erweitern – das ist das Leitmotiv dieser Kommunisten.

Gleichgültigkeit widerspricht ihrem Berufsstolz. Sie schauen nicht auf die Uhr. Wenn es die Situation erfordert, bleibt für den nächsten Tag nichts liegen. Ihr Diensthabender sagt: „Sie versehen ihren Dienst aus innerer Überzeugung und wissen stets, was zu tun ist, um Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten.“

Fragt man die beiden Genossen, was sie zu vorbildlichen Leistungen befähigt, schütteln sie verwundert ihren Kopf. Sie sehen gute Arbeit als normal an. Aber bekannt ist, daß sie jeden Tag das Beste geben. Ihre erfolgreiche Arbeit fand Anerkennung. So wurden Walter Trapp 1981 mit der Verdienstmedaille der Organe des MdI in Silber und Reiner Nordt 1980 mit einer Reise nach Moskau zu den Olympischen Spielen und 1981 als Aktivist ausgezeichnet.

Major der VP Heinz Böhm

setzen sich in analogen Beratungen in den Kombinatbetrieben fort. Erforderlichenfalls organisieren die Fachdirektoren gleichartige Konferenzen.

Eine wichtige Wettbewerbskennziffer

Alle Entscheidungen und Vorkehrungen, die Ordnung und Sicherheit betreffen, nutzen jedoch wenig, wenn sich nicht jeder Beschäftigte mit ihnen identifiziert und sich nach den fixierten Forderungen und Regelungen richtet. In der Wettbewerbskennziffer „Störungsgeschehen“ sind für Betriebe, Betriebsstelle oder Produktionsabschnitte die Schwerpunkte genau bezeichnet. Im Leistungs-

vergleich innerhalb des Kombinats entscheidet das Betriebsergebnis über die Rangfolge.

Die Masseninitiative entwickelte sich insbesondere im Kampf um die Anerkennung als „Bereich der vorbildlichen Ordnung, Sicherheit und Disziplin“. Die Anfänge gehen bis 1974 zurück. Im Stammbetrieb konnten 95 Kollektive die Anerkennung erlangen. 7040 Werktätige waren daran beteiligt. 58 Kollektive haben den Titel bisher verteidigt, davon 17 zweimal.

In der Auszeichnungskommission sind neben der Inspektion für Arbeits- und Produktionssicherheit der Betriebschutz und die Betriebsfeuerwehr-Abteilung vertreten.

Vorbeugen ist der beste Schutz

Fotos: Dieter Hyronimus



Was hat ein Diensthabender – siehe Titel – mit duftigweichen Textilien, mit blütenweißen Gardinen oder blitzsauberen Teppichen zu tun? Keinesfalls ist damit nach dem Zustand des Wohnungsinventars eines Volkspolizisten gefragt; vielmehr soll im folgenden von einem Obermeister der VP die Rede sein, der in einem BS-Kommando des Chemiekombinats Bitterfeld bei Tag und bei Nacht mit einem Kollektiv immer einsatzbereiter Wachtmeister darüber wacht, daß im Kombinat, uneinträchtigt von Rechtsverletzungen Chemieprodukte hergestellt werden können, die unsere Volkswirtschaft, die Exportkunden und die Bürger unseres Landes benötigen.

Wofür die Haushaltswäsche, Wofür für die Fensterstores und Solo-A für den textilen Fußbodenbelag und die Polstermöbel kennt fast jeder. Sie tragen zu unserem Wohlbefinden bei, sind ein kleines Teilchen unseres materiellen Lebensniveaus. Aber es sind nur drei von über 4500 Erzeugnissen, die von fleißigen Werktätigen des CKB, wie man das Kombinat der Kürze wegen nennt, hergestellt werden.

Ja, so viele Chemieprodukte haben schon einen erheblichen Einfluß auf das Funktionieren unserer gesamten Volkswirtschaft, auf die Verwirklichung der Wirtschaftsstrategie unserer Partei. Und weil dieser Chemie Gigant von besonderer ökonomischer Bedeutung ist, gibt es hier, ein Betriebschutzamt mit seinen Dienststellen und Einrichtungen, erfüllen hier Volkspolizisten als Partner und Vertraute der Chemiewerker ihren Klassenauftrag.

Ein verantwortungsbewußter Diensthabender

Einer von ihnen – ein Vorgesetzter – ist der Diensthabende Obermeister der VP Dietmar Möhrli, der um seine hohe Verantwortung für den Schutz der Werke und Anlagen des Kombinats weiß. Er ist stets darauf bedacht, daß zu keiner Minute irgendein Erfordernis des BS-Dienstes außer acht gelassen wird und der Dienst der einen Schicht nahtlos in den der anderen übergeht.

Deshalb begibt er sich immer rechtzeitig auf den Weg ins CKB. Eine halbe Stunde vor Dienstbeginn meidet er sich ordnungsgemäß beim Kommandoleiter, nimmt Aufträge entgegen und stellt Fragen. „Was gibt es Neues? Worauf muß ich heute meine besondere Aufmerksamkeit lenken?“ Der Leiter informiert ihn ausführlich über die Lage im Betrieb und beantwortet Fragen. Weitere Hinweise bekommt er vom ODH. Informationen, die er im vorbereiteten täglichen Arbeitsplan berücksichtigt.

„Ich muß wissen, was ich in der Schicht erreichen will. In und mit meinem Kollektiv, das 1977 die Verdienstmedaille der Organe des MdI in Silber erhielt.“ Was kennzeichnet diesen Vorgesetzten? – Er spricht nicht gern über sich. Doch bekannt ist, daß seine Genossen ihm ein Vorbild betrachten. Vertrauen zu ihm haben. Der Kommunist Dietmar Möhrli ist stellvertretender Sekretär der SED-Grundorganisation, stellvertretender Propagandist. 1977 verlieh ihm der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei den Ehrentitel „Verdienter Volkspolizist der DDR“.

Mit einem klaren Ziel vor den Augen packt er die Probleme an: „Wir haben unsere Verantwortung laut Parteiprogramm, Sicherheit und Disziplin. Die Qualität jedes einzelnen der mehrere tausend chemischen Erzeugnisse, die Termintreue gegenüber der Volkswirtschaft und den Exportpartnern, die Arbeitsproduktivität und der Leistungszuwachs hängen maßgeblich von der Qualität und der Effektivität unserer Arbeit ab, davon, daß es im Kombinat ordnungsgemäß zugeht.“

Die meisten Chemiewerker, Meister, Ingenieure und Wissenschaftler haben es mit explosionsgefährdeten Stoffen zu tun, produzieren und forschen unter hohem Druck- und Temperaturverhältnissen. „Vorbeugen ist folglich der beste (Betriebs-)Schutz. Das gilt auch für die Kollegen an den Produktionsanlagen, zu denen wir enge Verbindung halten.“ Dietmar Möhrli betont, daß er nicht erfolgreich leiten kann, ohne die politisch-ideologische Arbeit fortwährend im Griff zu haben. Er erinnert sich. „Du darfst nicht zurückbleiben“, hatte ihm

der Amtsleiter vor geraumer Zeit unter vier Augen gesagt. Das stimmte ihn nachdenklich, und er entschloß sich daraufhin, die Bezirkspartei-Schule zu absolvieren. Das dort erworbene Wissen und die systematische Erweiterung seiner politischen und fachlichen Kenntnisse in Verbindung mit den eigenen Erfahrungen befähigen ihn, politisch klug zu handeln, überzeugend zu argumentieren und sachkundig zu entscheiden.

Den Genossen zugewandt

Eine Erfahrung, beim Dienst in der Volksarmee und während der 21-jährigen Zugehörigkeit zum Betriebschutz gewonnen, besagt: „Das Wichtigste ist die Arbeit mit den Menschen. Deshalb ist all mein Tun den Genossen zugewandt. Jederzeit bemühe ich mich, ihre Belange kennenzulernen, ihnen gesellschaftliche Zusammenhänge verständlich und aufgabenbezogen zu erläutern und sie zu Schöpferium anzuregen. Mir geht es darum, daß sie politisch und rechtlich begründete Entscheidungen treffen. Nicht minder interessiere ich mich deshalb für die persönlichen Anliegen der Wachtmeister.“

Der Diensthabende wartet nicht, ob sich ideologische Probleme aus der täglichen Arbeit ergeben oder aus größeren Anforderungen erwachsen. Er stellt sich schon im voraus unbequeme Fragen: Welche Positionen sind für das Meistern der polizeilichen Aufgaben nötig? Welche Denkprozesse müssen ausgelöst werden? Wie werden die BS-Angehörigen auf neue Gegebenheiten reagieren? Welche Argumente sind treffend?

Seine Devise: Bloßes Fordern – so inhaltlich richtig es sein mag – kann das tägliche Überzeugen nicht ersetzen. Ihm kommt es darauf an, alles dienstweiszweigspezifische sinnvoll auf die entsprechenden Grundaussagen der Politik unserer Partei zurückzuführen, so bei der Einweisung, beim persönlichen Gespräch und während der Politischechulung. Dieses Herangehen trägt Früchte. Die Genossen seines Kollektivs wissen um das Anliegen der 3. ZK-Tagung und des ZK-Seminars in Leipzig. Ihre Schluß-



folgerung: Angesichts der großen materiellen Schäden, die Havarien, Brände, Straftaten und andere Rechtsverletzungen nach sich ziehen können, ist strikte Ordnung und Sicherheit eine wichtige Vorbedingung für die Steigerung des Nationaleinkommens. Der Obermeister fügt hinzu, daß sich aus dieser Sicht unter anderem folgende Überlegungen ergeben: Wie kann der Dienst effektiver organisiert werden? Welche Details sollten in den Streifenauftrag aufgenommen werden?

Mit Rat und Tat

Der Diensthabende ist sich bewußt, daß erfolgreiches Handeln maßgeblich von seiner Einweisung abhängt. Dazu gehören die Erläuterung der Situation im Handlungsraum, der Aufgaben gemäß Streifenauftrag, Hinweise auf taktisches Verhalten bei vorgegebenen Sachverhalten bzw. auf Angriffsobjekte, Begehungswesen von rechtswidrigen Handlungen, auf Tatzeiten und -orte. „Selbstverständlich ist für mich, jedem BS-Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen“, erklärt Dietmar Möhrli. So gab es einen Genossen, der zeitweilig seine Weiterbildung vernachlässigte. Dietmar Möhrli nahm sich Zeit und verdeutlichte ihm, welche folgenschweren Auswirkungen dieses Versäumnis haben kann.

Gemeinsam fertigten beide einen Studienplan an, der ausgewählte Themen enthielt. Der Diensthabende prüfte zu vorgegebenen Terminen, was der Wissenserwerb einbrachte. Inzwischen verfügt der Betreffende über für seine Tätigkeit erforderliche Kenntnisse. „Nun ist er Postenführer und leitet während meiner Abwesenheit die Dienstschrift.“ Das schreibt sich so einfach hin. Aber die umfangreiche Kleinarbeit hat niemand statistisch erfaßt. Wie gewöhnlich, wenn es sich um Selbstverständliches (!) handelt. Der Politstellvertreter bestätigt: „Der Obermeister erzieht die Genossen zur klassenmäßigen Haltung, läßt sich leiten von der konsequenten Verwirklichung der Beschlüsse unserer Partei, der Befehle und anderen Weisungen; er sagt

jedem offen seine Meinung und verfügt über pädagogische Fähigkeiten.“ Seine Autorität, sein beispielhaftes Auftreten setzen Aktivitäten frei, spornen die Unterstellten an. Niemand möchte zurückbleiben. Als sich ein junger Genosse unterfordert fühlte, bat er darum, ihm anspruchsvollere Aufgaben zu übertragen. Wenig später bekam Dietmar Möhrli den Hinweis, unbekannte Personen machten sich an einem Gebäude des Kombinats zu schaffen. Er erinnerte sich des einsatzbereiten Volkspolizisten und erteilte ihm den Auftrag, am Ereignisort den Sachverhalt zu überprüfen.

Feststellung: Zwei Täter hatten sozialistisches Eigentum entwendet. Einer hatte bereits die Flucht ergriffen. Sofort nahm der junge BS-Angehörige die Verfolgung auf und stellte ihn. „Endlich ein Erfolgserlebnis“, bemerkte er aufatmend. Der Diensthabende hakte ein: „Erfolgserlebnisse haben alle BS-Angehörigen, die durch Aktivitäten im Kombinat und im Wohngebiet dazu beitragen, daß Rechtsverletzungen erst gar nicht begangen und Störungen rechtzeitig verhindert werden.“ Und deckte damit das Unscheinbare auf. Der Erfolg hat viele Väter. Viel öfter muß man sich bewußt werden, was dazu gehört.

Seit 1970 befindet sich Meister der VP Helmut Bernhardt in derselben Dienstschrift. Nachdenkend hebt er hervor, Dietmar Möhrli sei immer kritisch, einfühlsam und gewissenhaft. Er kann argumentieren, weiß, unter welchen familiären Bedingungen jeder Genosse lebt und welchen Einflüssen – die sich positiv oder negativ auswirken können – er ausgesetzt ist. Dietmar Möhrli erinnert sich gern daran, daß seine früheren Freunde sein Interesse für den Dienst im Betriebsschutz geweckt hatten, zumal ihm das Produktionsklima behagte. An der Notwendigkeit, das Volkseigentum zu hüten, bestanden bei ihm keine Zweifel. Auch Dietmars Ehefrau arbeitet im Kombinat. Besonders stolz ist er darauf, daß einer seiner beiden Söhne ebenfalls in den bewaffneten Organen Dienst versieht.

Oberstleutnant der VP
Günter Redszus

Kurz notiert

Frankfurt/O.: Dienst – Kunst – Lebensfreude hieß eine Ausstellung, die im Stadtzentrum viele Besucher mit dem künstlerischen Volksschaffen der VP-Angehörigen des Oderbezirks bekannt machte. Rund 150 Exponate der Malerei und Stickerei, Holzbrenn-, Drechsler- und Kunstschmiedearbeiten vermittelten Einblick in die Vielfalt sinnvoller Freizeitgestaltung. Souvenirs von Reisen aus Freundsland ergänzten die Exposition. H. K.

Eisenhüttenstadt: Die Veteranenfahrt war auch in diesem Jahr bestens organisiert. Schon zu Beginn sorgte das Standortorchester der BDVP für Stimmung und gute Unterhaltung. Die Gastfreundschaft unserer Genossen vom VP-Kreisamt war wieder einmal unübertroffen; Essen und Trinken schmeckten allen ausgezeichnet. Die schönen Stunden werden uns Veteranen in guter Erinnerung bleiben. Im Namen aller auch auf diesem Weg ein herzliches Dankeschön an die Leitung des Amtes. Horst Spann, Veteran

Leipzig: Abwechslungsreiche Kulturkost bereiten sich Genossen des K/A-Kollektivs selbst zu. Unlängst besuchten sie das reizvolle Köhren-Schlitz samt Töpfermuseum. Zuvor hatte es ein Zusammentreffen im Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft und einen Kegelabend gegeben. Laut gemeinsamem Freizeitprogramm ist demnächst ein Wildschweinessen in jagdgemäßer Umgebung vorgesehen. (VP-Korr.) E. B.

Leipzig: Dicht umlagerten die Angehörigen der BDVP den Buchbasar der FDJ-Grundorganisation. Den Erlös überwies die FDJler auf das Solidaritätskonto. Viele Genossinnen und Genossen steuerten ihren Teil zum Erfolg dieser Soli-Aktion bei, stellten den Jugendfreunden ältere und neueste Literatur zur Verfügung. Gefragt waren vor allem Titel bekannter sowjetischer Schriftsteller. (VP-Korr.) E. B.

Altenburg: Im vergangenen Jahr spendeten die Angehörigen des VP-Kreisamts 28 000 Mark für internationalistische Solidarität und stellten sich auch damit auf die Seite aller um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völker. (VP-Korr.) R. B.

Güstrow: 18 167 Mark waren das Ergebnis aktiver Solidarität der Wachtmeister, Offiziere und Zivilbeschäftigten. Ein Basar der Frauenkommission des DFD gab den Auftakt für neue Aktivitäten unserer Genossen. (VP-Korr.) W. K.



Parteiaktivisten meldeten sich zu Wort

Vorwärtsweisende Standpunkte, Haltungen, Motive und Vorhaben widerspiegeln sich in den Worten zahlreicher Genossen im Bezirk Cottbus. Sie ergeben einen Erfahrungsaustausch über Ideen und Vorstellungen nach gründlicher Auswertung des 3. ZK-Plenums. Zugrunde liegt der Hauptgedanke, verstärkt zur störungsfreien Entwicklung der Volkswirtschaft und zum Schutz des sozialistischen Eigentums beizutragen.

Die Genossen wissen: In ihrem Bezirk wurde 1981 in der Industrie ein Planvorsprung von 3,4 und in der Kohle- und Energiewirtschaft von 6,2 Tagen erreicht. Überhaupt – die guten Gesamtergebnisse der Planerfüllung für 1981 zeigen die Kraft und die Möglichkeiten unserer Wirtschaft. Sie beweisen, daß die Politik unserer Partei verstanden und vom Volk getragen wird. Unser Land ist also ein gutes Stück vorangekommen und hat nach wie vor allen Grund, seine Errungenschaften zu schützen.

Beispielgebend vorangehen wollen in diesem Sinne die Parteiaktivisten in den BS-Dienststellen. Sie bekunden ihren festen Willen, sich darauf zu konzentrieren, daß Effektivität und Qualität des Dienstes sowie die Anstrengungen, volkswirtschaftliche Schäden zu vermeiden, erhöht werden.

Oberleutnant der VP Uwe H. verdeutlichte unter anderem, daß die Beschlüsse des X. Parteitags in einer Situation zu erfüllen sind, in der sich der Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus zugespitzt hat, warum und

Standpunkte

Oberleutnant der VP

Helmut Hensel (unten links)

In unserem Kollektiv herrscht eine parteiliche Atmosphäre. Die Fortleitung geht auf die Probleme der Genossen ein, läßt keine abstrakten Diskussionen zu. Wir bemühen uns, die in den dienstlichen Aufgaben enthaltenen ideologischen Probleme zu erkennen, sie auf die Tagesordnung zu setzen und zu klären. Nicht zuletzt, weil wir ständig einen exakten Überblick über die Denk- und Verhaltensweisen haben und auf kleinste Anzeichen von Verstößen gegen das Statut unserer Partei sowie gegen Weisungen sofort reagieren, haben wir stabile Leistungen erreicht.

Meister der VP

Gerhard Große (unten rechts)

Unseren Genossen ist bekannt, daß das Kombinat nur dann maximalen Zuwachs erbringen kann, wenn in den Produktions- und Nebenanlagen Ordnung herrscht. Bei der Abrechnung der Arbeitsergebnisse berichten sie, worüber sie mit Kollegen an deren Arbeitsplatz gesprochen zu, welche Ergebnisse sie von ihnen erhalten haben. Oft nehme ich Anrufer entgegen, in denen gefragt wird: „Ist unser Genosse heute im Dienst?“ oder „Ich hätte gern mal den zuständigen Genossen gesprochen.“ Hieran zeigt sich: Wer seinen Dienst korrekt versteht, wird geachtet.

wie unsere Wirtschaftsstrategie konsequent zu verwirklichen ist. Er veranschaulichte: Auch beim Schutz und bei der Sicherung der Betriebe sind die Fortschritte vorwiegend auf gute Leitung zurückzuführen. Sie muß zuerst den gestiegenen Anforderungen gerecht werden, denn sie ist die Voraussetzung für den Leistungszuwachs. Sie zielt auf die höhere Qualität der Arbeit jedes einzelnen.

Wo die Vorgesetzten fortwährend die politische Erziehung forcieren, den Parteiorganisationen und -gruppen aufschlußreiche Informationen vermitteln und Zusammenhänge verdeutlichen, festigen sich innere Ordnung und Disziplin, wird die Kampfkraft der Kollektive gestärkt. Anspruchsvollere Aufgaben erfordern eine sachbezogene und auf die Schwerpunkte gerichtete politische Führung der Kräfte, bei der stets von den Beschlüssen unserer Partei, von den Rechtsvorschriften, den Befehlen und anderen Weisungen sowie von den Erfahrungen der Besten auszugehen ist. Was, wenn nicht den vollzogenen Leistungsanstieg, kann sich ein Kollektiv zum Vorbild nehmen? Genau diese Überlegung bewog Leutnant der VP Claus G. darzulegen, wie gute Erfahrungen angewandt werden. Jeder BS-Angehörige kennt seine konkrete Aufgabe und rechnet darüber ab. Voraussetzung dafür sind unter anderem die gründlich vorbereiteten, regelmäßigen Diensthabendenberatungen, an denen der K-Leiter und, sobald es spezielle Fragen darzulegen gilt, der Leiter der territoria-

Fotos: Horst-G. Nicolaisen, Hartmut Bastisch



len Sicherheit des Werkes teilnehmen.

„Periodisch informieren wir Betriebskollektive über Probleme der Ordnung und Sicherheit. Das ermöglicht ihnen, Rechtsverletzungen vorzubeugen. Mehr achten sie jetzt darauf, ob jeder mit unserem Volkseigentum schon so umgeht, wie es sich für einen sozialistischen Eigentümer gehört. Auf diese Weise gibt es größere Erfolge bei der komplexen Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung.“

Die Kraft jedes Kollektivs und die Ergebnisse polizeilicher Tätigkeit hängen davon ab, wie gut jeder VP-Angehörige die ökonomischen Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten versteht und die wachsende Bereitschaft der Werktätigen zur Unterstützung der Volkspolizei nutzt.

Das wiederum ist gleichfalls ein großer Anspruch an das Vermögen jeder Parteiorganisation, jedes Leiters und Vorgesetzten, allen bewußt zu machen, wieviel von ihrer Leistung für den Anstieg unseres Wirtschaftspotentials abhängt. Wissen alle, welche große Verantwortung der Bezirk als Zentrum der Kohle- und Energiewirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft trägt? Wie genau sind sie mit den polizeilichen Erfordernissen vertraut? Verfügen sie über die für ihre Tätigkeit erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten? Alle Vorgesetzten müssen im Bilde sein, wie die BS-Angehörigen ihren Anteil erfüllen und ob weitere Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich sind.

Die Cottbuser Genossen übersehen nicht, die ständig steigende Wertkonzentration von Anlagen und Einrichtungen sowie veränderte, hochproduktive Verfahren mit völlig veränderten Wirkweisen erfordern neue Schlußfolgerungen für Sicherungsmaßnahmen, für die Verhinderung und die Aufklärung krimineller und anderer rechtswidriger Handlungen. Derartige Gesichtspunkte stehen jetzt gleichfalls im Mittelpunkt der Leistungstätigkeit und der Parteilarbeit. Bemerkenswerte Erfahrungen gibt es

Meinung

Obermeister der VP Rudi Mososki
Selbstzufriedenheit und Vertrauenslosigkeit beeinträchtigen zwangsläufig die Wachsamkeit. Das kann nicht wieder gutzumachende Folgen haben. Die Vermittlung eines klaren Feindbildes muß also nach wie vor im Mittelpunkt unserer politisch-ideologischen Arbeit stehen. Hierbei gingen wir auch auf die irrtümliche Auffassung einzelner junger BS-Angehöriger ein, daß ihnen durch das Postenstehen die Möglichkeit genommen wird, Erfolgserlebnisse zu haben. Deshalb machen wir ihnen klar, welche große Bedeutung ihre vorbeugende Tätigkeit besitzt. Für sie ist es ein Erfolgserlebnis, wenn es an keiner Turbine Vorkommnisse gibt. Wenn sie ungestört laufen kann, bringt sie täglich für eine Million Mark Warenproduktion.

Hohe staatliche Auszeichnungen verliehen

Aus Anlaß des Internationalen Kampfs und Feiertags der Werktätigen, am 1. Mai 1982, verlieh der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik hohe staatliche Auszeichnungen.

In Würdigung überragender Verdienste beim Aufbau und bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR und der Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern wurde ausgezeichnet mit der

Ehrenspange zum Vaterländischen Verdienstorden in Gold

Generalmajor a. D. Hans-Hugo Winkelmann, Arbeiterveteran

In Würdigung außerordentlicher Verdienste beim Aufbau und bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der Stärkung der DDR wurden ausgezeichnet mit dem

Vaterländischen Verdienstorden in Gold
Wilhelm Lüben, Arbeiterveteran
Georg Winterer, Arbeiterveteran
Zentralschule für Kampfgruppen „Ernst Thälmann“

In Anerkennung hervorragender Verdienste beim Aufbau und bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der Stärkung der DDR wurden ausgezeichnet mit dem

Vaterländischen Verdienstorden in Silber
Ingenieurschule für Geodäsie und Kartographie Dresden

In Anerkennung besonderer Verdienste beim Aufbau und bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der Stärkung der DDR wurden ausgezeichnet mit dem

Vaterländischen Verdienstorden in Bronze

Oberst der VP Egon Grüning

Oberstleutnant der VP a. D. Otto Buchheister, Arbeiterveteran

Oberstleutnant der K a. D. Horst Saloman, Arbeiterveteran

Oberstleutnant der VP a. D. Rudolf Zettl, Arbeiterveteran

Major der K a. D. Franz Hohfeld, Arbeiterveteran

Hauptmann der VP a. D. Otto Ruppe, Arbeiterveteran

In Anerkennung hervorragender und langjähriger Leistungen bei der Stärkung und Festigung der DDR wurden ausgezeichnet mit dem

Orden „Banner der Arbeit“ Stufe I

Oberst der VP Dr. Horst Kühling

Oberst der VP Dr. Heino Senff

In Anerkennung hervorragender und langjähriger Leistungen bei der Stärkung und Festigung der DDR wurden ausgezeichnet mit dem

Orden „Banner der Arbeit“ Stufe II

Oberst der VP Dr. Werner Friedrich

Oberst der VP Heinz Wendorf

Oberstleutnant der VP Heinz Junghanns
Tauchergruppe des Munitionsbergungsdienstes Schwerin

Poliklinik des PdVP Berlin

In Anerkennung hervorragender und langjähriger Leistungen bei der Stärkung und Festigung der DDR wurden ausgezeichnet mit dem

Orden „Banner der Arbeit“ Stufe III

Oberst der VP Philipp Busch

Oberstleutnant der F Fritz Flach

Oberstleutnant der VP Helmut Hirt

Oberstleutnant der VP Johannes Hütter

Oberstleutnant der VP Günther Leipold

Hauptmann des SV Helene Körner

Oberstleutnant der VP Walter Taber

Obermeister der VP Gerda Nowe

Max Langer

außerdem über die Zusammenarbeit mit den Volksvertretungen und deren Organen. Entscheidend dafür sind vor allem eigene Initiativen. Das gilt auch für die Festigung der Beziehungen zu Staats- und wirtschaftsleitenden Organen.

Eine Reihe von Gesprächspartnern verwies darauf, daß gemeinsame Kontrollen gründlicher vorbereitet werden sollten. Konkrete und aussagekräftige Informationen helfen den Leitern der Betriebe, besser vorbeugend zu wirken, den kontinuierlichen Produktionsablauf zu sichern sowie Schäden und Verluste zu vermeiden.

Die Gesamtheit der Aussagen macht deutlich: Wo die politische Erziehung im Zentrum der Parteilarbeit steht, wo eine kritische Atmosphäre herrscht, wo die Genossen wachsam, umsichtig und gewissenhaft ihren Dienst versehen, können sie mit Recht auf spür- und

meßbaren Schutz der Volkswirtschaft verweisen. Die Parteilaktivisten werden die Erfahrungen und Erkenntnisse nicht nur berücksichtigen; sie beziehen auch demgemäße Kampfpositionen.

„In meiner Leitungstätigkeit lege ich in erster Linie darauf wert“, hob Hauptmann der VP Gerhard S. hervor, „das politische Bewußtsein der Genossen zu vertiefen, ihre Pflichterfüllung zu motivieren und ihr Handeln auch ideell und materiell zu stimulieren. Verantwortungsfreudig für das Ganze wirken, sich völlig mit den Aufgaben identifizieren und selbst ein höchstes Maß an Pflichtbewußtsein zeigen — das fördert die Ausstrahlung.“

Eine derartige Einstellung steigert die Dienstfreude und bewirkt bei der Erfüllung des Klassenauftrags den Leistungszuwachs, weckt den Stolz auf das Erreichte und die Bereitschaft, den Besten nachzueifern. G. R.



Rechtzeitig bereitet sich der Diensthabende auf die tägliche differenzierte und sachbezogene Einweisung vor. Da die prinzipiellen Aufgaben in den Streifenaufträgen bereits enthalten sind, bezieht sich sein Konspekt vor allem auf die Erläuterung aktueller Probleme sowie auf präzierte Hinweise. Leutnant der VP Joachim Schneider weist die BS-Angehörigen nicht nur auf Besonderheiten in den Streifenbereichen hin, sondern macht sie zugleich mit einschlägigen Rechts- und Weisungsgrundlagen sowie mit zweckmäßigen operativ-taktischen und methodischen Verhaltensweisen bekannt.

Foto: Dieter Hyronimus

Für hohes Leistungswachstum

Interview mit Werner Czogalla, 1. Sekretär der Kreisleitung der SED des VEB Chemiekombinat Bitterfeld

DIE VOLKSPOLIZEI: Bekanntlich sind Ordnung, Sicherheit und Disziplin von der Produktion nicht zu trennen. Wie beurteilen Sie die Bemühungen der Leiter und Produktionskollektive, den Plan ohne Störungen, Havarien und Brände zu erfüllen?

W. Czogalla: Zwischen den Ergebnissen unserer Wirtschaftspolitik als Quelle für die Steigerung des Lebensniveaus und der Fortsetzung des politischen Kurses der Hauptaufgabe besteht ein untrennbarer Zusammenhang. Schon unter diesem Gesichtspunkt gehören Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit und Disziplin zum festen Bestandteil der Leistungstätigkeit.

Die Verantwortung für Sicherheit und Produktionsfähigkeit der hochwertigen Grundfonds hat zugenommen. Insbesondere unter den veränderten inneren und äußeren Reproduktionsbedingungen wirken sich alle Störungen stärker als zuvor negativ auf das Betriebsergebnis, auf die Volkswirtschaft und somit auf die Befriedigung der Bedürfnisse aus. Die Warenproduktion von nahezu 5 Milliarden Mark, ein umfangreicher Grundfondbestand sowie eine breite Palette von Produkten, die zu 80 Prozent für Industrie und Landwirtschaft unerlässlich sind, läßt die Bedeutung des Kombinars erkennen. Daraus resultiert die politische Verantwortung des Sekretariats der Kreisleitung, in der Belegschaft immer spürbarer das Bedürfnis zu wecken, in Ordnung und Sicherheit zu leben und zu produzieren. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, erkennbar am Rückgang der Störungen, Havarien, Brände und Unfälle.

Wir nehmen fortwährend darauf Einfluß, daß die Leiter ihrer Pflicht bezüglich Ordnung, Sicherheit und Disziplin verstärkt nachkommen. Diesem Ziel dienen u. a. Berichterstattungen im Sekretariat, in Konferenzen der Leiter beim

Generaldirektor und operative Sicherheitskontrollen vor Ort. Dennoch gibt es mitunter Unzulänglichkeiten. Hier hat unsere Kreisparteiorganisation ein breites Feld, im engen Zusammenwirken mit dem Kreisvorstand der IG Chemie, Glas und Keramik die politisch-ideologische Arbeit differenziert auf die Überwindung der Ursachen zu lenken.

DIE VOLKSPOLIZEI: Welche Rolle spielt innerhalb des sozialistischen Wettbewerbs der Kampf um die Anerkennung zur vorbildlichen Ordnung, Sicherheit und Disziplin?

W. Czogalla: Das Kombinat gab auf dem Leipziger ZK-Seminar gegenüber dem Generalsekretär des Zentralkomitees unserer Partei die Verpflichtung ab, zwei Tagesproduktionen zusätzlich zum Plan 1982 zu erbringen. Die Anstrengungen richten sich auf die Erzeugung von Produkten für die Bevölkerung und den Export. Wir geben Fonds in Höhe von 37 Millionen Mark an den Staat zurück. Dieses hohe Ziel kann nur mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs erreicht werden. Der 10. FDGB-Kongreß gab dazu die Grundorientierung. Der Leistungsvergleich gehört zum grundlegenden Arsenal der Wirtschaftsführung. In ihm widerspiegelt sich gleichzeitig das Wesen des Wettbewerbs als eine Form kameradschaftlicher Hilfe und gegenseitiger Unterstützung. Dazu gehört auch der Kampf um rechtsgemäße Verhaltensweisen.

In unserem Kombinat kämpften im Vorjahr 712 Kollektive mit 17 500 Werktätigen um den Titel „Kollektiv der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit“. Davon waren 533 Kollektive mit 12 780 Werktätigen erfolgreich. Gutes und weniger Gutes liegen hier nebeneinander. Daraus leiten wir für die Parteiorganisationen ab, die Niveaunterschiede durch kritischere Auseinandersetzung

mit Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Erhöht werden die Anforderungen an den Titel „Kollektiv der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit“. Unsere Erfahrung besagt: Je mehr sich die Arbeitskollektive ihrer politischen Verantwortung bewußt sind, um so größer sind die Ergebnisse, die Gesetzmäßigkeit und ihre Auswirkungen auf das Betriebsergebnis betreffend. Neue Impulse werden durch die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ ausgelöst.

DIE VOLKSPOLIZEI: Wie nimmt die Kreisparteiorganisation darauf Einfluß, daß die Werktätigen immer besser zur bewußten Einhaltung der betrieblichen Ordnung erzogen werden?

W. Czogalla: Die störungsfreie Entwicklung der Volkswirtschaft und der Schutz des sozialistischen Eigentums sind unlöslich Gegenstand der politisch-ideologischen Erziehung. Ein wichtiger Aspekt ist die bessere Wahrnehmung der Eigentümerfunktion, insbesondere die Achtung und Erhaltung der bereits vergegenständlichten Arbeit. Weil Havarien, Störungen und Brände oft ihre Ursachen in ungenügender politischer Wahrnehmung der vorgenannten Funktion haben, widmen wir der Qualifizierung der Werktätigen und der Rechtspropaganda größere Aufmerksamkeit. Als sehr wertvoll erachte ich die halbjährlichen Komplexkontrollen im Kombinat. Daran nehmen Leiter, Funktionäre des Kreisvorstands der IG Chemie, Glas und Keramik, Vertreter der für die betriebliche Sicherheit zuständigen Einrichtungen sowie BS-Angehörige teil. Sie prüfen an Ort und Stelle: Wie wurden Forderungen umgesetzt? Welche Maßnahmen sind konsequenter zu verwirklichen?

Auch die Auswertung der Kontrollen beim Generaldirektor, verbunden mit

konkreten Entscheidungen, trägt maßgeblich zur Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen, der Weisungen und Ordnungen bei. Als nützlich erweisen sich ferner die jährlichen Konferenzen zu Ordnung und Sicherheit, in denen wertvolle Erfahrungen vermittelt werden, so bei der Schaffung einer Atmosphäre der Einhaltung und Achtung des Rechts.

DIE VOLKSPOLIZEI: Wie sind aus Ihrer Sicht die Initiative der BS-Angehörigen zur zuverlässigen Sicherung der Werke, Anlagen und Einrichtungen sowie ihre Zusammenarbeit mit den Werktätigen zu werten?

W. Czogalla: Auf sie trifft das zu, was Genosse Erich Honecker vor den I. Kreissekretären generell feststellte: „Zuverlässig und einsatzbereit tragen die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei und der anderen Organe des MdI dazu bei, die Autorität der Arbeiter- und Bauern-Macht sowie die sozialistische Gesetzlichkeit zu stärken und das Vertrauen der Bürger zur Rechtssicherheit in der sozialistischen Gesellschaft weiter zu festigen.“

Die Leitung des BS-Amtes, operative Kräfte der BS-Kommandos, Betriebsfeuerwehr-Abteilung sowie Kriminalisten leisten einen aktiven Beitrag zum Schutz der Anlagen und Einrichtungen. Sie kennen ihren Klassenauftrag und handeln danach. Regelmäßig erläutern Offiziere vor Arbeitskollektiven, wie mit Hilfe des Rechts ökonomische Reserven zu erschließen sind. Viele Initiativen der Offiziere, Wachtmeister und Feuerwehrmänner sind darauf gerichtet, gemeinsam mit den Werktätigen Störungen, Havarien und Bränden, Straftaten und anderen Rechtsverletzungen rechtzeitig zu begegnen.

Fortwährend nimmt das Sekretariat Einfluß auf die politische Unterstützung des BS-Amtes. Es hilft vor allem, das ökonomische Denken aller Volkspolizisten zu formen, d. h. die Zusammenhänge, die ökonomische Strategie der Partei für die achtziger Jahre und daraus abgeleitete Aufgaben für unser Kombinat deutlich zu machen. Unsere Teilnahme an Partei- und an Dienstberatungen, an Aktivtagungen der Grundorganisation des BS-Amtes sowie Einschätzungen vor dem Sekretariat dienen dem erfolbringenderen Einfluß der BS-Angehörigen auf das Rechtsbewußtsein in den Betriebskollektiven.

Stellvertretend sei die Dienstschild des Obermeisters der VP Dietmar Möhrle erwähnt, die seit Jahren engen Kontakt zur Belegschaft unterhält und spürbar auf Ordnung und Sicherheit einwirkt. Natürlich gibt es Reserven, die besser zu nutzen sind. Diese Schlußfolgerung haben die Genossen des BS-Amtes aus dem ZK-Seminar in Leipzig gezogen.

Wenn jeder seine Verantwortung im Sinne seines politischen Bekenntnisses erfüllt, wird unser Kombinat um so mehr dazu beitragen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei zu verwirklichen.

Werktätige machten störungsfreie Produktion zur eigenen Sache

Unlängst schätzte die Direktion eines Betriebs unseres Kombinats in der Sicherheitskonferenz ein: „Wir haben in den letzten Jahren die Führung des Wettbewerbs stark auf die wichtigsten ökonomischen Kennziffern unserer Volkswirtschaft konzentriert und hierbei bewährte Wettbewerbsmethoden wie Schicht-, Forschungs- und Qualitätsgarantie angewandt. Die ökonomischen Ergebnisse bestätigen, daß der eingeschlagene Weg richtig ist. Dennoch wird nochmals betont: Unter den ‚Garantien‘ ist nicht nur die Ökonomie, sondern auch die qualifizierte fachliche sowie unfall- und störungsfreie Tätigkeit zu verstehen.“

Gerade die Verantwortlichen wissen aus eigener Erfahrung: Ordnung, Disziplin, Arbeits- und Produktionssicherheit sind von der täglichen Planerfüllung nicht zu trennen. Deshalb ist dieser Aspekt keine Ressortangelegenheit, sondern Bestandteil der Leistungstätigkeit.

Die besten Ergebnisse liegen dort vor, wo sich die Leiter der Arbeitskollektive täglich für ordnungsgemäße Zustände einsetzen, wo unter Führung der Parteiorganisation die politisch-ideologische Arbeit so wirksam wird, daß sie zur Einhaltung des sozialistischen Rechts führt.

Große Beachtung findet weiterhin die Bassow-Initiative. Sie ist im Programm zur Führung des sozialistischen Wettbewerbs verankert und enthält die Dreistufenkontrolle. Das heißt, täglich, wöchentlich und monatlich kontrollieren die Leiter verschiedener Ebenen mit haupt- und ehrenamtlichen Arbeitsschutzinspektoren bzw. -obmännern vor Arbeitsbeginn die Arbeitsplätze, Maschinen, Geräte und Werkzeuge. Diese Initiative trägt dazu bei, den Plan ohne Unfälle und Havarien zu erfüllen und gezielt zu überbieten, ein Vorhaben aller Arbeitskollektive.

Dabei ist ihnen die Unterstützung der Genossen des Betriebsschutzes, der Kriminalpolizei und der Betriebsfeuerwehr gewiß. Sie halten die Augen offen, dabei folgendes berücksichtigend: Die Leiter der Betriebe haben eine klare gesetzlich fixierte Verantwortung. Mit unserer sachkundigen Unterstützung können sie ihre Verantwortung vollständig wahrnehmen. Zahlreiche Hinweise oder Empfehlungen ermöglichen es,

Rechtsverletzungen und Disziplinelosigkeiten vorzubeugen bzw. differenzierte Erziehungsmaßnahmen einzuleiten.

Unter anderem werden alle festgestellten begünstigenden Bedingungen für Straftaten, Verfehlungen, Ordnungswidrigkeiten und Disziplinelosigkeiten sowie Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen und Kombinatansweisungen als Auszüge aus der täglichen Lageeinschätzung den Betriebs- und Fachdirektoren übermittelt. Aus ihnen ergeben sich Schlußfolgerungen für weitere Anstrengungen, um die Wettbewerbsziele zu erreichen.

Die Kollegen des betreffenden Meisterbereichs bzw. Schichtkollektivs werten die Mängel aus. Zugleich nehmen sie verstärkt auf die Rechts-erziehung Einfluß. Ihnen ist bekannt: Die Informationen, Empfehlungen oder Auflagen sind Wertungskriterien im sozialistischen Wettbewerb sowie für die Auszeichnung als Kollektiv der sozialistischen Arbeit oder als Bereich der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit.

Immer größeren Anklang finden die rechtserzieherischen Beiträge in der Betriebszeitung. Leiter und Arbeitskollektive legen in der Rubrik „Alles, was Recht ist“ dar, wie mit Unterstützung des Betriebsschutzes Rechtsvorschriften gefolgt wird. Besonders die Veröffentlichungen zu Mißständen, die strafbare Handlungen oder Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin begünstigen, finden Resonanz.

Diesem Ziel dienen auch Schnellinformationen über besondere Ereignisse, bei denen Rechts- bzw. Pflichtverletzungen die Ursache waren. Sie werden in Zusammenarbeit mit der Inspektion für Arbeits- und Produktionssicherheit herausgegeben und sind verbindliches Arbeitsmaterial. Derartige Maßnahmen führen dazu, daß die Zahl der Bereiche für vorbildliche Ordnung und Sicherheit erheblich steigt.

Der Plan der Warenproduktion konnte seit 40 Monaten ununterbrochen erfüllt werden. Verschiedene Abteilungen arbeiten bereits über zehn Jahre unfallfrei und realisieren seither ihre Pläne.

Major der VP Erwin Fiebig
Hauptmann der VP Alfred Böhnke

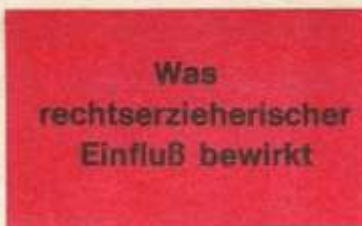
Im Mittelpunkt der Rechtspropaganda und -erziehung unseres Kombinats steht die störungsfreie Entwicklung der Volkswirtschaft, der Schutz des sozialistischen Eigentums und dessen Mehrung. Zielstrebig fördern hierbei die SED-Kreisleitung, die staatlichen Leiter, der Kreisvorstand der Industrieergewerkschaft, die FDJ-Kreisleitung, die Abgeordneten und die Angehörigen des Betriebsschutzes vielfältige Initiativen und Aktivitäten.

Die Volkspolizisten nehmen unter anderem unmittelbar darauf Einfluß, daß die gesetzlichen und betrieblichen Bestimmungen konsequent eingehalten und die Bewegung der Werkstätten für Ordnung, Sicherheit, Disziplin und Sauberkeit sowie die Bassow-Initiative gefördert werden.

Zu ihnen gehören Obermeister der VP Gerhard Samuel, die Meister der VP Theodor Fischer, Günter Scholz, Fritz Hebestedt und Erich Temmler. Sie und zahlreiche weitere Genossen des BS-Amtes werten verschiedenartige Rechtsverletzungen vor Kollektiven aus und erläutern, weshalb es dazu kam. Vor allem verdeutlichen sie, warum Ordnung und Sicherheit den Plan erfüllen helfen.

Hierbei gehen sie davon aus: Allein die Vermittlung von Kenntnissen der Gesetze, anderer Rechtsvorschriften und der Ordnungen genügt nicht. Aufgabe der Rechtserziehung ist es nicht nur, das Niveau der Rechtskenntnisse zu heben, sondern die Überzeugung zu vertiefen, daß die freiwillige Einhaltung der Normen richtig und notwendig ist, daß die Rechte der Werkstätten untrennbar mit ihren Pflichten gegenüber der Gesellschaft verbunden sind. Maßstab für den Erfolg der Erziehung und der Überzeugung kann nur sein, was in dem Verhalten der Werkstätten Eingang gefunden hat.

Die Rechtsarbeit bezüglich Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit und Disziplin ist ein besonderer Schwerpunkt der Leitungstätigkeit des Kombinats. Dazu gehört, das Rechtsbewußtsein der Leiter und aller Werkstätten durch niveauvollere Rechtspropaganda und -erziehung zu heben. Was dabei berücksichtigt werden sollte, sagen verantwortliche Offiziere und andere beauftragte Genossen des BS-Amtes, insbesondere der Kriminalpolizei, in pe-



riodischen Zusammenkünften mit Betriebs- und Fachdirektoren, deren Stellvertretern, mit Abschnitts- und Sektorenleitern sowie mit Meistern. Dieser Erfahrungsaustausch hilft gleichzeitig, die Rechtserziehung in ihrer Komplexität zu organisieren und zu koordinieren. Bewährt haben sich ferner die monatlichen Pressegespräche verantwortlicher Offiziere des BS-Amtes, an denen der Kreisstaatsanwalt, andere für Ordnung und Sicherheit zuständige Funktionäre sowie der Redakteur der Betriebszeitung teilnehmen. Gemeinsam beraten sie darüber, in welchen Fällen weiche Veröffentlichungen für die Erziehung besonders geeignet sind. Dazu gehören Zuschriften zu Veröffentlichungen über rechtswidrige Verhaltens- und Arbeitsweisen. Als Beispiel folgender Sachverhalt:

Der 19jährige H. hatte als Abfüller den Auftrag, die Kesselwagen mit bestimmten Produkten zu füllen. Angetrunken ging er in die Güterhalle, erklimmte den Gabelstapler und fuhr los. Angeblich hatten das sein Meister und die anderen Kollegen nicht bemerkt. Der betreffende verursachte einen materiellen Schaden von etwa 500 Mark und mußte sich dafür vor Gericht verantworten. Dieses Vorkommnis stand in mehreren Ausgaben der Betriebszeitung zur Diskussion mit dem Ziel, die Rechtserziehung nicht nur im betreffenden, son-

Betriebsangehörige suchen nach Möglichkeiten für weitere Erfolge im Kampf gegen Ursachen für Störgeschehen.

Foto: ZB/Lehmann



Oberstleutnant der VP
Johann Bruska

dern auch in anderen Kollektiven des Kombinats zu verstärken. In zahlreichen Zuschriften nahmen die Leser zum Fehlverhalten Stellung.

Das Kollektiv des Rechtsverletzers: „Das Vorkommnis wurde gründlich ausgewertet. Vor allem ging es um Ordnung, Sicherheit und Disziplin im Arbeitsbereich sowie um die strikte Einhaltung des Alkoholverbots. Wir bemühen uns, unser Ansehen durch gute Leistungen wiederzuerlangen. Unser Kollektiv hat zusätzlich die Aufgabe übernommen, eine Studie über die optimale Auslastung der E-50-Flüssig-Kesselwagen in den nächsten zwei Monaten zu erarbeiten. Hierbei hat Kollege H. Gelegenheit, sich des Vertrauens würdig zu erweisen.“

Er selbst sagt dazu: „Ich akzeptiere völlig, wie ich für meine Straftat zur Verantwortung gezogen werde. Jetzt versuche ich, die Sache wiedergutmachen, u. a. durch mehrere Sonderschichten in jedem Monat.“

„Mit dem ‚Augenzudrücken‘ bin ich meinen Pflichten nicht nachgekommen. Meine Verantwortung kann mir keiner abnehmen, auch wenn ich für eine Kontrollrunde gut 90 Minuten brauche“, meint der Meister.

„Wir werden uns genauso bewähren wie unser Kollege H. und unsere Anstrengungen vervielfachen“, hebt die Vertrauensfrau hervor.

Wir meinen, daß es ein guter Standpunkt des Kollektivs ist, nicht klein beigugeben. Die Betriebszeitung wird dabei sein, wenn das Kollektiv darum kämpft, seinen Ruf als Kollektiv der sozialistischen Arbeit wiederherzustellen. Gelingen wird so etwas auf die Dauer nur, wenn aus dem Geschehen richtige Schlußfolgerungen für die tägliche Arbeit gezogen werden. (VP-Korr.)

Feste Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk, aus dem sie hervorgegangen sind und dem sie jederzeit treu dienen, kennzeichnet die Volkspolizisten, die sich auf Einladung des Chefs der BDVP Neubrandenburg, Generalmajor Gerhard Kühl, zu einem Erfahrungsaustausch zusammengefunden hatten. Das Besondere, aber keineswegs Außergewöhnliche an ihnen ist, daß es sich um Offiziere und Wachtmeister handelt, die als Volksvertreter das Vertrauen der Wähler genießen und so gewissermaßen in doppelter Eigenschaft Vertraute der Werktätigen sind. Im Mittelpunkt der Aussprache standen die Aktivitäten für hohe Ordnung und Sicherheit in ihrer ganzen Breite, die ein eindrucksvolles Zeugnis der Entfaltung der sozialistischen Demokratie in diesem mecklenburgischen Bezirk ist. Anhand der Praxis in den Städten und Gemeinden zeigten die Genossen, wie sie gemeinsam mit den gesellschaftlichen Kräften, den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen auf das gesellschaftsgemäße Verhalten aller Bürger einwirken und so gute Bedingungen für die demokratische Mitwirkung schaffen. Im folgenden geben wir auszugsweise einiges von dem wieder, was auf der Zusammenkunft zur Sprache kam.

Jederzeit Vorbild sein

Generalmajor Gerhard Kühl,
Bezirkstagsabgeordneter

Die Zusammenkunft soll die Abgeordneten auf nächste Aufgaben einstimmen, sie mit wichtigen Tendenzen der Entwicklung vertraut machen, über wirkungsvolle Arbeitsweisen ins Bild setzen, helfen Lehren zu ziehen und notwendige Konsequenzen abzuleiten. Dazu unterstrich der Redner, wie bedeutungsvoll die genaue Beurteilung der Lage ist. Er erinnerte an das VP-Gesetz, insbesondere an unsere Verantwortung nach den §§ 5 und 6 und die daraus erwachsenden Pflichten gegenüber den Volksvertretungen zur qualifizierten Information, zu Vorschlägen mit Lösungswegen u. a. Der Bezirkschef hob hervor, daß wir mit unseren Einsichten, unserer Sachkunde und unseren Erfahrungen zum erfolbringenden Miteinander beizutragen haben; gleichermaßen als Volkspolizisten und Abgeordnete. In beiden Richtungen geht es darum, die Autorität unseres Staates weiter zu heben, bewußt die Einheit von Staat und Bürger zu festigen und die sozialistische Demokratie dadurch weiter auszugestalten, daß wir die Mitwirkung der Bürger breit entfalten helfen. Dazu ist auf das engste mit den Bürgern zusammenzuarbeiten, gilt es, die vertrauensvollen Beziehungen zu ihnen zu pflegen und weiter auszubauen.

Generalmajor Kühl betonte: Als Repräsentant der Staatsmacht im Ehrenkleid eines Volkspolizisten und Mitglied einer gewählten Volksvertretung müsse man nicht nur mehr leisten, umfangreichere Aufgaben lösen und mehr Verantwortung tragen, sondern auch ein Höchstmaß persönlichen Vorbilds, beispielhafter Disziplin auf sich vereinigen und

Volksvertreter in Uniform berieten

Tag des Erkenntnisgewinns und des Erfahrungsaustauschs

einen achtungsvollen Umgang mit den Menschen pflegen. „Das Vertrauen, das Ihnen die Wähler gegeben haben, betrachte ich zugleich als Vertrauensbeweis der Bürger zur Volkspolizei“, sagte er. Ihn haben wir ständig zu rechtfertigen, indem wir als Vertreter unserer Staatsmacht die Interessen der Bürger zu ihrer eigenen Sicherheit wahrnehmen sowie ihre Rechte und Ansprüche auf ein Leben in Ruhe und Geborgenheit sichern, um nur eine Seite zu nennen. Im weiteren befaßte sich Gerhard Kühl mit den Ergebnissen der Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung sowie mit



Generalmajor Gerhard Kühl mit verdienstvollen Abschnittsbevollmächtigten, die zugleich Volksvertreter sind.

Foto: Herbert Krüger

den Anstrengungen zur Erhöhung der Verkehrs- und der Brandsicherheit. Er berichtete, daß bei der Verhütung und Verfolgung von Verfehlungen sowie bei der Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten weitere Fortschritte erzielt werden konnten, daß sich die Verkehrssicherheitsaktive gut entwickeln, ständig neue hinzugekommen sind und die Verkehrssicherheit und Verkehrserziehung zum Anliegen der Volksvertretungen und der Räte werden.

Infolge regelmäßiger Temperaturmessungen von Erntegut sind 1981 zehn Brände verhindert worden, und 80 Prozent der während der Ernte entstandenen Brände bekämpften die Werktätigen allein erfolgreich. Sie waren über das Verhalten bei Ausbruch eines Brandes unterrichtet, und die notwendigen Löschgeräte und -mittel standen bereit. Ausführlich beschäftigte sich der Be-

zirkschef mit der Festigung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen und vermittelte Einzelheiten über Stand und Entwicklung der Bewegung für vorbildliche Ordnung und Sicherheit. Als fester Bestandteil der Leitungstätigkeit und des sozialistischen Wettbewerbs ist sie eng mit dem Kampf um den Titel „Betrieb der sozialistischen Arbeit“ und anderer Ehrentitel verbunden. Um alle Potenzen für Ordnung und Sicherheit, für das dynamische Wirtschaftswachstum auszuschöpfen, wird im entsprechenden Bezirkstagsbeschuß formuliert, daß alle Kombinate, Betriebe, Genossenschaften, Einrichtungen sowie Städte, Wohnbezirke, Gemeinden und Ortskreise um diese Anerkennung kämpfen bzw. den bereits errungenen Titel erfolgreich zu verteidigen haben.

Alle Angehörigen der VP-Dienststellen sind mit den im Beschluß enthaltenen Aufgaben gründlich vertraut zu machen. Jeder Abgeordnete, jeder Volkspolizist, der in Kommissionen, Aktiven, Ausschüssen und anderen gesellschaftlichen Gremien mitwirkt, habe die Anforderungen zu kennen, zu beherrschen und müsse sein Denken und Handeln darauf einstellen.

Den Leitern legte der Generalmajor nahe, sich allen Anforderungen gewachsen zu zeigen, durch vorbildliche Aktivität und Massenverbundenheit das Vertrauensverhältnis zu den Bürgern enger zu gestalten. Das stünde der Volkspolizei gut zu Gesicht und würde ihre Autorität auf besondere Weise heben. Alles, was zu tun ist und getan wird, hilft, unseren Klernauftrag ergebnisreicher zu erfüllen.

Weniger Erntebrände

Oberstleutnant der VP Heinz Reichert,
Kreisstagsabgeordneter

Wir übersehen nicht, die Werktätigen im allgemeinen und die Spezialisten im besonderen langfristig und gründlich mit den Brandschutzanforderungen, zum Beispiel während der Halmfruchternte, vertraut zu machen.

Entstanden 1975 im Kreis noch 18 Erntebrände mit einer Schadenssumme von 6700 Mark, so ist die Anzahl seitdem rückläufig. 1981 traten nur vier Entstehungsbrände ohne nennenswerten Schaden auf. Dieses Resultat ist mit darauf zurückzuführen, daß die Beschäftigten befähigt wurden, in kritischen Situationen richtig zu handeln.

Eine der wichtigsten Erfahrungen besagt: Wir dürfen zu keiner Zeit nachlassen, die erhobenen Forderungen und gesetzlichen Bestimmungen mit Konsequenz durchzusetzen. Erntearbeiten sind notfalls solange einzustellen, bis der erforderliche Sicherheitsgrad erreicht ist. 1981 hat sich außerdem bewährt, daß Spezialisten kombinierte Kontrollen vornehmen. Der Hilfssachverständige der Verkehrspolizei und ein Instrukteur der Feuerwehr haben in ausgewählten Bereichen sowohl zum Zustand der Technik als auch zu möglichen Auswirkungen hinsichtlich der Minderung der Brandsicherheit konkrete Aussagen zu treffen. Das ermöglicht, geeignete Schritte zur Herstellung eines ordnungsgemäßen Zustands einzuleiten. Bewährt hat sich ferner, konkrete Übersichten zu führen, beginnend mit den ersten Erntearbeiten bis zur Einlagerung allen Ernteguts im Herbst. Auf dieser Grundlage organisieren wir die planmäßigen Kontrollen und Nachkontrollen. So wird ein hoher Sicherheitsgrad für jegliches Erntegut gewährleistet.

Zum Vorteil der Urlauber

**Oberleutnant der VP Paul Bewersdorff,
Gemeindevertreter**

In meinem Abschnitt, in dem sich u. a. drei Zeltplätze befinden, gibt es in den letzten Jahren einen stetigen Rückgang von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen. Worauf ist das u. a. zurückzuführen? Weil wir Abschnittsbevollmächtigten besser verstehen, über den eigenen Abschnitt hinauszublicken, konstruktiver mit den Volksvertretungen und ihren Organen zusammenarbeiten und in unserem Handeln entschiedener sind.

So finden auf den Zeltplätzen mehrmals in der Woche gemeinsame Kontrollen, besonders zur Nachtzeit, statt, an denen sich Vertreter des Rates der Stadt (der Leitungsdienst der Woche), Mitglieder der Kommission Ordnung und Sicherheit, der Zeltplatzleiter, Mitglieder des Campingplatzes und VP-Helfer beteiligen. Liegendgelassene Gegenstände wie Radios, Angeln, Badesachen und Bootsmotoren werden sichergestellt und früh den Urlaubern mit dem Hinweis übergeben, auf das persönliche Eigentum besser achtzugeben. Auf Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird sofort reagiert. Ruhestörer werden vorwiegend zu Aussprachen gebeten, bei geringfügigen Verstößen gegen die Maßnahmen des Brandschutzes werden u. a. Verweise und bei bewußter Mißachtung anderer Bestimmungen Verwarnungen mit Ord-

Vieler Aktivitäten bedarf es vor jeder Saisonöffnung. Höhepunkte sind dabei die Ortsbegehungen durch Abgeordnete. Hier Neubrandenburger Stadtverordnete am Tollensesee. Foto: ZB/Bartocha

nungsgeld ausgesprochen. Strikt wird auf die Einhaltung der Meldeordnung geachtet. Bei groben Verstößen gibt es auch Zeitplatzverweise. Gerade letztere sind einschneidende Maßnahmen, die im Interesse aller Urlauber vom örtlichen Organ vorgenommen werden.

Schnelles, entschlossenes und gerechtes Handeln der Volkspolizei und der örtlichen Organe honorieren die Urlauber immer.

Erziehung zeigt Erfolge

**Oberleutnant der VP Gunter Weinkauf,
Gemeindevertreter**

Nach Erlaß der Verordnung über die Aufgaben der örtlichen Räte und der Betriebe bei der Erziehung kriminell gefährdeter Bürger bildete die Gemeindevertretung ein aus zwölf Mitgliedern bestehendes Aktiv. Einmal monatlich treffen sich seine Mitglieder und beraten. Waren im Jahre 1980 noch sieben kriminell Gefährdete erfaßt, so sind es heute nur noch zwei. Infolge guter Zusammenarbeit der Kommission Ordnung und Sicherheit und des Aktivs mit den Betrieben und Betreuern war der erzieherische Einfluß auf die Betroffenen derart, daß Maßnahmen ihnen gegenüber aufgehoben werden konnten.

Jugendförderungsplan

**Oberleutnant der VP Alfred Falten,
Gemeindevertreter**

Seit 1985 bin ich Volksvertreter und Ratsmitglied. Dank meiner Anregung wird jährlich für die Gemeinde ein Jugendförderungsplan erarbeitet und von der Volksvertretung beschlossen. Er sieht unter anderem vor, daß ein Jugendlicher im Kooperationsrat und zwei Jugendliche im Vorstand der LPG (T) mitarbeiten.

Vierteljährlich finden in allen Betrie-

ben Treffs mit Mädchen und Jungen beim Leiter statt. Dort wird über Belange ihrer Arbeit, über Freizeitgestaltung und andere Fragen gesprochen, die junge Menschen bewegen. Zur Förderung des Rechtsbewußtseins der Jugend trägt auch die Sportgemeinschaft Traktor bei. Mit unserer Hilfe wurden Erscheinungen von Alkoholmißbrauch in Sportanlagen überwunden, verbesserte sich der Ordnungszustand, und die Sportfreunde setzen sich selbständig und verantwortungsbewußt bei Veranstaltungen für hohe Ordnung und Sicherheit ein. Der Initiative des Oberleutnants Ludwig ist es zuzuschreiben, daß im Internat der landwirtschaftlichen Berufsschule in J. zwei Ordnungsgruppen gebildet wurden. Er selbst schult sie und hat maßgeblichen Anteil daran, daß sie erfolgreich handeln. Drei Mitglieder dieser Kollektive der FDJ wollen Volkspolizisten, andere Soldaten auf Zeit werden.

Viel entdeckt

**Oberleutnant der VP Manfred Scharf,
Bezirkstagsabgeordneter**

Ein wichtiges Mittel sind Ortsbegehungen, an denen Mitglieder der Ausschüsse der Nationalen Front, andere gesellschaftliche Kräfte und besonders Vertreter der Betriebe teilnehmen. Bei diesen Begehungen im Abschnitt werden Mängel aufgedeckt, und es läßt sich genau festlegen, welcher Betrieb usw. für deren Beseitigung verantwortlich ist. Als bekannt wurde, daß unsere Gemeinde ein Hauptspielort während der Arbeiterfestspiele sein wird, leiteten wir sofort Verschönerungen ein. Um dabei schneller voranzukommen, haben wir verlauten lassen, daß Schandflecken fotografiert und bekanntgemacht werden. Schon die Ankündigung wirkte Wunder. Manche merkten danach, daß es sich in einem schönen Dorf besser lebt.



Ernteverlusten rechtzeitig vorbeugen



Hoffmann

Obwohl es in den letzten Jahren gelungen ist, Brandschäden in der Landwirtschaft ständig zu senken, gilt weiterhin: „Jeder Brand ist ein Brand zuviel.“

Die fleißige Arbeit und den Kampf der Genossenschaftsbauern und der Arbeiter der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft um die weitere Steigerung der Produktionsleistungen gilt es deshalb mit vorbildlicher Ordnung, Disziplin und Sicherheit zu verbinden. Das betrifft besonders die Getreide- und die Ölfrüchtere. Als äußerst wertvoll erweist sich hierbei die vielfältige Unterstützung der Volkspolizisten, der Abteilung Land- und Nahrungsgüterwirtschaft des Rates des Kreises, der leitenden Kader der LPG, der VEG, der kooperativen Einrichtungen sowie volkseigener Betriebe.

Zu den Aufgaben staatlicher Organe

Für den Brandschutz, insbesondere während der Getreide- und der Ölfrüchtere, aber auch für die sachgemäße Lagerung sind die zuständigen Stellvertreter der Vorsitzenden der Räte der Bezirke und die Leiter der dem Ministerium direkt nachgeordneten wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen verantwortlich.

Sie haben zu sichern, daß vor und während der Ernte alle Voraussetzungen zur ständigen Einhaltung der Erfordernisse des Brandschutzes geschaffen werden.

Ihre Aufgabe ist es, gute Erfahrungen zu verallgemeinern und rechtzeitig vor der Ernte mit den Vorsitzenden der LPG sowie den Direktoren volkseigener Betriebe über die spezifischen Maßnahmen zu beraten.

Als wirksame Methode haben sich Komplexüberprüfungen in den Betrieben erwiesen, in denen die staatlichen Leiter unter anderem feststellen, ob

- der Leiter und die leitenden Mitarbeiter ihre Verantwortung wahrnehmen;
- die Werkstätten den Anforderungen an das brandschutzgerechte Verhalten Rechnung tragen und ob ihre Mitarbeit gesichert ist;
- die vorgesehene und für das jeweilige Objekt erforderliche Brandschutztechnik vollzählig und einsatzfähig ist;
- die Brandgefährdung der einzelnen Arbeitsstätten festgelegt ist;
- die organisatorischen und technischen Maßnahmen ausreichend sind;

— alle Kräfte und Mittel einsatzbereit sind.

Darüber hinaus liefern die Überprüfungen Anhaltspunkte und Grundlagen für Entscheidungen im Interesse einer bestmöglichen Ordnung und Sicherheit. Erfahrungsgemäß ist bei den Komplexkontrollen die Unterstützung verantwortlicher Genossen des VP-Kreisamts, insbesondere der Angehörigen der Feuerwehr und der Abschnittsbevollmächtigten, gefragt.

Im Auge behalten

Die Verantwortung der Vorsitzenden der LPG sowie der Direktoren und der Leiter volkseigener Betriebe für den Brandschutz in ihrem Verantwortungsbereich ist im § 11 des Brandschutzgesetzes vom 19. Dezember 1974 eindeutig geregelt. Sie wird präzisiert durch die ABAO 105/3 — Ernte, Transport, Aufbereitung und Lagerung von leicht brennbaren landwirtschaftlichen Erzeugnissen — sowie durch die Anweisung des Ministers für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes und des Arbeitsschutzes sowie des Brandschutzes während der Grünfütter-, Getreide- und Ölfrüchtere vom 1. Februar 1979. Neben diesen Grundlagen ist es erforderlich, in LPG und volkseigenen Betrieben, besonders in der Pflanzenproduktion, spezielle betriebliche Regelungen für den Brandschutz zu erlassen. Wichtig ist, alle Werkstätten für ihren Arbeitsplatz fachlich gut vorzubereiten und in ihre Aufgaben einzuweisen, sie neben den Arbeitsschutzbelehrungen periodisch mit den Maßnahmen vertraut zu machen, die dem Schutz des sozialistischen Eigentums und der störungsfreien Produktion dienen.

Vor Beginn der Erntekampagne findet z. B. in der LPG (P) Altzeschdorf, Kreis Seelow, ein spezifisches Antihavarie-training statt. Dabei geht es darum, Voraussetzungen für eine schnelle Brandwahrnehmung zu schaffen, da bei der leichten Brennbarkeit des Ernteguts jede Minute entscheidend ist. Geübt wird weiterhin, wie die Alarmierung der Feuerwehr am schnellsten und sichersten erfolgen kann und wie die Brandbekämpfung unverzüglich aufzunehmen ist.

Die Erfahrungen lehren: Die strikte Einhaltung solcher Erfordernisse wie die

- Löschwasserbereitstellung bei Erntekomplexen,

— ständige Überwachung rotierender Teile,

— Schweißarbeiten unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen,

— Überprüfung der Funktionssicherheit der Abgasanlagen sowie der Funken-

schutz- und Berührungsvorrichtungen ist unerlässlich.

Eine wesentliche Aufgabe besteht darin, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Feuerwehr des VP-Kreisamts rechtzeitig Maßnahmen für das Ziehen von Wundstreifen an besonders gefährdeten Stellen auf Getreideschlägen zu treffen. Das gilt vor allem für Flächen an Eisenbahnstrecken, die mit Rostdampflokomotiven befahren werden. Dabei ist jedoch genauestens die erwähnte Anweisung des Ministers für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft vom 1. Februar 1979 einzuhalten, um die Getreideerträge nicht sinnlos zu schmälern. (Siehe auch ABAO 105/3 § 37 Abs. 1.)

Nötig sind ferner das Parzellieren von Getreideschlägen über 50 ha während des Mähdrusches und das Ziehen von Wundstreifen zwischen den Parzellen bei unmittelbarer Brandgefahr.

Außerdem ist zu beachten, daß die Erntetechnik nach Beendigung der Arbeit nur an dem vom Komplexleiter bestimmten Abstellort und in der festgelegten Reihenfolge abgestellt werden darf.

Verantwortlich für die ordnungsgemäße Einlagerung sowie für die Kontrolle des Ernteguts sind gemäß ABAO 105/3 § 40 Absatz 6 die Lagerhalter: die Vorsitzenden der LPG, die Leiter von kooperativen Einrichtungen, die Direktoren von VEG, die Direktoren der VEB Getreidewirtschaft, der VEB Saat- und Pflanzgut sowie anderer volkseigener Betriebe. Die Temperaturmessungen sind so vorzunehmen, daß die Partien bzw. Stellen mit der höchsten Erwärmung erkannt werden. Es sind funktionsfähige Meßgeräte einzusetzen. Für alle Getreide- und Ölfrüchtlagerstätten sind Verantwortliche für die Temperaturmessungen namhaft zu machen und über ihre Aufgaben aktenkundig zu belehren. Die Meßwerte müssen unter Angabe des Datums und der Uhrzeit in Kontrollbüchern nachgewiesen werden.

Weder bei der Ernte noch beim Transport und bei der Lagerung des Ernteguts dürfen Nachlässigkeiten zu Verlusten führen, denn sie schmälern das unter großen Anstrengungen Geschaffene.

Erich Lange, Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft



Das Volksvermögen sorgsam bewahren

P. Jurjew berichtet exklusiv für „Die Volkspolizei“

Auf dem Neuland setzten Millionen Sowjetmenschen die Erfahrungen der Revolution fort, mehrten unter neuen historischen Bedingungen die Errungenschaften des gesamten Volkes. Daran erinnerte sich Leonid Breschnew in einem seiner Bücher, rückschauend auf jene Zeit, als er in Kasachstan an der Spitze der Partei stand. Zu den Millionen Mechanisatoren, Melioratoren und Bauleuten, den Werkstätten der Sowchosen muß man die Angehörigen der Organe für Innere Angelegenheiten hinzurechnen. In einem Gespräch mit Korrespondenten der Zeitschrift „Sowjetskaja Milizija“ hob W. Demidenko, 1. Sekretär des Gebietskomitees Nordkasachstan der KPdSU, sich auf die Gegenwart beziehend, hervor: Wenn es um Getreide, um hohe Erträge geht, wird auch ein dauernder Kampf um Organisiertheit, Disziplin und mustergültige Rechtsordnung geführt. Im Hinblick auf die Ernte beginnt die

Miliz mit den ihr zukommenden Vorbereitungen bereits acht Monate zuvor. Kaum fängt der Schnee auf Feldern und Straßen zu tauen an, setzt eine eingehende Überprüfung und Wartung jener Trassen ein, die zu Speichern und Lagerplätzen führen. Die Leiter der Miliz sind bevollmächtigt, von den Straßenbaubetrieben und den für die Straßenunterhaltung Verantwortlichen zu verlangen, unverzüglich und qualitätsgerecht Schäden auszubessern, auch an Unterführungen, Brücken und anderen Anlagen. Maßgebend ist das Führungsdokument „Ernte“, abgestimmt mit allen mitwirkenden Organen und Behörden, das vor allem die Zustimmung des Gebietspartei Komitees gefunden hat. Jeder Punkt, jede Forderung, die der Plan enthält, ist den Milizkolonnen nahe zu bringen, jeder muß seinen Anteil kennen, bis zum letzten der Dienstzweige in der Gebietsverwaltung beginnend, bis zum letzten Abschnitts-

bevollmächtigten oder zu den Spezialisten für vorbeugenden Brandschutz. Zu verbindlichen Terminen haben die Leiter der nachgeordneten Dienststellen zwischenteilig zu berichten, wie ihre Mitarbeiter ins Bild gesetzt sind. Die sachbezogene Weiterbildung nimmt großen Raum ein. Als Lektoren und Konsultanten werden Landwirtschaftsfachleute gewonnen: Buchhalter, Experten aus dem Gebietsexekutivkomitee, der staatlichen Kontroll- und Revisionsorgane und des Transportwesens. Wenn die Mahd sich aus den südlichen in die östlichen und nördlichen Bezirke verlagert, wird die freiwerdende Technik samt den Mechanisatoren umgesetzt. Dann ist hohe Zeit für die Verkehrsmiliz. Tausende Mähdrescher, Traktoren und Lastkraftwagen ziehen in Kolonnen durchs Land. An den zeitweiligen Einsatzorten brauchen die Kraftfahrer viele sachdienliche Hinweise, damit sie bei der Anfahrt zu Speichern und Erfassungsstellen nicht erst suchen müssen. Große Tafeln verdeutlichen ihnen die Fahrtrouten. Entlang den Getreidetrassen müssen alle Leiteinrichtungen deutlich erkennbar sein. Selbstverständlich behalten die Milizio-

Usbekisch in der Teestube

Auf Exkursion ins Land des weißen Goldes begaben sich die Genossinnen und Genossen unserer Parteiorganisation kürzlich beim Besuch der Usbekischen Teestube im Haus der DSP. Bekanntschaft schlossen wir nicht nur mit den Sitten und Bräuchen der Bewohner dieser Sowjetrepublik (Ihre Art, Tee zuzubereiten und ihn mit Honig, Weddo, Zucker oder Konfitüre zu trinken, begeisterte uns), sondern auch mit der Politik, Ökonomie und Kultur Usbekistans im 40. Jahr des sowjetischen Völkerbundes. Usbekische Volkslieder ließen diesen ereignisreichen Nachmittag stimmungsvoll ausklingen. (VP-Korr.)

Hauptmann der VP Erich Beyer

Herzliche Begegnungen, gemeinsame Erlebnisse

In unserem Transportpolizei-Revier L. halten alle Dienstkollektive schon seit mehreren Jahren stabilen Kontakt zu sowjetischen Genossen einer Gardepanzereinheit. Die sowjetischen Freunde und wir betrachten die Zusammenarbeit als wichtigen Bestandteil der politisch-ideologischen Erziehung und somit als eine konkrete Form der unablässigen Festigung unserer brüderlichen Freundschaft. In der Regel zu Beginn des Jahres besprechen der Revierleiter, der Politstellvertreter, der Partei- und der FDJ-Sekretär mit unseren Freunden – und das geschieht im Wechsel sowohl in



unserer Dienststelle als auch in der sowjetischen Einheit –, was getan werden kann, um unsere Beziehungen kontinuierlich auszubauen. Gemeinsam werden bedeutsame Ereignisse, so unter anderem der Tag der Sowjetarmee, die „Woche der Waffenbrüderschaft“, der Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – um nur einige zu nennen – vorbereitet. Stets gehen wir bei allen Absprachen davon aus, worin unser Anteil bestehen kann, um Festtage unserer Freunde auf unsere Art niveauvoll bereichern zu können. Selbstverständlich unterbreiten die sowjetischen Freunde ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt ihre Vorstellungen. Hierzu möchte ich schildern, wie wir unsere Zusammenkünfte, die man als Freundschaftstreffen bezeichnen kann,

Der Deutschen Volkspolizei befugt, eine Verwarnung mit Ordnungsgeld bis zu 30 M auszusprechen.

(7) Für die Durchführung des Ordnungsverfahrens und den Ausspruch von Ordnungstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten - OWG - (GBl. I Nr. 3 S. 100).

§ 18

Erhalt von Durchführungsbestimmungen und Standards

- (1) Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlassen der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei und der Minister für Chemische Industrie.
- (2) Durchführungsbestimmungen zur Prüfung, Erprobung, Zulassung und Nachprüfung von Sprengstoffen, sprengkräftigen und nichtsprengkräftigen Zündmitteln und Sprengzubehör erläßt der Leiter der Obersten Bergbehörde.
- (3) Die Leiter der zuständigen zentralen Staatsorgane bzw. die Generaldirektoren der Kombinate haben
 1. die Herstellung von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen,
 2. die Lagerung, die Aufbewahrung und die Verwendung von Sprengstoffen, sprengkräftigen und nichtsprengkräftigen Zündmitteln und Sprengzubehör,
 3. die Herstellung von ANO-Sprengstoffen in Betrieben, die diese selbst verwenden, in Standards zu regeln.

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 19

- (1) Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erteilten Erlaubnisse und Genehmigungen behalten bis zum Ablauf der festgelegten Frist Gültigkeit.
- (2) Unbefristete Erlaubnisse sowie Genehmigungen zum Verkehr mit Sprengmitteln verlieren 1 Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ihre Gültigkeit.

§ 20

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1962 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten außer Kraft:
 1. Gesetz vom 30. August 1956 über den Verkehr mit Sprengmitteln (Sprengmittelgesetz) (GBl. I Nr. 88 S. 709),
 2. Verordnung vom 21. Oktober 1960 über die Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen auf dem Gebiete des Sprengmittelverkehrs (GBl. II Nr. 137 S. 497),
 3. Ziff. 17 der Anlage zum Gesetz vom 11. Juni 1960 zur Anpassung von Strafbestimmungen und Ordnungstrafbestimmungen - Anpassungsgesetz - (GBl. I Nr. 11 S. 242).

Das vorstehende von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am Einheitsdrucken mit dem neunzehnhundertsechzigsten Beschlussene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den fünfundsiebzigsten März neunzehnhundertsechzig

**Der Vorsitzende des Staatsobersten
der Deutschen Demokratischen Republik**

E. Hübner

Beilage zum Heft 7/1962
der Zeitschrift „Die Volkspolizei“

**Verordnung
über die freiwilligen Helfer der Deutschen Volkspolizei**

vom 1. April 1962
(GBl. I Nr. 16)

§ 1

- (1) Die freiwilligen Helfer der Deutschen Volkspolizei (nachfolgend freiwillige Helfer genannt) tragen durch ihre Bereitschaft und aktive Mitarbeit bei der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mit dazu bei, den arbeitslosen Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu sichern.
- (2) Freiwillige Helfer sind Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die ehrenamtlich die Deutsche Volkspolizei aktiv unterstützen und Aufgaben auf der Grundlage dieser Verordnung erfüllen. Ihre Tätigkeit ist eine Form der bewußten und aktiven Teilnahme der Bürger zur Wahrnehmung ihrer Grundrechte und -pflichten bei der Mitgestaltung und dem unverzüglichen Schutz der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik.

§ 2

- (1) Bürger der Deutschen Demokratischen Republik können freiwillige Helfer werden, wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, über die erforderliche politische-moralische Eignung verfügen, bereit sind, die Deutsche Volkspolizei bei der Lösung der ihr übertragenen Aufgaben zu unterstützen und von den in der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik vereinten Parteien und Massenorganisationen, den Leitern der staatlichen und wirtschaftlichen Organe der Kombinate, Betrieben und Einrichtungen, den Arbeitskollektiven und den Vereinen der Genossenschaften vorgeschlagen werden oder sich persönlich bewerben.
- (2) Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die durch die Leiter der zuständigen Dienststellen der Deutschen Volkspolizei als freiwillige Helfer bestätigt werden, verpflichten sich, die Deutsche Volkspolizei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben aktiv zu unterstützen.
- (3) Der Einsatz der freiwilligen Helfer erfolgt entsprechend der Notwendigkeit und unter Berücksichtigung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten.
- (4) Freiwillige Helfer werden mit der Zurücknahme der Bestätigung durch die Deutsche Volkspolizei entpflichtet.

§ 3

- (1) Die freiwilligen Helfer tragen mit ihrer unterstützenden Tätigkeit, vorrangig durch Überzeugung und erhebliche Beaufassung, dazu bei, das Rechtsbewußtsein der Bürger sowie die freiwillige Einbeziehung der sozialistischen Rechtsnormen zu fördern.
- (2) Maßnahmen sind durch die freiwilligen Helfer unter Einhaltung der Rechtsvorschriften und der in dieser Verordnung festgelegten Befugnisse in dem Umfang zu treffen und nur so lange durchzuführen, wie dies zur Abwehr von Gefahren oder zur Beseitigung von Störungen im Interesse der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit notwendig ist.

§ 4

Zur Erreichung einer hohen Qualität und gesellschaftlichen Wirksamkeit bei der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist die Deutsche Volkspolizei

zu verpflichten, die freiwilligen Helfer bei der Ausübung einer hohen politischen und fachlichen Weisheit zu unterstützen und ihnen die für ihre Tätigkeit erforderlichen Grundstoffe der politischen Arbeit zu verschaffen.

§ 5

- (1) Die freiwilligen Helfer versehen ihre Tätigkeit bei der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter Führung der Deutschen Volkspolizei im Rahmen der ihnen übertragenen Befugnisse und ihnen übertragenen Aufgaben selbstständig oder im Zusammenwirken mit Angehörigen der Deutschen Volkspolizei.
- (2) Die freiwilligen Helfer sind beauftragt und verpflichtet:
 - a) Hinweise, Vorschläge und Mitteilungen zur Weiterleitung an die Deutsche Volkspolizei entgegenzunehmen,
 - b) bei Gefahren oder Störungen, die das Leben oder die Gesundheit von Menschen sowie das sozialistische, persönliche oder andere Eigentum bedrohen oder in anderer Weise die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigen, notwendige Schutzmaßnahmen zu ihrer Abwendung bzw. Beendigung einzuleiten,
 - c) gegen Rechtsverletzungen, insbesondere Ordnungswidrigkeiten, einzuschreiten und die Bürger über das ordnungsgemäße Verhalten zu belehren,
 - d) Personen der nächsten Dienststelle der Deutschen Volkspolizei zurufen bzw. einen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei zu übergeben, wenn die Personation nicht an Ort und Stelle zweifelsfrei festgestellt werden können oder die Zuführung zur Klärung eines die öffentliche Ordnung und Sicherheit erheblich gefährdenden Sachverhalts unumgänglich ist,
 - e) nachstehend in Vorentscheid zu nehmen, wenn durch deren Benutzung die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet oder gefährdet wird oder die Entstehung von Unfällen und die dadurch die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet werden kann,
 - f) Personen festzunehmen, wenn dies zur Durchführung weiterer Maßnahmen unbedingt erforderlich ist,
 - g) den Austausch von Personalien zu unterstützen, wenn Bürger einen zivilrechtlichen Anspruch gegenüber einem anderen Bürger glaubhaft begründen,
 - h) Die freiwilligen Helfer können, sofern sie dazu durch die Deutsche Volkspolizei ermächtigt sind, über die in Abs. 2 genannten Befugnisse hinaus:
 - a) Hausdurchsuchungen,
 - b) für den Arbeitsdienstwechsellagerungsstunden durchführen,
 - c) die beschriebene An- und Abmeldung auf der Grundlage der Rechtsvorschriften vornehmen,
 - d) Personen auf Verlangen der Berechtigung zum Aufenthalt in Gebieten mit besonders strenger Ordnung kontrollieren,
 - e) Personen und Sachen bei Fahrzeugstellen kontrollieren und die Zuführung bzw. Übergabe in Fahndung stehender Personen und Sachen an die nächste Dienststelle der Deutschen Volkspolizei vorsehen,
 - f) den Verkehrunterricht auf der Grundlage der Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrsverhaltensvorschriften bzw. der Sportverkehrsordnung durchführen,
 - g) theoretische und praktische Grund- sowie Abfahraufstellungen zur Erlangung der Fahrerlaubnis abnehmen,
 - h) die Prüfung der Fahrerlaubnis und die Überprüfung der Fahrgenutz zwecks Erteilung der Erlaubnis zur Personalausbelegung vornehmen,
 - i) Großraum- und Schwerverkehrspassports begutachten,
 - j) Verkehrsüberwachungen, Verkehrsregelungen, Kontrollen der Fahrgenutz/Fahrlaubnisse und Beförderungsscheine, der Zulassungsscheine und Nachweise über die Erteilung der Kraftfahrergewissen auf die Beiträge zur Kraftfahr-

(2) Die staatlich beauftragte Abstammung führt eine amtliche Sprengmittelverwendungsliste. Die Eintragung eines Sprengmittelverwenders in die amtliche Sprengmittelverwendungsliste erfolgt gegen Vorlage der staatlichen Erlaubnis zum Verkehr mit Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen. Die Eintragung ist Voraussetzung zum Bezug von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen.

§ 14

Staatliche Kontrolle

- (1) Die Deutsche Volkspolizei, die Oberste Bergbehörde und die Bergbehörden sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit befugt, zur einheitlichen Durchführung der Rechtsvorschriften den Verkehr mit Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen zu kontrollieren.
- (2) Zur Wahrnehmung ihrer Kontrollbefugnisse sind die Deutsche Volkspolizei, die Oberste Bergbehörde und die Bergbehörden berechtigt, Betriebe, Einrichtungen und Anlagen zu betreten, Auskünfte und Angaben zu fordern, Einsicht in die Unterlagen zu nehmen sowie Forderungen zu stellen.
- (3) Zu den Kontrollen können Sachkundige anderer zuständiger Organe hinzugezogen werden.

§ 15

Ordnungstrafbestimmungen

- (1) Wer entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes oder den zu seiner Durchführung erlassenen Rechtsvorschriften Sprengmittel
 1. vorsätzlich herstellt, im Besitz hat, sich oder einem anderen verschafft, unbedeutend, einem anderen überläßt oder auf andere Weise betriebe schafft oder
 2. fahrlässig abhandelt, kommt nicht, kann, wenn die Auswirkungen der Tat auf die Rechte und Interessen der Gesellschaft oder der Bürger und die Schuld des Täters unbedeutend sind und damit keine Straftat vorliegt, mit Verweis oder Ordnungstrafe von 10 M bis 300 M bestraft werden.
- (2) Ebenso kann mit Verweis oder Ordnungstrafe von 10 M bis 300 M belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes, den zu seiner Durchführung erlassenen Rechtsvorschriften, von Standards oder erteilten Auflagen der zuständigen Staatsorgane
 1. Sprengmittel und andere Explosivstoffe, nichtsprengkräftige Zündmittel oder zulassungspflichtiges Sprengzubehör sowie pyrotechnische Erzeugnisse ohne Erlaubnis von Sprengstoffen verarbeitet, vertriebt, transportiert, verwendet, lagert, aufbewahrt oder
 2. den Sprengmitteldruck nicht oder nicht ordnungsgemäß führt.
- (3) Eine Ordnungstrafe bis zu 1000 M kann ausgesprochen werden, wenn durch eine vorsätzliche Ordnungswidrigkeit nach Abs. 1 Ziff. 1 oder Abs. 2 ein größerer Schaden verursacht wurde oder hätte verursacht werden können oder wenn eine vorsätzliche Ordnungswidrigkeit wiederholt innerhalb von 3 Jahren begangen und mit Ordnungstrafe geahndet wurde.
- (4) Gegenstände, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, können neben anderen Ordnungstrafmaßnahmen oder selbstständig, unabhängig von Rechts Dritter, einschlagungspflichtig eingezogen werden.
- (5) Die Durchführung des Ordnungsverfahrens obliegt dem Leiter der zuständigen Dienststelle der Deutschen Volkspolizei, dem Leiter der Obersten Bergbehörde oder dem Leiter der zuständigen Bergbehörde.
- (6) Bei geringfügigen Ordnungswidrigkeiten gemäß Abs. 1 sind die Angehörigen

(2) Für Betriebe, die der staatlichen Bergaufsicht unterliegen, erteilt die Erlaubnis zur Lagerung von Sprengstoffen und sprengkräftigen Zündmitteln der Leiter der zuständigen Bergbehörde.

(3) Für die Herstellung von Sprengstoffen aus Ammoniumnitrat und Kohlenwasserstoffen (ANO-Sprengstoffen) in Betrieben, die Sprengmittel verwenden, erteilt die Erlaubnis der Leiter des dem Betrieb übergeordneten Organs bzw. für die den Ministerien direkt unterstellten Kombinate der Generaldirektor.

(4) Die Erteilung der Erlaubnis gemäß den Absätzen 2 und 3 hat im Einvernehmen mit der zuständigen Dienststelle der Deutschen Volkspolizei zu erfolgen.

§ 11

(1) Die Erlaubnis kann mit Auflagen verbunden, auf den Verkehr mit bestimmten Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen sowie auf die Durchführung bestimmter Arten von Sprengarbeiten beschränkt oder bei Nichterfüllung der geforderten Voraussetzungen versagt werden.

(2) Die Erlaubnis kann entzogen werden, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung nicht mehr gegeben sind, gegen Rechtsvorschriften verstoßen wurde oder die mit der Erteilung der Erlaubnis verbundenen Auflagen nicht eingehalten werden.

§ 12

(1) Die Errichtung und Inbetriebnahme von Herstellungs- und Verarbeitungsstätten für Sprengmittel und andere Explosivstoffe sowie von Sprengmittellagern bedarf der Genehmigung.

(2) Die Genehmigung zur Errichtung und Inbetriebnahme 1. von Herstellungs- und Verarbeitungsstätten für Sprengmittel und andere Explosivstoffe erteilt der Minister für Chemische Industrie.

2. von Herstellungsstätten für ANO-Sprengstoffe in Betrieben, die diese selbst verwenden, erteilt der Leiter des dem Betrieb übergeordneten Organs bzw. für die den Ministerien direkt unterstellten Kombinate der Generaldirektor.

3. von Sprengmittellagern für Betriebe und Einrichtungen, die der staatlichen Bergaufsicht unterliegen, erteilt der Leiter der zuständigen Bergbehörde.

4. von Sprengmittellagern für Betriebe und Einrichtungen, die nicht der staatlichen Bergaufsicht unterliegen, erteilt der Leiter des dem Betrieb bzw. der Einrichtung übergeordneten Organs bzw. für die den Ministerien direkt unterstellten Kombinate der Generaldirektor.

(3) Die Erteilung der Genehmigung gemäß Abs. 2 Ziff. 3 für Sprengmittellager übertrage gemäß Abs. 2 Ziff. 4 hat im Einvernehmen mit der zuständigen Dienststelle der Deutschen Volkspolizei zu erfolgen.

(4) Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden und bei ihrer Nichterfüllung oder beim Fehlen der geforderten Voraussetzungen widerrufen bzw. versagt werden.

§ 13

Vertrieb

(1) Der Vertrieb von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen, nichtsprengkräftigen Zündmitteln und zulassungspflichtigen Sprengkörpern im Inland hat über das staatlich beauftragte Absatzorgan zu erfolgen. Mit Zustimmung des Ministers für Chemische Industrie können Versender Sprengmittel und andere Explosivstoffe, nichtsprengkräftige Zündmittel und zulassungspflichtige Sprengkörper im Inland direkt vom Hersteller beziehen. Die Einfuhr von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen, nichtsprengkräftigen Zündmitteln und zulassungspflichtigen Sprengkörpern ist nur dem ausländischen Außenhandelsbetrieb gestattet.

Hilfsgeld-Vericherung bzw. Befähigungsnachweise oder -zeugnisse durchzuführen, k) die Fahrtüchtigkeit der Fahrerführer bzw. Bootführer sowie die Verkehr- und Betriebssicherheit der Fahrzeuge und Boote kontrollieren, l) technische Überprüfungen von Fahrzeugen und Booten gemäß der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung bzw. der Sportbootverordnung durchführen sowie die Eintragung der technischen Überprüfungen in Zulassungsdaten vornehmen, m) Meldepflichten der Fahrzeugführer und -halter wahrnehmen und Eintragungen von Veränderungen in Fahrzeugführer- und Zulassungsdaten vornehmen.

§ 8

In besonderen Fällen können freiwilligen Helfern weitere Befugnisse durch den Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei übertragen werden.

§ 7

(1) Die freiwilligen Helfer erhalten eine rote Armbinde mit dem Aufdruck „Helfer der Volkspolizei“ und dem Emblem der Deutschen Volkspolizei sowie zu ihrer Legitimation einen Ausweis.

(2) Beim selbständigen Tätigwerden haben sich die freiwilligen Helfer ununterbrochen anzuweisen.

(3) Die freiwilligen Helfer sind verpflichtet, über die in Durchführung ihrer Tätigkeit bekanntgewordenen Mitteilungen und Tatsachen gegenüber Unbefugten Rückschweigen zu wahren.

§ 6

(1) Hervorragende Leistungen von freiwilligen Helfern bei der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit werden in geeigneter Weise gewürdigt.

(2) Freiwillige Helfer können für besondere Verdienste mit staatlichen Auszeichnungen geehrt werden.

§ 5

(1) Für die Zeit ihrer unterstützenden Tätigkeit besitzen die freiwilligen Helfer entsprechend den Rechtsvorschriften Rechts- und Versicherungsschutz.

(2) Die den freiwilligen Helfern im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit entstehenden Aufwendungen sind durch die Deutsche Volkspolizei zu ersetzen.

§ 4

Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erteilt der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1962 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 16. März 1964 über die Zulassung und die Tätigkeit freiwilliger Helfer zur Unterstützung der Deutschen Volkspolizei und der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee (GBI. II Nr. 30 B.241) außer Kraft.

Berlin, den 1. April 1962

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph
Vorsitzender

Der Minister des Innern
und
Chef der Deutschen Volkspolizei
Dieckel

Vierte Verordnung über das Verhalten im Straßenverkehr (Straßenverkehrs-Ordnung - StVO) vom 2. April 1962

(GBI. I Nr. 17)

Zur Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung vom 26. Mai 1957 (GBI. I Nr. 26 S. 237) wird folgendes verordnet:

§ 1

Dem § 4 Abs. 2 wird folgender Satz 2 angefügt: „Vorschriftentafeln, die über Fahrverhalten angebracht sind, gelten nur für die Fahrspur, über der sie sich befinden.“

§ 2

(1) Der § 20 Abs. 5 erhält folgende Fassung: „(b) Die Benutzung der Autobahn ist nur mit zugelassenen Kraftfahrzeugen und Anhängerfahrzeugen gestattet, deren zugelassene Höchstgeschwindigkeit über 50 km/h liegt. Zeit während der Fahrt ein Mangel am Fahrzeug oder dessen Ladung auf, der nur eine Geschwindigkeit unter 50 km/h ermöglicht, ist die Weiterfahrt nur bis zum nächsten Parkplatz oder zur nächsten Anlaufstelle zulässig.“

(2) Dem § 20 wird folgender Abs. 4 hinzugefügt: „(b) Zum Auffahren auf die oder Verlassen der Autobahn dürfen nur die mit Wegweisern gekennzeichneten Anlaufstellen benutzt werden. Der befestigte oder unbefestigte Mittelstreifen darf nicht überfahren werden; Annahmen werden durch Verkehrszeichen genehmigt. Das Überqueren der Autobahn auf gleicher Höhe ist untersagt.“

§ 3

Der § 21 erhält folgende Fassung:

§ 11

Fahren in Fahrspuren

(1) Auf Straßen und Autobahnen, die durch Fahrtrahnenmarkierungen (Anlage 2 Bild 961 bis 964) in Fahrspuren eingeteilt sind, ist innerhalb einer Fahrspur zu fahren, sofern nicht besondere Umstände entgegenstehen.

(2) Innerhalb von Ortschaften kann unter Beachtung der Bestimmungen der Absätze 4 und 5 auf Straßen mit markierten Fahrspuren gleicher Fahrtrichtung jede Fahrspur benutzt werden; in diesem Falle gilt es nicht als Überholen, wenn die Fahrzeuge in einer Fahrspur schneller fahren als die Fahrzeuge in einer anderen Fahrspur.

(3) Außerhalb von Ortschaften und auf Autobahnen ist bei markierten Fahrspuren gleicher Fahrtrichtung in der rechten Fahrspur zu fahren, sofern nicht besondere Umstände entgegenstehen. Das Überholen ist grundsätzlich nur links zulässig.

(4) Auf allen Straßen mit markierten Fahrspuren gleicher Fahrtrichtung darf die äußerste linke Fahrspur nur benutzt werden.

1. StVO vom 16. Februar 1959 (GBI. I Nr. 8 S. 25)

und die Leiter der Handwerks- und anderen Gewerbebetriebe (nachfolgend Leiter der Betriebe und Einrichtungen genannt) haben die notwendigen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Havarien und Bränden beim Verkehr mit Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen sowie zur Verhinderung nicht beabsichtigter Explosionsfälle zu ergreifen.

§ 9

(1) Die Leiter der Betriebe und Einrichtungen haben zu gewährleisten, daß Sprengmittel und andere Explosivstoffe vor dem Zugriff Unbefugter geschützt sind und eine mißbräuchliche Verwendung derselben ausgeschlossen ist. Über den Zugang, Abgang und Bestand von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen ist ein schriftlicher Nachweis zu führen.

(2) Die Leiter der Betriebe und Einrichtungen haben für den Verkehr mit Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen nur Werkkätige einzusetzen, die die dafür geforderte persönliche Eignung und fachliche Qualifikation besitzen.

Erlaubnisse und Genehmigungen

§ 8

(1) Die Herstellung, die Verarbeitung, der Erwerb, der Besitz, die Lagerung, der Transport und die Verwendung von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen, ausgenommen von pyrotechnischen Erzeugnissen, ist, soweit nachfolgend nichts anderes besagt, nur mit Erlaubnis der Deutschen Volkspolizei gestattet.

(2) Die Herstellung, der Erwerb, die Lagerung, der Transport und die Verwendung von pyrotechnischen Erzeugnissen ist, soweit in diesem Gesetz oder in dem zu seiner Durchführung erlassenen Rechtsvorschriften nichts anderes festgelegt wird, nur mit Erlaubnis der Deutschen Volkspolizei gestattet.

(3) Werkkätige, die Sprengarbeiten durchführen (nachfolgend Sprengberufliche genannt) oder anderweitig mit Sprengmitteln sowie mit anderen Explosivstoffen verkehren, müssen die 18. Lebensjahre vollendet haben und im Besitz einer persönlichen Erlaubnis (nachfolgend Sprengmittelerlaubnis genannt) sein, die von der Deutschen Volkspolizei erteilt wird.

(4) Die Bestimmungen des Abs. 3 gelten nicht für

1. Werkkätige, die unter Aufsicht eines Inhabers einer Sprengmittelerlaubnis Sprengmittel oder andere Explosivstoffe herstellen, verarbeiten oder anderweitig mit Sprengmitteln verkehren,

2. Werkkätige, die im Eisenbahn-, Schiffs- und Flugverkehr mit dem Transport von Sprengmitteln beauftragt sind,

3. Werkkätige ab Vollendung des 18. Lebensjahres, die im Rahmen der Ausbildung mit Sprengmitteln oder anderen Explosivstoffen verkehren.

(5) Werkkätige sind vor Beginn der Ausbildung zum Erwerb einer Sprengmittelerlaubnis der zuständigen Dienststelle der Deutschen Volkspolizei namentlich zur Bestätigung zu benennen.

§ 10

(1) Für vollzogene Kombinate und Betriebe erteilt die Erlaubnis 1. zur Herstellung oder Verarbeitung von Sprengstoffen und anderen Explosivstoffen sowie zur Herstellung von sprengkräftigen Zündmitteln und pyrotechnischen Erzeugnissen der Minister für Chemische Industrie und 2. zum Erwerb, zum Besitz und zur Verwendung von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen der Leiter des ihnen übergeordneten Organs bzw. für die den Ministerien direkt unterstellten Kombinate der Generaldirektor.

(6) Explosivstoffe sind chemische Verbindungen oder Gemische, die sich durch Wärmenwirkung, mechanische Einwirkung oder Initiationsimpuls unter Abgabe von Wärme ohne Zuhilfenahme von Luftsaauerstoff explosionsartig, überwiegend unter Bildung großer Gasemengen, zersetzen.

Befugnisse zentraler Staatsorgane

§ 2

Befugnisse der Obersten Bergbehörde

- (1) Die Oberste Bergbehörde legt die Kriterien fest, nach denen chemische Stoffe als Explosivstoffe unter dem Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen.
(2) Die Oberste Bergbehörde legt die Anforderungen an Sprengstoffe, sprengkräftige und nichtsprengkräftige Zündmittel sowie zulassungspflichtiges Sprengzubehör fest und bestimmt, was zulassungspflichtiges Sprengzubehör ist.
(3) Von der Obersten Bergbehörde werden Sprengstoffe und sprengkräftige Zündmittel zur Verwendung zugelassen oder zur Erprobung freigegeben. Anders sprengstoffe und sprengkräftige Zündmittel dürfen nicht verwendet werden.
(4) Die Oberste Bergbehörde hat über die zugelassenen Sprengstoffe, sprengkräftigen und nichtsprengkräftigen Zündmittel sowie über das zulassungspflichtige Sprengzubehör eine amtliche Sprengmittelliste zu führen und diese im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik zu veröffentlichen. Änderungen und Ergänzungen der amtlichen Sprengmittelliste sind bis zu ihrer Veröffentlichung im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik zweidimensional durch das staatlich beauftragte Absatzorgan für Sprengmittel des Ministeriums für Chemische Industrie nachfolgend staatlich beauftragtes Absatzorgan genannt) den Sprengmittelverwendern in geeigneter Weise vorzutragen.

§ 6

Befugnisse des Ministeriums für Chemische Industrie

- (1) Das Ministerium für Chemische Industrie genehmigt die Arten der pyrotechnischen Erzeugnisse. Andere Arten pyrotechnischer Erzeugnisse dürfen nicht verwendet werden.
(2) Das Ministerium für Chemische Industrie hat die genehmigten Arten pyrotechnischer Erzeugnisse, in Gruppen unterteilt, in einer amtlichen Vertriebsliste zu erfassen und zu veröffentlichen.

Verantwortung

§ 7

- (1) Der Verkehr mit Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen hat so zu erfolgen, daß dabei das Leben und die Gesundheit der Menschen nicht gefährdet sowie volkswirtschaftlichen Schäden vermieden werden.
(2) Die Minister und Leiter der anderen zentralen Staatsorgane, die Leiter der wirtschaftsleitenden Organe, die Generaldirektoren der Kombinate, die Direktoren bzw. Leiter der volkseigenen Betriebe und Einrichtungen sowie die Vorsitzenden der Genossenschaften und die Leiter der Handwerks- und anderen Gewerbebetriebe haben in ihrem Verantwortungsbereich alle Vorkehrungen zu treffen, um einen sicheren und ordnungsgemäßen Verkehr mit Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen zu schaffen und die konsequente Einhaltung der Rechtsverordnungen und betrieblichen Regelungen zu gewährleisten. In Kontrollmaßnahmen sind die Sicherheitsaktivitäten einzubeziehen.
(3) Die Generaldirektoren der Kombinate, die Direktoren bzw. Leiter der volkseigenen Betriebe und Einrichtungen sowie die Vorsitzenden der Genossenschaften

- a) zum rechtsseitigen Einordnen vor dem Linksabblenken oder Wenden, zum Überholen oder Vorbeifahren,
b) wenn ein ungehindertes Fahren in anderen Fahrspuren nicht möglich ist.
Führer von langsamfahrenden Fahrzeugen und Fahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse über 3,5 t dürfen auf Straßen mit 3 und mehr markierten Fahrspuren gleicher Fahrtrichtung nur zum Zwecke des Linksabblenkens oder Wendens in der linken Fahrspur fahren.
(5) Das Überwechseln in eine andere Fahrspur ist nur zulässig, wenn dadurch der Verkehr nicht gefährdet oder behindert wird; es muß rechtzeitig vor Beginn des Spurwechsels angezeigt werden. Das kurzzeitige mehrfache Wechseln der Fahrspur, insbesondere das Hineinwechseln in die Sicherheitsabstände zwischen den Fahrzeugen, ist untersagt.
(6) Bei Verkehrshindernissen oder Verringerung der Zahl der Fahrspuren haben sich Fahrzeugführer wechselseitig das Einordnen zu ermöglichen.

§ 8

Der § 13 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Fahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse über 3,5 t sowie Personenkraftwagen mit Anhängerfahrzeugen dürfen auf Autobahnen nicht schneller als 80 km/h gefahren werden.“

§ 9

(1) Der § 13 Abs. 4 erhält folgende Fassung:
„(4) Die Benutzer der Ausfahrten aus Grundstücken und Parkplätzen sowie von Feld-, Wald- und anderen Wegen haben den Benutzern der Straßen, auf die sie auffahren oder die sie kreuzen wollen, die Vorfahrt zu gewähren.“

(3) Der § 13 Abs. 7 erhält folgende Fassung:
„(7) Wer auf eine Hauptfahrbahn der Autobahn auffahren will, ist gegenüber allen Benutzern der Hauptfahrbahn wartepflichtig. An Autobahnanfängen und -kreuzen wird die Wartepflicht durch Vorrangstreifen (Anlage 2 Bild 32) bestimmt.“

§ 10

Der § 16 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„An unübersichtlichen oder aus anderen Gründen gefährlichen Stellen sowie auf Autobahnen und Fahrbahnen, die nur in einer Richtung befahren werden, ist das Wenden oder Rückwärtsfahren nicht gestattet.“

§ 11

Im § 17 Abs. 9 wird gestrichen:
„außerhalb von Ortschaften.“

§ 12

Der § 23 Abs. 3 Buchst. b erhält folgende Fassung:
„(b) Fahrzeuge, die mit dem Zeichen „Kinderbeförderung“ (Anlage 2 Bild 33a) oder „Transport gefährlicher Güter“ (Anlage 2 Bild 34) gekennzeichnet sind, haben.“

§ 13

Der § 42 Abs. 1 Buchst. c erhält folgende Fassung:
„(c) die Deutsche Volkspolizei zu verständigen oder verständigen zu lassen, wenn — durch den Unfall Personenschaden eingetreten ist.“

— Gefahren sind Einwirkungen für den Verkehr mit Sprengmitteln,
— ein Fahrzeug mit gefährlichen Gütern (Anlage 2 Bild 34) an Unfall beteiligt ist und/oder
— der Verdacht besteht, daß ein am Unfall beteiligter Fahrzeugführer nicht befähigt im Sinne des § 7 ist.“

§ 10

(1) Der § 47 Abs. 4 erhält folgende Fassung:
„(4) Zusätzlich zu anderen Ordnungsmaßnahmen oder selbständig können Verordnungen zur Teilnahme am Verkehrunterricht ausgesprochen oder Eintragungen über die Verletzung ordnungsgemäßer Pflichten auf dem Berechtigungschein vorgenommen werden.“

(2) Der § 47 Abs. 5 erhält folgende Fassung:
„(5) Zusätzlich zu anderen Ordnungsmaßnahmen oder selbständig kann der Eintrag der Fahrerlaubnis
a) bei besonders großen Zweifelsbehandlungen nach den Absätzen 1, 3 und 3 Buchst. b bis zu 3 Jahren,
b) in Fällen des Abs. 3 Buchst. a bis zu 5 Jahren und bei besonders verantwortungsvollem Verhalten mehrfristet
ausgesprochen werden. Die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei können die Fahrerlaubnis vorläufig entziehen, wenn es die Gewährleistung der Sicherheit des Straßenverkehrs erfordert; der vorläufige Entzug soll 4 Wochen nicht überschreiten.“

(3) Der § 47 Abs. 8 Satz 3 erhält folgende Fassung:
„Die einschlägigen Angehörigen anderer bewaffneter Organe können bei Zweifelsbehandlungen durch Fahrzeugführer dieser Organe selbständig Eintragungen über die Verletzung ordnungsgemäßer Pflichten auf dem Berechtigungschein vornehmen.“

§ 11

Im § 49 Abs. 1 erhalten die Buchstaben a, b, c, g und h die folgende Fassung:
„a) Durchführung von Verkehrsunterricht (§ 47 Abs. 4 StVO oder § 23 Abs. 3 StVZO),
b) Abnahme der theoretischen und/oder praktischen Grundprüfung sowie der Abschlußprüfung für den Erwerb der Fahrerlaubnis (§ 2 Abs. 3 Buchst. d StVZO),
c) Kontrolle der Führerscheine, Fahrerlaubnischeine und Berechtigungscheine, der Zulassungsscheine und Nachweise über die Errichtung der Kraftfahrzeugsteuer und des Beitrags zur Kraftfahr-Kraftpflicht-Versicherung (§ 3 Abs. 5 und 18 Abs. 4 StVZO),
g) Durchführung technischer Überprüfungen von Fahrzeugen (§ 12 StVZO) sowie Eintragung der technischen Überprüfung im Zulassungsschein,
h) Wahrnehmung der Meldepflichten der Fahrzeugbesitzer und -halter und Eintragung von Veränderungen im Fahrzeugstift und Zulassungsschein (§ 11 StVZO).“

Gesetz über den Verkehr mit Sprengmitteln — Sprengmittelgesetz — vom 25. März 1962 (GBl. I Nr. 15)

Die Verwendung von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen gewinnt in bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft wachsende Bedeutung. Zugleich ergeben sich aus der Verwendung von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen hohe Anforderungen an den Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger sowie von materiellen Werten.

Die Volkskammer beschließt daher folgendes Gesetz:

Geltungsbereich

§ 1

- (1) Dieses Gesetz regelt den Verkehr mit Sprengstoffen, sprengkräftigen Zündmitteln und pyrotechnischen Erzeugnissen mit Eigenschaften von Sprengstoffen (nachfolgend Sprengmittel genannt) sowie mit anderen Explosivstoffen.
(2) Der Verkehr umfaßt die Herstellung, die Veredelung, den Vertrieb, den Erwerb, den Besitz, die Lagerung, die Aufbewahrung, den Transport (Binnen- und Außenverkehr), die Einfuhr und Durchfuhr und die Verwendung von Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen.

§ 2

- (1) Dieses Gesetz gilt auch für Gegenstände, die Explosivstoffe enthalten. Ausgenommen davon sind patronierte Munition und Kartuschen.
(2) Dieses Gesetz gilt auch für nichtsprengkräftige Zündmittel und zulassungspflichtiges Sprengzubehör sowie pyrotechnische Erzeugnisse ohne Eigenschaften von Sprengstoffen, soweit dies im Gesetz oder in den zu seiner Durchführung erlassenen Rechtsverordnungen ausdrücklich bestimmt wird.

§ 3

Der Verkehr mit Sprengmitteln und anderen Explosivstoffen, nichtsprengkräftigen Zündmitteln und zulassungspflichtigen Sprengzubehör in den bewaffneten Organen und der Zivilverwaltung regelt sich nach besonderen Bestimmungen der zuständigen Minister.

§ 4

Begriffsbestimmungen

- (1) Sprengstoffe sind zum Sprengen geeignete Explosivstoffe.
(2) Sprengkräftige Zündmittel sind Mittel mit sprengkräftigen Bestandteilen, die zur Einleitung einer Detonation dienen.
(3) Pyrotechnische Erzeugnisse sind Erzeugnisse, die chemische Verbindungen oder Gemische mit Eigenschaften von Sprengstoffen enthalten, oder Erzeugnisse mit chemischen Verbindungen oder Gemischen ohne Eigenschaften von Sprengstoffen, die zur Erzeugung von Licht-, Wärme-, Nebel-, Schall- oder Bewegungswirkung oder für festgelegte Abbrandgeschwindigkeiten in Verbrauchsgütern verwendet werden.



– die allgemeine Pflicht zur Verständigung der Volkspolizei bei Beteiligung solcher Transporte an Verkehrsunfällen.

Der Gefährlichkeit des Fahrens unter Alkoholeinfluss sowie der Entwicklung und Schwere der Alkoholanfälle Rechnung tragend, wurden in den Ordnungstrafbestimmungen nach § 47 StVO die Möglichkeiten zum Entzug der Fahrerlaubnis durch die Volkspolizei erweitert: Bei wiederholten Alkoholdelikten kann die Fahrerlaubnis bis zu fünf Jahren – bei besonders verantwortungslosem Verhalten unbefristet – entzogen werden.

In § 42 StVO ist die ergänzende Festlegung aufgenommen worden, daß unfallbeteiligte Verkehrsteilnehmer die Volkspolizei zu verständigen oder verständigen zu lassen haben, wenn der Verdacht besteht, ein anderer unfallbeteiligter Fahrerlaubnisführer ist nicht fähig im Sinne des § 7 StVO.

Die im § 17 Absatz 4 StVO enthaltene Verpflichtung für Fahrer langsamfahrender Fahrzeuge, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit so weit wie möglich nach rechts zu fahren und anzuhalten, um eine angestaute Fahrsaugkolonne (vgl. Ziffer 13 der Anlage 3 zur StVO) vorbeifahren zu lassen, gilt künftig nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb von Ortschaften.

Eine **verkehrsorganisatorische Neuerung** enthält § 6 Absatz 3 StVO. Danach können Verkehrsmitteln (vgl. Abschnitt II der Anlage 2 zur StVO) über Fahrpläne angeordnet werden. In solchen Fällen gelten sie nur für die Fahrspur, über der sie sich befinden.

Eine **weitere Änderung** der StVO sind formeller Art und ergeben sich aus der Neufassung der StVO. So ist z. B. die Kennzeichnung hilfsbedürftiger Personen aus der früheren StVO (§ 2) als Begriffsbestimmung Ziffer 17 a in die Anlage 3 zur StVO übernommen worden.

Bis zum Inkrafttreten der Vierten Verordnung sind von der Volkspolizei vielfältige Aufgaben zu deren Popularisierung zu bewältigen. Dazu ist Voraussetzung, daß sich jeder Volkspolizist selbst gründlich mit den neuen Straßenverkehrsbestimmungen vertraut macht.

Zur **Erläuterung** in der Öffentlichkeit machen sich neben den Maßnahmen der zentralen Publikationsorgane auch örtliche Aktivitäten notwendig.

Ab Juli 1982 ist die **Behandlung** in den Verkehrsteilnehmerseminarzentren auf der Grundlage einer entsprechenden Schulungsdiagnostik vorgesehen.

Gleichfalls werden der **Druck** und die **Auslieferung** der StVO in ihrer Neufassung als Sonderdruck der Zeitschrift „Die Volkspolizei“, einer Textausgabe mit allen neuen Rechtsvorschriften für den Straßenverkehr und der überarbeiteten Broschüre „StVO – kommentiert“ vorbereitet.

§ 13
1) In der Anlage 3 erhält Bild 336 – allgemeine Höchstgeschwindigkeiten in der DDR – folgendes Aussehen:

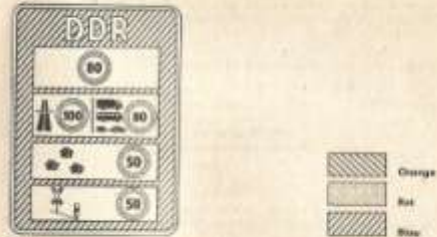


Bild 336
allgemeine Höchstgeschwindigkeiten
in der DDR

2) In die Anlage 3 werden neu aufgenommen:



Bild 338 a
Ende der Umleitung



Bild 341
Transport gefährlicher Güter
(sind nur an Kraftfahrzeugen und Anhängerfahrzeugen angebracht)

3) In der Anlage 3 erhält der Text zu Bild 310 folgende Fassung:
„Pfeilzeichen zwischen Sperrlinien verpflichten Fahrzeugführer zur Weiterfahrt in der durch den Pfeil angegebenen Richtung; ein Wechsel der Fahrspur ist nicht gestattet.“

§ 17
In die Anlage 3 werden folgende Begriffsbestimmungen neu eingefügt:

17. a Hilfsbedürftige Personen

Personen, die infolge ständiger oder zeitweiliger körperlicher und/oder geistiger Mängel nicht sicher am Straßenverkehr teilnehmen können, sowie Blinde, Behinderter Hörgeschädigte, die eine gelbe Armbinde mit drei schwarzen Punkten tragen

oder durch Beförderung an Hilfsstellen (wie z. B. Gehörlose, Blindenführer) zu sein, darunter ist;

17. a Langsamfahrendes Fahrzeug

Fahrzeug, mit dem nur eine Geschwindigkeit gefahren wird, die wesentlich unter der jeweils zulässigen Höchstgeschwindigkeit liegt;

§ 14

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1982 in Kraft.

Berlin, den 2. April 1982

Der Minister
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph
Vizekanzler

Der Minister des Innern
und
Chef der Deutschen Volkspolizei
Dieckel

Verkehrsregeln präzisiert und neu bestimmt

Oberst der WF Werner Hötling

Am 1. Oktober 1982 tritt die von Ministerrat der DDR am 2. April beschlossene Vierte Verordnung über die Verhältnisse im Straßenverkehr (Straßenverkehrs-Ordnung – StVO) in Kraft. Sie soll – im Einklang mit dem Verkehrswiderstandsprogramm für den Zeitraum bis 1985 und den seit 1. Juni 1982 geltenden Bestimmungen über die Zulassung von Kraftfahrzeugführern und Fahrzeugen – zur weiteren Erhöhung der Ordnung, Sicherheit und Flüssigkeit im Straßenverkehr beitragen. Gleichzeitig trägt sie den volkswirtschaftlichen Anforderungen und der rationellen Verwendung von Kraftstoffen verstärkt Rechnung.

In der Verordnung wurden unter Berücksichtigung von Erfahrungen sowie vieler Hinweise und Vorschläge einzelne Verkehrsregeln präzisiert oder neu bestimmt. Sie stimmen grundsätzlich mit internationalen Regelungen für den Straßenverkehr überein.

Von besonderer Bedeutung ist die Neufassung des § 11 StVO über das Fahren in Fahrsparen (§ 3 der Vierten Verordnung). Darin wird eindeutig gefordert:

- das Einhalten markierter Fahrsparen (spurtreues Fahren),
- das grundsätzliche Besetzen der rechten Fahrsparen und Linksüberholen außerhalb von Ortschaften und auf Autobahnen,
- die Vermeidung jeglicher Gefährdungen und Behinderungen beim Überwecheln in eine andere Fahrspur.

– das zeitweilige Anhalten des Spurwechsels vor Beginn der Fahrtrichtungsänderung;

– das Unterlassen des kurzzeitigen oberhalb des Fahrsparwechsels (Linksabdrängens) und des gefährlichen Hinzeiwendens in die Sicherheitsabstände zwischen den Fahrzeugen.

Wegen der Besonderheiten des Verkehrs innerhalb von Ortschaften gilt weiterhin die Regel, daß auf Straßen mit markierten Fahrsparen gleicher Fahrtrichtung jede Fahrspur benutzt werden kann und daß es in diesen Fällen nicht als Überholen gilt, wenn die Fahrzeuge in einer Fahrspur schneller fahren als die Fahrzeuge in einer anderen.

Allerdings ist dabei vor allem der neue Absatz 4 des § 11 StVO zu beachten, der vorschreibt, daß auf allen Straßen mit markierten Fahrsparen gleicher Fahrtrichtung die jeweils äußere linke Fahrspur weitgehend freigehalten wird. Sie darf künftig nur auch zum rechtsseitigen Einordnen vor dem Linksabdrängen oder Wenden sowie zum Überholen (außerhalb von Ortschaften oder Vorbeifahren innerhalb von Ortschaften) benutzt werden. Außerdem ist ihre Benutzung gestattet, wenn ein ungehindertes Fahren in den anderen Fahrsparen nicht möglich ist.

Für Fahrer von langsamfahrenden Fahrzeugen (vgl. neue Ziff. 10 a der Anlage 2 zur StVO) und Fahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse über 1,1 t ist die auch weitergehende Bestimmung verbindlich, daß auf Straßen mit drei und mehr markierten Fahrsparen gleicher Fahrtrichtung in der linken Fahrspur nur zum Zwecke des Linksabdrängens oder Wendens gefahren werden darf.

Mit diesen grundsätzlich neuen Regelungen des Absatzes 4 soll die Markierung der Straßen mit markierten Fahrsparen durch langsame und störende Fahrzeuge weitgehend verhindert, die Durchlässigkeit vor allem von Kreuzungen und Einmündungen erhöht, Einsatzfahrzeugen und anderen eine erleichterte Durchfahrt auf der jeweils linken Fahrspur (vgl. § 21 Abs. 3 und § 44 StVO) ermöglicht werden.

Ebenfalls wesentlich ergänzt und präzisiert wurden die Bestimmungen über die **Benutzung der Autobahnen** in den §§ 18, 19, 20 und 21 StVO (§§ 2, 4, 5 und 6 der Vierten Verordnung).

Fahrzeuge mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit bis zu 90 km/h sind künftig vom Verkehr auf Autobahnen ausgeschlossen, um den vermehrten Überholungen und Gefährdungen zu begegnen, die von solchen Fahrzeugen vor allem bei beeinträchtigten Sichtverhältnissen und bei zunehmender Verkehrsdichte auf Autobahnen ausgehen.

Sowohl nach Instruktionen dieser Festlegung volkswirtschaftlich wichtige Transporte mit hohen Geschwindigkeiten noch durchgeführt werden müssen, können Ausnahmeregelungen gemäß § 48 StVO getroffen und von Anlagen und Bedingungen abhängig gemacht werden.

Besaglich der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten ist ergänzend im § 11 StVO festgelegt worden, daß PKW am Anhänger auf Autobahnen nicht schneller als 80 km/h gefahren werden dürfen.

Da Schwervern und Gefährdungen auf Autobahnen meist bei bestimmten Fahrmanövern verursacht werden (Auffahren auf die und Verlassen der Autobahnen, Wenden, Rückwärtsfahren, Überfahren des Mittelstreifens und Überqueren der Autobahnen auf gleicher Höhe), wurden die diesbezüglichen Vorschriften konkretisiert.

Zur **Sicherung von Transporten mit gefährlichen Gütern** im Straßenverkehr ist bestimmt worden:

- deren einheitliche Kennzeichnung mit einer orangefarbenen Tafel (gemäß Bild 34) der Anlage 3 zur StVO in Übereinstimmung mit Festlegungen in speziellen Richtverordnungen,
- das Einhalten der Warnlichteinrichtung beim Halten solcher Transporte und



näre den technischen Zustand der Fahrzeuge im Auge, deren Zahl während der Kampagne infolge der Konzentration der Technik um ein Mehrfaches steigt. Ihre Blicke richten sich zugleich auf Ladeflächen und Seitenwände der LKW und der Anhänger. Kein Spalt darf zwischen den Brettern bleiben, um Transportverluste zu verhindern.

In Nordkasachstan gibt es entlang der Allwetterstraße Petropawlowsk-Segrewka eine besondere Lösung. Neben der Haupttrasse verläuft eine zweite, planierte. Während die beladenen Lastzüge zur Erntezeit die Chaussee benutzen, pulsiert der Gegenverkehr „nebenan“. Kfz-Inspektoren wachen mit Argusaugen darüber, daß diese Ordnung strikt eingehalten wird. An den rund 70 Kontrollpunkten sind auch ehrenamtliche Kräfte eingesetzt.

Eine Sonderkommission prüft eingehend die Kandidaten aller für den Getreidetransport vorgesehenen Kraftfahrer. Vorrangige Aufmerksamkeit wird dem Umstand gewidmet, äußerste Verkehrsdisziplin zu garantieren.

Die Erntezeit zieht, indem sie voranschreitet, immer mehr Mitarbeiter der verschiedensten Dienstzweige in ihren Bann. Um so mehr sind die Abschnittsbevollmächtigten auf der Hut. Die Gäste aus dem Süden beleben die Dörfer.

herzlicher und somit für jeden einzelnen erlebnisreicher gestalten.

Noch vor einigen Jahren hatten nicht wenige Offiziere und Wachmeister so „ihre Probleme“, um sich in der Sprache der Freunde verständigen zu können. Oftmals mußte – wenn Gestik und Sprache der Hände nicht mehr ausreichten – der Dolmetscher helfend eingreifen. Ähnlich erging es unseren Partnern. Was lag also näher, als gemeinsam zu folgender Auffassung zu kommen: Wir sind Freunde, und weil unsere Freundschaft unzerstörbar ist, muß der eine den anderen auch sprachlich besser verstehen können.

Viele von uns lernten fortan intensiver Russisch, und unsere Freunde vertieften ihre Kenntnisse in der deutschen Sprache.

Großes Schulterklopfen und Anerkennung gab es – und gibt es weiterhin –, wenn wir bei den Treffen mit unserem bzw. die sowjetischen Genossen mit ihrem „Wissenszuwachs“ aufwarten. Selbstverständlich kennen wir den

Wormöglich kommt jemand auf den Gedanken, sich kostenlos Futter für seine Haustiere zu beschaffen. Also heißt es, regelmäßig nach den Getreideschobern zu sehen. Die Produktionsbrigaden und -abteilungen müssen ausreichend über funktionstüchtige Feuerlöschmittel und Geräte verfügen, Wasserreserven sind bereitzuhalten, Traktoren samt Pflügen bereitzustellen, um erforderlichenfalls Wundstreifen ziehen zu können.

Die Getreidemähd ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Angelegenheit des gesamten Volkes. Sie mobilisiert alle, darunter die freiwilligen Milizhelfer, die gesellschaftlichen Zentren zum Schutz der Rechtsordnung, die operativen Komsomolabteilungen, die verschiedensten gesellschaftlichen Kommissionen. Presse, Funk und Fernsehen sehen ihre Aufgabe darin, alles zu fördern, was dazu beiträgt, die Ernte verlustlos einzubringen.

Kurz gesagt: Die Miliz und ihre Mitstreiter haben keinen Mangel an Arbeit, auch dann nicht, wenn die vom Tagwerk Ermüdeten verdientermaßen in tiefem Schlaf liegen. Ihr Anteil ordnet sich ein in die Realisierung des vom XXVI. Parteitag der KPdSU beschlossenen Planvorhabens, in dem es heißt: „Hauptaufgabe des Agrar-Industrie-Komplexes ist die zuverlässige Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen.“ Das exakte Zusammenwirken aller Beteiligten zielt darauf ab, „die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu steigern, ihre Erhaltung sowie ihren Transport, ihre Verarbeitung und ihre Weiterleitung zum Verbraucher zu verbessern.“ ISM/ZID
Dieser Beitrag wurde von der Redaktion „Sowjetskaja Milizija“ vorbereitet.

ruhmreichen Weg der Gardepanzereinheit bei der Zerschmetterung der Faschisten, wissen von den Heldentaten der Soldaten und Offiziere und von ihrem gegenwärtigen Kampf zur Steigerung der Gefechtsbereitschaft. Und unsere Genossen sind ebenfalls erfreut, mit welchem Interesse die Freunde die Chroniken der Dienstkollektive verfolgen und mit Hochachtung von den Anstrengungen sprechen, die wir jederzeit zum Vorteil für Ordnung und Sicherheit auf Eisenbahngelände und beim zuverlässigen Schutz der staatlichen Souveränität der DDR unternehmen.

Ganz sicher wird unsere Partnerschaft in den nächsten Monaten erneut vertieft. Welche Früchte unsere Zusammenarbeit mit dem „Regiment nebenan“ getragen hat, erweist sich spätestens bei der Bilanz aus Anlaß des 65. Jahrestags des Roten Oktober oder zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR.

Meister der VP Uwe Heinrich,
VP-Korrespondent

35 Jahre Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Bruderbund in Aktion

Am 30. Juni 1947, bei ihrer Gründung, zählte die Freundschaftsorganisation ganze 2200 Mitglieder; heute sind es rund sechs Millionen. Seinerzeit stand zunächst „das Studium der Kultur der Sowjetunion“ im Mittelpunkt der politischen Massenarbeit. Längst hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, den Werktätigen unseres Landes allseitige Kenntnisse über die Pionierrolle der UdSSR im Kampf um Frieden und Sozialismus, zu vermitteln.

Anna Seghers schrieb einmal, sich an das Gründungsjahr erinnernd: „Unermüdlich, geduldig wurde den Zuhörern der weiße Fleck auf der Landkarte ihrer Gedankenwelt ausgefüllt. Sie begriffen langsam, was für Wissensschätze die Oktoberrevolution gebracht hatte.“ Nach 35 Jahren hat der Bruderbund zwischen der DDR und UdSSR, haben die zuvor gelegten Keime das Neuen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen unerschöpfliche Perspektiven der Zusammenarbeit eröffnet, die in dem Freundschaftsvertrag vom 7. Oktober 1975 gipfelt.

Sowjetische Erfahrungen sind bei uns überall in der Gesellschaft gegenwärtig, erweisen sich millionenfach als erfolgreich. Indem die Volkspolizei seit Jahrzehnten Praktikables aus dem Erfahrungsschatz der Sowjetmiliz erprobt und übernahm, erschloß sie sich eine der unersiegbaren Quellen ihrer Kraft und Stärke. Für Offiziere und Wachmeister wurde die deutsch-sowjetische Freundschaft wahrhaftig zur Herzenssache. Der Bruderbund befindet sich in seiner Wirkung auf Innen- und Außenpolitik ständig in Aktion.

Der X. Parteitag der SED hat einmal mehr betont, wieviel Zuversicht die Sowjetunion ausstrahlt. Das von Leonid Breschnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU vorgelegte Friedensprogramm zeigt, „wie der imperialistische Konfrontationskurs zurückgewiesen, die Gefahr eines nuklearen Krieges gebannt und die Entspannung vorangebracht werden kann“.

Die letzten Wochen und Monate erbrachten wiederholt den Beweis, daß die sowjetische Partei- und Staatsführung alles unternimmt, damit sich die gegenwärtige Weltlage wiederum entspannt. Ihre Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft fand weltweites Echo. Was unsere Republik betrifft, so ist ihre Position eindeutig. Sie mocht sich den Standpunkt der Sowjetunion voll und ganz zu eigen. Diese Grundhaltung hat Erich Honecker in seinem Interview für die dänische Zeitung „Land og Folk“ unmißverständlich unterstrichen. Diese Einmütigkeit stärkt unsere Zuversicht: Wer mit der Sowjetunion im Bunde ist, gehört zu den Siegern der Geschichte! K. D.

Ein entscheidendes Qualitätskriterium

Reichsbahn-Hauptdirektor Günter Mai,
Stellvertreter des Leiters der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn

Das Kollektiv der Eisenbahner hat bedeutende Leistungen vollbracht. So gelang es 1981, im Güterversand den Plan mit 8 Millionen Tonnen überzuerfüllen; das sind fast sieben zusätzliche Tagesleistungen. Durch die Übernahme von 6,1 Millionen Tonnen Gütern von der Straße wurde ein wichtiger Beitrag zur energieoptimalen Arbeitsteilung im Güterverkehr geleistet. Der Anteil der Eisenbahn am gesamten Gütertransport im Binnenverkehr der DDR wird bis 1985 von gegenwärtig 71 auf 83 Prozent steigen. Demzufolge ist es erforderlich, die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn in einem weit stärkeren Maße als bisher zu entwickeln und eine hohe Stabilität unter allen Bedingungen zu gewährleisten.

Der volkswirtschaftliche Leistungsanstieg erfordert ferner, beim Transportaufwand eine neue Meßlatte anzulegen. Die notwendige Senkung des Transportaufwands der Eisenbahn bei gleichzeitiger Steigerung der Effektivität ist nur über die Qualität der Arbeit realisierbar. Sie wird immer mehr zum Knotenpunkt des Wirtschaftswachstums. Deshalb stellt die ökonomische Strategie der SED die Aufgabe, den Kampf um hohe Qualität der Produkte entscheidender und wirkungsvoller zu führen. Im Gütertransport entscheidet die störungsfreie Beförderung in erheblichem Maße über den Leistungszuwachs. Die sichere und pünktliche Beförderung der Reisenden ist zu einem bestimmenden Faktor für das Ansehen der Eisenbahn als sozialistisches Unternehmen geworden. Das Niveau unserer Tätigkeit hat unmittelbare Auswirkungen auf die Stimmungen und Meinungen der Bürger. Auch das internationale Ansehen der Eisenbahn der DDR wird wesentlich von der Exaktheit des Handelns jedes Eisenbahners beeinflusst. Die Forderung nach mehr Qualität ist somit eine politische Frage, eine erstrangige gesellschaftliche Aufgabe zur weiteren Stärkung unseres Staates.

Bewußtes Handeln ausprägen

Wir gehen von der Position aus, daß gute Arbeit immer das Resultat bewußten Handelns von Kollektiven oder einzelnen Werktätigen ist. Deshalb wird sie im Eisenbahnwesen vorrangig durch ein gewachsenes Niveau von Ordnung, Disziplin und Sicherheit gekennzeichnet. Sie hat aufgrund der volkswirtschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Wirkungen und des Einflusses auf den



Streckenelektrifizierung. Die Spezialisten befinden sich im Bezirk Potsdam. Erheblich beschleunigen sie das Tempo, geht es doch darum, noch in diesem Jahr 140 km unter den Fahrdraht zu bringen. Schließlich – und das gehört zu den politischen und ökonomischen Zielen der achtziger Jahre – ist die Beschleunigung der Streckenelektrifizierung eine entscheidende Aufgabe. Deshalb, weil die gesamte Energiebilanz der DDR davon abhängt.

Und um das notwendige Tempo jederzeit zu sichern, um wertvolles Volksvermögen vor Verlusten zu schützen, ist das komplexe Handeln aller Dienstzweige bei der operativ-vorbeugenden Tätigkeit unerlässlich. Darum sind die Erfahrungen, die Major der K Hans Krüger in „Die Volkspolizei“, Heft 1/1982, auf den Seiten 5 und 6 vermittelt, noch wie vor nachahmenswert.

i. D.
Foto: ZBDR/Zimmer
Grafik: ZB

Reproduktionsprozeß im Eisenbahnwesen zunehmenden Stellenwert.

Aus dieser Sicht ist der Grad von Ordnung, Disziplin und Sicherheit beim Transport ein entscheidendes Qualitätskriterium. Sie setzen sich jedoch nicht im Selbstlauf durch, sondern müssen organisiert werden. Es handelt sich hierbei zunächst um einen Anspruch an die Erziehung der Menschen, wobei die Vorbildwirkung entscheidend ist. Das erfordert tägliche Auseinandersetzungen und ein beträchtliches Maß an Bewußtheit, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit.

Die Entwicklung zeigt, daß die Ergebnisse trotz der Fortschritte auf Teilgebieten noch nicht umfassend mit dem Maßstab der ökonomischen Strategie des X. Parteitags übereinstimmen. So ist die Zahl der Bahnbetriebsunfälle und der Störungen, die die Regeltechnologie des Eisenbahntransports beeinträchtigen und dadurch zu größerem Transportaufwand und zum Mehrverbrauch an Energie führen, zu hoch. Die meisten dieser Ereignisse wären vermeidbar gewesen.

So waren u. a. im Zugbetrieb mangelhafte Fahrwegprüfung, Unterlassungen von Schrankenwärtern, oberflächliche Arbeit mit Hemmschuhen im Rangierbetrieb, das Umstellen von Weichen unter Fahrzeugen sowie die unterlassene Sicherung stillstehender Fahrzeuge die häufigsten Ursachen für Störungen und Zuggefährdungen.

Fehlleistungen verhindern

Ein Teil der Fehlhandlungen resultiert aus routinehaftem Verhalten und gewohnheitsmäßigem Abweichen von innerbetrieblichen Bestimmungen und Rechtsvorschriften. Es zeigt sich, daß Handlungsabläufe bei Abweichungen vom Regelbetrieb von einigen Tätigkeitsgruppen nicht sicher genug beherrscht werden.

Die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle konnte erheblich gesenkt werden. Jedoch gibt die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle im Gefahrenbereich der Gleise Anlaß zu energischeren Vorbeugungsmaßnahmen. Fortschritte bei der Arbeitssicherheit wurden vor allem im Zusammenhang mit der Verbesserung der materiellen Arbeitsbedingungen erreicht.

Nicht zufrieden kann man mit der Zahl der infolge unsachgemäßer Behandlung im Rangierdienst beschädigten Güterwagen sein. Sie beeinträchtigt die Lei-

stungsfähigkeit des Eisenbahntransports. Es fehlt nicht an zweckmäßigen Konzeptionen und umfassender Aufgabenstellung. Der Plan der „Maßnahmen zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und zur Erhöhung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit im Eisenbahnwesen“ vom 1. August 1981 enthält eine langfristige und gemeinsame politische Strategie des Ministers für Verkehrswesen und des Leiters der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn.

Dieses Dokument orientiert auf die allseitige Befähigung der Eisenbahner zur vorbildlichen Realisierung der Transportaufgaben.

Auf allen Leitungs- und Arbeitsebenen wurden hierzu unter Beachtung der spezifischen Bedingungen abrechenbare Festlegungen getroffen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfordert Konsequenz, Vorbildwirkung und Beharrlichkeit. Vorwärtsgewonnen ist man dort, wo die staatlichen Leiter, die Partei- und die Gewerkschaftsleitungen gut zusammenarbeiten und ihr Vorgehen aufgabenbezogen abstimmen.

Kommunisten in erster Reihe

Die Vorbildwirkung der Kommunisten ist eine wichtige Voraussetzung für weitere Fortschritte. Die Orientierung „Genossen an die Spitze im Kampf um hohe Ordnung, Disziplin und Sicherheit“ ist aktueller denn je.

Die Parteiwahlen förderten neue Initiativen im Kampf um Ordnung, Disziplin und Sicherheit. Die besten Ergebnisse konnten dort erreicht werden, wo die Parteigruppen und die Kommunisten in den Arbeitskollektiven über große Ausstrahlungskraft verfügen und wo sie Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz führen.

Deshalb wurden unter anderem in den Kampfprogrammen der SED-Grundorganisationen und in den Wettbewerbskonzeptionen nach dem FDGB-Kongreß die politisch-ideologischen Vorhaben konsequenter in den Mittelpunkt gestellt. Ziel ist es, auf die Persönlichkeits- und Kollektiventwicklung unmittelbarer Einfluß zu nehmen. Das schließt Ordnung, Disziplin und Sicherheit ein.

Zunehmend gewinnt der Kampf um die Anerkennung als „Bereich der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit“ an Bedeutung. Hierzu gibt es eine beträchtliche Zahl von Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb. Es ist richtig — wie das die Ergebnisse auf dem Bahnhof Riesa, dem Hauptbahnhof Zwickau und in anderen Dienststellen beweisen —, wenn die Eisenbahnerkollektive hierbei orientiert werden, lange unfall- und störungsfreie Zeiträume zu erreichen. Hierbei sind besondere Aktivitäten der Gewerkschaftsleitungen gefragt.

Es geht vorrangig um das sicherheitsbewußte Denken und Handeln der

Eisenbahner. Deshalb hat die politisch-ideologische Arbeit dazu beizutragen, — die Erziehung und Selbsterziehung der Eisenbahner zum sicherheitsbewußten Verhalten zu fördern, — die kompromißlose Haltung der Leiter gegenüber Fahrlässigkeit, Verstößen gegen Rechts- und innerbetriebliche Vorschriften zu entwickeln, — die konsequente Wahrnehmung der Kontrollpflichten der staatlichen Leiter zu realisieren.

Wußten Sie schon, daß . . .

- bei halber Auslastung der Züge, bezogen auf die Budgetfahrplanlast, der spezifische Energieverbrauch auf 142 Prozent und bei einem Drittel Auslastung auf das Doppelte ansteigt?
- eine feste Bremse im Zug auf 10 km Fahrstrecke etwa 8 Liter Diesellokstoff zusätzlich erfordert?
- eine Diesellok 6 bis 15 Liter Diesellokstoff pro Stunde im Leerlauf verbraucht?
- offene Türen in einem Güterzug den Energieverbrauch bis zu 30 Prozent ansteigen lassen?
- das Wiederanfahren eines 1000-Tonnen-Güterzuges bis zu 12 Liter Diesellokstoff zusätzlich verschlingt?
- Fahrzeitunterschreitungen zu einem Anzeichen des Diesellokstoffverbrauchs bis zu zwei Prozent führen?
- in der Gütersugbeförderung schnelles Beschleunigen auf Fahrgeschwindigkeit bei der Anfahrt sowie rechtzeitiges Abschalten der Zugkraft bei Halt und Nutzung des Auslaufs bis zu 12 Prozent Diesellokstoff gegenüber einer langsamen Beschleunigung und späten Abbremsung einsparen?

Besondere Bedeutung ist der Vorbeugung beizumessen. Dazu sind in der Schriftenreihe der Politischen Verwaltung, in den Dia-Ton-Serien, Bildwandzeitungen usw. gute Arbeitsweisen verallgemeinert.

Am Arbeitsplatz erziehen

Gute Qualität verlangt gewissenhafte Arbeit an jedem Platz. Deshalb ist Arbeitsdisziplin ein Kernstück der Gewährleistung der Gesetzlichkeit. Die Vorbildwirkung der Besten bleibt dabei weiterhin ein wichtiger Faktor.

Die Zahl der Arbeitskollektive, die um die kontinuierliche Transportplanerfüllung bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Arbeit kämpfen, nimmt zu. Ausgebaut wird die kollektive Einflüßnahme zur Vermeidung von Fehlhandlungen.

Rechts-, Betriebssicherheits- und Qualitätskonferenzen fördern das Bemühen um Gesetzlichkeit, Ordnung, Disziplin und Sicherheit, vor allem durch politisch-ideologische Erziehung und zweckmäßige Leitung und Kontrolle. Immer häufiger werden z. B. Rechenschafts-

legungen in den Eisenbahn-Dienststellen genutzt, um die Erfahrungen der Besten zu verallgemeinern, Reserven zu erschließen und neue Vorhaben in Angriff zu nehmen.

Beachtenswert sind die Aktivitäten der Sicherheitsaktive, der Konfliktkommissionen und der ehrenamtlichen Kontrolleure. Ihre Einflußnahme — unter breiter Beteiligung der gesellschaftlichen Kräfte — trägt zu nachhaltigerer Rechtserziehung bei.

Zusammenarbeit ist ergiebig

Gute Ergebnisse bei der Festigung der Gesetzlichkeit, Ordnung, Disziplin und Sicherheit gibt es vor allem dort, wo staatliche Leiter, Parteiorganisationen und gesellschaftliche Organisationen mit den Schutz- und Sicherheitsorganen gut zusammenarbeiten. Die Teilnahme verantwortlicher Genossen der Transportpolizei an den Rechts-, Betriebssicherheits- und Qualitätskonferenzen ist bereits gute Tradition geworden. Ihre Hinweise, Empfehlungen und Vorschläge werden immer mehr Bestandteil der politischen Erziehung.

Unsere Öffentlichkeitsarbeit wird durch eine zunehmende Zahl von Artikeln der Eisenbahner und der Transportpolizisten in der zentralen Eisenbahnerpresse und in den Betriebszeitungen unterstützt. Beispielsweise werden in „Fahrt frei“ Erfahrungen aus Anlaß des 30. Jahrestags der VP-Helfer veröffentlicht.

Gemeinsame Aktivitäten, die aufgrund von Vereinbarungen zwischen den Transportpolizei-Ämtern und den Politischen Abteilungen der Reichsbahnämter entwickelt werden, führen zu besserer gegenseitiger Information, nutzbringender vorbeugender Arbeit und exakt abgestimmtem Handeln. So haben Kontrollen in den Reichsbahnämtern Frankfurt (Oder), Aschersleben und Karl-Marx-Stadt sichtbar gemacht, daß die Fortschritte maßgeblich darauf zurückzuführen sind. Positive Wirkungen zeitigt die aktive Mitarbeit der Genossen der Schutz- und Sicherheitsorgane in den Sicherheitsaktiven und in den Schadenverhütungskollektiven.

Die ABV(T) haben bei den Eisenbahnern an Vertrauen gewonnen. Fast drei Jahrzehnte wirkt eine fortwährend wachsende Zahl von VP-Helfern in Helfergruppen und -zügen mit. Wir begrüßen das. Viele Helfer der Transportpolizei sind zu echten Partnern der Volkspolizei geworden. Sie haben beträchtlichen Anteil an der Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen den Schutz- und Sicherheitsorganen sowie den Eisenbahnern.

Wir werden den bevorstehenden 30. Jahrestag der VP-Helfer zum Anlaß nehmen, um die Verdienste hervorragender Helfer in würdiger Weise anzuerkennen.

Auf die Transportverlagerung eingestellt

Oberst der VP Erich Blazek
Oberstleutnant der VP Jobst Dönicke

Bekanntlich orientiert der Beschluß des Präsidiums des Ministerrats der DDR vom 26. Juli 1979 alle Volkswirtschaftszweige – in erster Linie die transportintensiven Bereiche Bauwesen, Kohle und Energie, die chemische Industrie sowie die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft – darauf, den Transportaufwand spürbar zu verringern. Diesem Anliegen entspricht auch die „Verordnung über den öffentlichen Gütertransport durch Eisenbahn, Binnenschifffahrt und Kraftverkehr – Gütertransportordnung (GTVO) – vom 10. Dezember 1981“. Die genannten Dokumente enthalten wichtige Festlegungen für die Organisation komplexer vorbeugender Maßnahmen zum zuverlässigen Schutz der Volkswirtschaft.

Höhere Anforderungen überzeugend erläutert

Nach der 3. Tagung des Zentralkomitees wurde in der Leitung des Transportpolizei-Amtes, in den Dienst- und den Parteikollektiven der Transportpolizei-Reviere, die für Ordnung und Sicherheit besonders auf leistungsbestimmenden Güterbahnhöfen Verantwortung tragen, aber auch im gesamten Kollektiv des Amtes und speziell in der Kriminalpolizei über dieses Problem beraten. Dabei ging es um bedeutende Aspekte der wirtschaftspolitischen Aufgaben der Eisenbahn, wie sie in der Direktive des X. Parteitags der SED für die Entwicklung der Volkswirtschaft festgelegt sind. Im Ergebnis der Erörterung wurden Schlußfolgerungen für die operativ-vorbeugende Tätigkeit gezogen.

Im Mittelpunkt standen die Anforderungen an die Transportpolizei, die sich aus der Aufgabenstellung des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei ergeben.

Vor allem geht es darum, die komplexe operativ-vorbeugende Tätigkeit in den leistungsbestimmenden Bereichen des Eisenbahntransports weiterzuentwickeln.

Sowohl in den Parteiorganisationen als auch in den Parteigruppen – in einigen Fällen auch in den FDJ-Kollektiven – wurden Meinungen unter anderem zu folgenden Problemen ausgetauscht:

● Was ist unter der Verkettung der Transportprozesse, die auf der Grundlage effektiver Technologien im kombinierten Transport erfolgen soll, zu verstehen?

● Welche Konzentrationen des Trans-

ports und des Umschlags werden im Zuständigkeitsbereich zu erwarten sein, und worauf muß sich jeder Genosse einstellen, um hohe Ergebnisse bei der Straftatenvorbeugung und -bekämpfung und insgesamt bei der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit auf dem Eisenbahngelände zu erreichen?

● Wie wird im Bezirk die geplante Vereinheitlichung der technologischen Prozesse an den Nahtstellen zwischen den Transportzweigen einerseits und dem Transportwesen und -kunden andererseits praktisch aussehen?

● Was gilt es im Hinblick auf die Verhütung schadenverursachender Ereignisse zu beachten, die bei der Präzisierung der Zusammenarbeit der Transportpartner mit den verschiedensten Bereichen der Volkswirtschaft im Bezirk – so unter anderem bei der Optimierung von Liefer- und Transportbeziehungen – auftreten können?

Vorträge von Mitarbeitern der SED-Bezirksleitung und verantwortlichen Genossen der Reichsbahndirektion über spezielle Fragen im Bezirk helfen, Zusammenhänge zu verdeutlichen.

Mit Verantwortungsbewußtsein und Sachkunde

So konnte bei den Schutzpolizisten ABV (T) und den Kriminalisten das politische Verständnis für die bedeutsamen Transportaufgaben im Bezirk, in den Nachbarbezirken und generell in der DDR vertieft werden; Leiter und Vorgesetzte belassen es jedoch nicht dabei, Fortwährend bemühen sie sich darum, allen Genossen ihre persönliche Verantwortung für den zuverlässigen Schutz der Personen und der Güter bewußt zu machen.

Von Fall zu Fall werden sie auch künftig Spezialisten der Eisenbahn für Vorträge gewinnen. Selbstverständlich geht es nicht darum, Aufgaben oder Funktionen der Eisenbahner zu übernehmen. Vielmehr sollen die Erfahrungen der Experten helfen, mit mehr Sachkenntnis unseren Klassenauftrag zu erfüllen.

Der Amtsleiter organisiert, daß die für den polizeilichen Dienst erforderlichen Informationen gewonnen und aufbereitet werden. Das betrifft die Auswertung der Beschlüsse der SED-Bezirksleitung und des Rates des Bezirks, die



Auf dem Containerumschlagplatz Berlin-Fronkfurter Allee – er gehört zu den leistungsfähigsten Umschlagplätzen Europas – werden rund um die Uhr etwa 300 Container umgeschlagen. Die Deutsche Reichsbahn ist hier für etwa 400 Transportkunden ein zuverlässiger Partner.

Der Containerverkehr gehört zu den modernsten und rationalsten Transporttechnologien. Vor allem deshalb, weil der Container im Binnenverkehr der DDR im Zusammenhang mit der Verlagerung von Transportaufgaben von der Straße auf die Schiene als Transportgefäß außerordentlich an Bedeutung gewonnen hat.

Gegenwärtig werden von den Eisenbahnern vielfältige Anstrengungen unternommen, um in Zusammenarbeit mit den Kombi-Kraftverkehr und den Transportkunden weiterhin zu sichern, daß die tages- und richtungsweise Annahme von Containern planmäßig und störungsfrei erfolgt. Hohe Ordnung, Sicherheit und Disziplin in diesen Umschlagzentren trägt deshalb wesentlich dazu bei, die Containerzugtechnologie exakt anzuwenden.

J. D.
Foto: ZBDR/Stelzer

die Eisenbahn betreffen, der Festlegungen der Operativgruppen des Bezirks-transportausschusses, von Konzeptionen und Vorhaben der Reichsbahndirektionen zu geplanten Transportverlagerungen und zu künftigen Schwerpunktbahnhöfen.

Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind eine Grundlage für die Lageeinschätzung im Transportpolizei-Amt, die stabilmäßige Vorbereitung und Organisation des Einsatzes der operativen Kräfte und nicht zuletzt für das Zusammenwirken mit den Volkspolizei-Kreisämtern und dem Zentralen Betriebschutz-Amt.

Ökonomischer Nutzen liegt auf der Hand

Wenn, wie im letzten Halbjahr, alle Maßnahmen bei der Verlagerung eisenbahngünstiger Gütertransporte vom öffentlichen Kraftverkehr auf die Eisenbahn unter den Bedingungen hoher Ordnung und Sicherheit realisiert werden konnten, dann werten wir das als einen Erfolg der vorausschauenden Arbeit und den zielgerichteten Einsatzes der operativen Kräfte. Einige Beispiele sollen dies unterstreichen.

Im Bezirk waren 1980 390 kt Güter anstatt auf Straßen auf Schienenwegen zu transportieren. Tatsächlich wurden 433 kt (116,1 Prozent) von der Straße auf die Schiene verlagert. Überwiegend handelte es sich um Massengüter, die von der Eisenbahn in Ganzzügen abgehahren wurden.

So wird der Kies von der Kiesgrube N. mit einem Pendelzug — er befördert täglich 1000 t dieses Baustoffes — zum Plattenwerk der Bezirksstadt transportiert. Auf dem Bahnhof E. wird der Kies in einen Ganzzug verladen. Dadurch brauchten 260 kt Kies nicht mit Kipperfahrzeugen des Kraftverkehrs transportiert zu werden. Die Kipperfahrer hätten für diese Menge etwa 20 000 Fahrten über eine Entfernung von durchschnittlich 25 bis 30 km (mit Rückfahrt ohne Ladung) unternehmen müssen. Die Einsparung beträgt etwa 300 000 Liter Dieselmotorkraftstoff. Gleichzeitig wurden eine Fernverkehrsstraße, zahlreiche andere Straßen sowie Kreuzungen und Einmündungen entlastet. Sicherheit und Flüssigkeit im Straßenverkehr nahmen dort zu.

Schutz wird zuverlässig gewährleistet

In der Aufgabenstellung des Amtsleiters werden die zu erwartenden höheren Anforderungen aus der Transportverlagerung gebührend berücksichtigt. Beispielsweise wurden im Bezirk im Jahre 1981 550 kt (das sind 27 000 Wagen, Fassungsvermögen pro Wagen 20 t) umgelagert. Dies betrifft sowohl die Ganzzugsbildung wie auch den steigenden Stückgutumschlag. Um ein Beispiel im Stückgutumschlag zu nennen: So wird der Bahnhof M. in

der Bezirksstadt rekonstruiert, um 300 Wagen (gegenwärtig sind es 80 bis 90 Wagen) täglich beladen zu können. Im Mittelpunkt der Leitungstätigkeit stehen u. a.

- gründliches Kennenlernen der Lage und der perspektivischen Entwicklung der Transportverlagerung im Bezirk (Schwerpunkte der Ganzzugsbildung bis hin zum Stückgutverkehr),
- konkrete Aufgabenstellung für die Schutzpolizei ABV (T), Kriminalpolizei

Streifendienst auf einem leistungsbestimmenden Güterbahnhof. Ein Gespräch mit dem Zugfertigsteller ergibt: Am Zug ist alles in Ordnung.

Foto: Hoffmann



Polizeilada



Eine Frau hatte in den Abendstunden in H. beobachtet, wie zwei Männer mit einem Werkzeug eine Haustür öffnen wollten. Ihre Wahrnehmungen und die Personenbeschreibung teilte sie dem ABV Leutnant der VP Biehl mit. Der Offizier stimmte sein Vorgehen mit den Kriminalisten der RKSt ab. Daraufhin gelang es, eine Gruppe Personen namentlich festzustellen, die mehrere Straftaten und Eigentumsverfehlungen begangen hatten. (VP-Korr.)

W. A.

Ein eigenartiges Geräusch beim Vorbeifahren eines Zuges, das Obermeister der VP Gerd Thiele, Transportpolizei-Revier G., von seiner Wohnung aus bemerkte, veranlaßte ihn zum sofortigen Handeln. Er begab sich zum Bahnkörper und stellte einen

und besonders für die Spezialkommission,

- zielgerichtetes Zusammenwirken mit den VP-Kreisämtern und dem Zentralen BS-Amt sowie abgestimmte Zusammenarbeit mit den Kreistransportausschüssen,
- bessere Zusammenarbeit mit allen Leitern der Eisenbahn-Dienststellen sowie verstärkte Gewinnung und zweckmäßiger Einsatz von freiwilligen Helfern in den Zentren der Transportverlagerung.

Alle Vorhaben sind im Arbeitsplan des Leiters und in entsprechenden Dokumentationen für die nachgeordneten Leiter, die ABV und die Genossen des schutzpolizeilichen Streifendienstes fixiert.

Alle Vorhaben sind im Arbeitsplan des Leiters und in entsprechenden Dokumentationen für die nachgeordneten Leiter, die ABV und die Genossen des schutzpolizeilichen Streifendienstes fixiert.

Schienenbruch fest. Unverzüglich sorgte er für die telefonische Verständigung der Bahnmeisterei und sicherte bis zum Eintreffen der Eisenbahner die Schodstelle. Er verhinderte dadurch einen Bahnbetriebsunfall. (VP-Korr.)

R. Pf.

Ein Passant bemerkte zur nächtlichen Stunde, daß ein Mann in eine Kaufhalle eindringen wollte und verständigte unverzüglich telefonisch das VP-Revier. Die wenig später am Ort des Geschehens eintreffenden Schutzpolizisten, Meister der VP Pfeiffer und Meister der VP Heinrich, entdeckten zunächst zwei Männer, die in einen Hauseingang flüchteten. Die Flüchtenden konnten gestellt werden. Sie gaben an, daß sich zwei Komplizen in der Kaufhalle aufhalten.

Über Funk wurden zwei weitere Schutzpolizisten angefordert. Gemeinsam gelang es, die Einbrecher auf frischer Tat vorläufig festzunehmen. Ausschlaggebend für diesen Erfolg war auch das schnelle und zweckmäßige Reagieren des Diensthabenden. Er gab den Schutzpolizisten Hinweise, wie sie sich taktisch richtig zu verhalten haben. (VP-Korr.)

A. W.

HELFERERKUNDUNGEN ZU GUTEN ERFAHRUNGEN

- Zum Nutzen für Bürger, Staat und Gesellschaft
- Hervorragende Resultate werden gewürdigt
- Es begann mit selbstgeschriebenen Gedichten



Frank Maronde,
Verkäufer,
VP-Helfer seit 1971
und Gruppenführer

Ich kann sagen, daß ich es kein einziges Mal bereut habe, dabei zusein. Die Arbeit unter den Berlinern macht Freude, und ich kann feststellen, daß sie sich auf meine Entwicklung positiv ausgewirkt hat, auch hinsichtlich des bewußten Engagements für unsere gute sozialistische Sache.

Da sich alles in Fluß befindet, nichts eine einmalige, unveränderliche Größe darstellt, wurde ich infolge meines guten Kontakts zu den Einwohnern – vor allem zu den Älteren – vorgeschlagen für die zuständige Schiedskommission. Inzwischen gehöre ich ihr seit acht Jahren an, und zwar zum Nutzen für ein ersprießliches Für- und Miteinander von Bürgern, Staat und Gesellschaft.

Als es Jahre danach galt, beim Wohnbezirksausschuß ein Aktiv Ordnung und Sicherheit zu bilden, waren erneut meine Kenntnisse gefragt. Sollte ich mich solchen Wünschen verschließen? Aus der Summe vieler wertvoller Erfahrungen erwächst um so schneller etwas Neues.



Weit reicht der Blick: Richard Linke (im Vordergrund) und Herbert Helbing (daneben), verdienstvoller Helfer aus dem Zug des ABV Leutnant Max Köhler, dessen dreißig Mann seit 1979 jährlich bester Helfertzug der Grenzabschnitte des Kreises H. wurden und in diesem Jahr die vom Amtsleiter gestiftete Wanderfahne erringen wollen. Herbert Helbing, Technologe, ist Gemeindevertreter, Parteibeauftragter und Mitglied des Kreishelferaktivs. Seit 30 Jahren stellt er seine Kraft der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Verfügung. F. L.

Foto: Helferkollektiv



Karl-Friedrich Konatz, Mitarbeiter im zentralen Staatsoparat, VP-Helfer seit 1954 und Mitglied des Helferaktivs eines VP-Reviers

Konzentriertes Tätigwerden bei gesellschaftlichen Ereignissen ist keineswegs neu. Wir nennen sie Stützpunkteinsätze, weil wir – infolge der Verschachtelung dreier Abschnitte – die Straßen und Plätze von einem Stützpunkt aus begehen. Dort erfolgen zugleich Einweisungen und Auswertungen. Verbindung zum Revier ist jederzeit garantiert. Den Einsätzen voraus gehen die klare Aufgabenstellung, die Beratung der Funktionäre unseres Zugs und die Erteilung der Aufträge, verbunden mit

● Erfassen der einsatzbereiten Helfer der drei Abschnitte,

● Planung der Streifen- und der Leitungsdienste,

● materiell-technische Sicherstellung,

● Vorbereitung der Nachweisbücher und der Streifenpläne.

An Einweisungen und Auswertungen nimmt entweder ein Abschnittsbevollmächtigter oder ein Schutzpolizist teil. Herausragende Ergebnisse oder Einzelleistungen werden gewürdigt. Diese Einsätze sind inzwischen für uns Höher-

Verbrieftes

... versteigerten wir beim letzten Helfervergnügen eine Torte und überwiesen den Erlös von 128 Mark auf das Solidaritätskonto.
Manfred Lischke

... gibt es manch regen „innerfamiliären“ Erfahrungsaustausch, weil meine Frau ebenfalls Helfer ist.
Karlheinz Brühl

... erhöhen wir die Einsatzbereitschaft, kontrollieren die Tagebücher, führen persönliche Gespräche mit jedem Helfer und informieren die Betriebe und Einrichtungen über gute Leistungen einzelner.
Dr. Joachim Ruck, Hans Cyrol

... gewannen wir in unserer Gemeinde an der Staatsgrenze zur BRD 29 Helfer, vor-

wiegend aus den Reihen der FDJ und des DTSB. Zwei wurden Volkspolizisten und nehmen eine gute Entwicklung.
Lothar Schmalstieg

... meldete ich mich nach meinem Umzug beim zuständigen ABV und bin auch ihm eine zuverlässige Stütze.
Siegfried Weisig

... mußten wir bei unseren Kontrollen feststellen, daß viele Haustüren nicht oder erst sehr spät verschlossen wurden. Wir haben die AWG unterrichtet.
Herbert Brosse

... konnte ich aufgrund guter Einweisung drei Rechtsbrecher auf frischer Tat stellen und bei einem Einbruch zur Nachtzeit richtige Sofortmaßnahmen einleiten.
Dieter Berg

... werden wir die Erkenntnisse der Bezirks- und Kreishelferkonferenz ergiebig nutzen und vor allem Frauen für die Mitarbeit gewinnen.
Günter Hoffmann

... sind in unser Kollektiv viele junge Genossen gelangt, die einst meine Schüler waren.
Karl Richter

... werden wir uns an Brandschutzkontrollen in Wohnhäusern beteiligen und mithelfen, daß alle drei Wohnbezirke die Anerkennung für vorbildliche Ordnung und Sauberkeit erhalten.
Gertrud Gromball

... weiß ich als Schichtarbeiter aus eigener Erfahrung um das tägliche Bemühen in der Produktion. Deshalb wirke ich am Schutz des Geschaffenen mit.
Rudi Grötsch

ZUM 30. JAHRESTAG DER VP-HELFER



**MENSCHEN
AN
UNSERER SEITE**

punkte. Alle Helfer beweisen hohe Einsatzbereitschaft. Wir knüpfen stets daran an, kommen dadurch gut vorwärts und aktivieren jene, deren Mitarbeit regelmäßiger sein könnte.



Walter Weber,
Rentner, Physiklehrer, VP-Helfer seit 1953, Mitglied der Kommission zur Erforschung der örtlichen Geschichte der Volkspolizei. Gruppenführer

Es begann mit dem Tag der Volkspolizei vor fünf Jahren, als ich im Zeichen der Vorbereitung des 25. Jahrestags der VP-Helfer dem Chef der BDVP sowie dem Leiter des VPKA Suhl eine Sammlung selbstgeschriebener Geschichten aus dem Leben meiner Helfergruppe überreichte. Spätere Erinnerungen, die den Leser zum Schmunzeln brachten, die aber trotzdem die stetige Zusammenarbeit mit den Genossen ABV (die ab und zu wechselten) widerspiegeln. Schon Ende Juli wurde für mich aus dem Spaß Ernst. Der Chef der BDVP berief mich als Mitglied in die genannte Kommission. Für mich begann in der Arbeitsgruppe Anthologie eine sehr interessante, keineswegs leichte Tätigkeit. Das Kollektiv sammelte über drei Jahre

VP-Helfer Michael Bröckl (Mitte), wie ihn in A. jeder kennt. Vor elf Jahren kam der Gemeindevertreter in die Helfergruppe, sorgte für Aufschwung, ist seitdem ein Vorbild an Aktivität zum Nutzen für Ordnung, Sauberkeit, kommunale Hygiene, Gesetzmäßigkeit und bei der Förderung des gesellschaftlichen Lebens. Was der heute 52jährige Gruppenführer, Schlosser in einer LPG und Vater dreier Töchter, dazu unternimmt, wird von den Einwohnern geachtet. Michael Bröckl ist ein Mensch unserer Tage, der immer wieder mit neuen Ideen und Gedanken aufwartet und mit seiner ganzen Person für die Erhaltung des Friedens eintritt. Sein Beispiel hat bei den anderen Helfern gute Schule gemacht. (VP-Korr.)

Major der VP Ingo Jacobi
(Text und Bild)

**Wir haben nie
Dienstschluß**

Die Auflage des Heftes 2/1982 war gerade ausgedruckt, als sich der Leiter der Abteilung Schutzpolizei des PdVP Berlin mit dreißig verdienstvollen VP-Helfern zusammensetzte. Ein Helfer, der zu dem Aktivist gehört, das den Brief an die Redaktion gerichtet hatte, las ihn den Anwesenden vor und danach die Antwort des verantwortlichen Redakteurs.

Alle verfolgten aufmerksam jedes Wort, machten sich Notizen, und es gab keine Pause, als nach ersten Gedanken gefragt wurde. Was dann innerhalb kürzester Frist zusammengetragen wurde, war, auf einen Nenner gebracht, folgendes: Erkenntnisse, Anstrengungen und Fragen der Helfer aus dem Berliner Zentrum entsprachen den Erfahrungen, Absichten und Zielen der Anwesenden und ihrer Kollektive, sowohl in den VP-Revieren als auch in der Transport- und der Wasser-schutzpolizei. Deshalb identifizierten sie sich sofort mit dem Vorge-tragenen und sprachen im eigenen wie im Namen ihrer Kollektive über ihr ehrenamtliches Engagement. Beeindruckend waren u. a. die Aus-

führungen Dieter Goededes, der anschaulich darlegte, daß in den täglichen vielen Kleinigkeiten, die Ordnung, Sicherheit, Ruhe und Geborgenheit betreffen, Schwerpunkte der Arbeit bestehen. „Wir haben nie Dienstschluß“, sagte er und belegte diesen Satz anhand von Gegebenheiten des Alltags, an Erscheinungen, die das sozialistische Zusammenleben beeinträchtigen oder ihm sogar abträglich sind.

Helga Pooch, ebenfalls langjähriger VP-Helfer, von sich aus im Betrieb mit sieben anderen Helfern Kontakt haltend, konnte es zunächst gar nicht fassen, daß auch ihre Meinung gefragt war. Sie regte u. a. an, von der jedem Anwesenden überreichten materiellen Anerkennung einen kleinen Betrag dem Solidaritätskonto zur Verfügung zu stellen. Über 200 Mark kamen zusammen. „Sie alle haben sich der Helferarbeit verschrieben. Sie ist zu Ihrem zweiten Dasein geworden“, würdigte Oberstleutnant der VP Martin W. treffend.

Bleibt uns festzustellen: In Berlin, in allen Teilen unserer Republik, weist das 30. Helferjahr auf eine gute Bilanz. Die Potenzen, über die unsere Gesellschaftsordnung verfügt, sind gewaltig. Die gesellschaftliche Tätigkeit erhält ständig neue Impulse.

F. L.

Polizeilada

Berichte und Erinnerungen. Wir sichten Archivmaterialien und die bereits erschienenen Dokumentationen der BDVP sowie den ersten Band der „Geschichte der Deutschen Volkspolizei“, stützten uns auf die von der SED-Bezirksleitung herausgegebene Schrift

„Oktoberfreundschaft“ sowie auf die Geschichte der SED.

Wir gliederten die Anthologie in vier Abschnitte. Dabei bereitete uns der erste (1945 bis 1952) die größten Schwierigkeiten. In den Erinnerungen klappten Lücken, oder es gab Widersprüche in



HELFERERKUNDUNGEN ZU GUTEN ERFAHRUNGEN

Zwischenbescheid

Die außerordentliche Resonanz auf unseren Aufruf veranlaßt uns, vor allem den zahlreichen Erkundungs-Briefschreibern für die rege Beteiligung bereits heute herzlichen Dank zu sagen. Die Redaktion wird den Abdruck in weiteren Ausgaben fortsetzen und die Aktion gegen Jahresende abschließen; vielleicht mit einer originellen Idee, gewissermaßen zu Beginn des vierten Helferjahrzehnts und als Offerte an unsere Leser im 35. Jahr des Erscheinens unserer Zeitschrift. Diejenigen Briefe, deren Inhalt jeden Leser interessieren könnte, die die Helferarbeit vorbringen, werden vorzugsweise abgedruckt. Selbstverständlich werten wir alle Zuschriften gewissenhaft aus und garantieren, daß kein guter Gedanke, keine kluge Idee verlorengeht. Zu diesem Zweck werden sämtliche Einsendungen auch den zuständigen Hauptabteilungen übergeben.

Die Redaktion

der chronologischen Reihenfolge. Als dann endlich alle Berichte beisammen waren, begann die Hauptarbeit. Jeder einzelne mußte redigiert, gekürzt oder ergänzt werden. Ich sprach die Endfassungen auf Tonband, Genossinnen der BDVP schrieben anschließend die Manuskripte.

Am 9. November 1980 konnten wir das fertiggestellte Material dem Chef der BDVP übergeben. Eine Überarbeitung bis zum 40. Jahrestag der Deutschen Volkspolizei ist bereits ins Auge gefaßt. Das Wissen, hiermit einen Beitrag zur Bildung und Erziehung junger Volkspolizisten zu leisten, sowie die gute Zusammenarbeit mit den Genossen der Kommission geben mir die Kraft zum Durchstehen. Die Wißbegierde junger Volkspolizisten über die Zeit des schweren Anfangs und ihr Bemühen, aus dem Geschehen der Vergangenheit für ihre heutige Arbeit zu lernen, berührt mich angenehm.



Harry Schöner unterwegs mit seinem Hund „Cenla von Guckelhorst“, einer Zuchthündin, die bisher die Schutzhundprüfung III, die Fährtenhundprüfung II und die VP-Prüfung I bestand. Der Hundesport hat am Ort Tradition. Von den gegenwärtig acht Grundorganisationen der Sektion Dienst- und Gebrauchshundewesen mit mehr als 200

Mitgliedern im Kreis sind knapp ein Drittel VP- bzw. Grenzhelfer. Dank stabilen Partnerschaftsbeziehungen versorgt die Sektion u. a. das VP-Kreisamt mit zuverlässigen Vierbeinern.

Dieter Zicker, Angehöriger der Kampfgruppen, errang dreimal hintereinander mit einem Schäferhund den DDR-Meistertitel. In der Jugendklasse (Schutzhundprüfung I bis III) wurden mehrmals Bezirksmeister- und von 1979 bis 1981 DDR-Jugendmeistertitel erkämpft. Besonderen Wert legen die Grundorganisationen auf junge Leute, die sich für Hunde interessieren.

Mitgliederversammlungen und andere Zusammenkünfte nutzen der Leiter der Schutzpolizei und der Gruppenpostenleiter für Hinweise zur Lage und für andere Informationen an die Mitglieder. An den Streifen beteiligen sich fast alle. Einige Mitglieder werden sicherlich Volkspolizisten, andere VP-Helfer (VP-Korr.)

Oberleutnant der VP
Roland Büttner (Text und Bild)

Es stand in „Die Volkspolizei“

Bereits im letzten Quartal 1982 berichtete die Zeitschrift über erste Erfolge bei der Bildung von Gruppen freiwilliger Helfer: „In wenigen Tagen hatten sich bereits Tausende fortschrittliche Menschen, Funktionäre der SED, der FDJ und anderer demokratischer Massenorganisationen auf den Dienststellen der Volkspolizei gemeldet.“ Besonders die Abschnittsbevollmächtigten scharten sogleich zahlreiche Mitstreiter um sich, so für den Einsatz bei Streifen und bei der Sicherung von Veranstaltungen aus Anlaß des 3. Jahrestages der DDR.

Nach wenigen Monaten konnte der Chef der Deutschen Volkspolizei, Karl Maron, einschätzen: „Es ist bereits jetzt deutlich zu erkennen, daß die freiwilli-

gen Helfer eine wertvolle Arbeit leisten können, wenn die Offiziere und Wachtmeister... ihnen die erforderliche organisatorische Hilfe und Anleitung geben.“ In den Berichten wurden sowohl nachahmenswerte Aktivitäten gelobt als auch kritische Feststellungen getroffen, denn nicht überall hierzulande wurde die Bedeutung der Helferverordnung vom 25. September 1982 unverzüglich vollständig erfaßt. (VP-Korr.)

Oberleutnant der VP Steffen Claus



Helga Pfennighaut,
Haupttechnologe
bei der Reichsbahn,
VP-Helfer seit 1975

1981 wandte sich der Chef der BDVP mit einem Brief an die Abschnittsbevollmächtigten. Hierin forderte er, daß jeder ABV es als persönliche Verpflichtung betrachten sollte, Nachwuchs für den Dienst in der Volkspolizei zu gewinnen. Wir freiwilligen Helfer unterstützen unsere ABV bei dieser wichtigen Aufgabe.

Und ziehe ich Bilanz, so kann ich sagen, daß es mir gelungen ist, zwei Bürger zu benennen. Gespräche mit ihnen hatten zur Folge, daß ein Bewerber inzwischen eingestellt werden konnte. Wir benötigen vor allem Kräfte, die über eisenbahntypisches Fachwissen verfügen. Es ist deshalb naheliegend, daß ich bereits bei den Lehrlingen Interesse wecke. Was tue ich sonst?

Sobald ich mich am Arbeitsplatz befinde, melde ich mich beim Diensthabenden des Reviers. Ich teile ihm Arbeitszeit und voraussichtliche Aufenthaltsorte mit. Natürlich informiere ich ihn auch über Baustellen, Standorte von Gleisbaumaschinen und über sonstige Angaben, die unsere Schutzpolizisten wissen sollen. Der Diensthabende gibt mir Hinweise zur Lage und erteilt mir Aufträge, wenn er es für erforderlich hält. Mit meiner Meldung bringe ich gleichzeitig meine Bereitschaft zur Mitarbeit zum Ausdruck.

Unser Kollektiv hat sich vorgenommen, weitere Kolleginnen als Helfer zu gewinnen. Es gibt keinen Grund, daß ich länger die einzige Frau in unserer Mitte bleibe. Die Helfererkundungen zum Dreißigsten lösen offenkundig die verschiedensten Impulse aus. Eine Journalistenaktion, die viel und daher vieles etwas gibt. Wir lesen alle Veröffentlichungen aufmerksam und ziehen unsere Schlüsse.

Wir fühlen uns verpflichtet

Im Norden unserer Republik, in Rethwisch, Kreis Waren (Müritz), befindet sich ein Betrieb der Reichsbahn, der sich vom ehemaligen Kruppischen Schotterwerk zum bocheffektiven sozialistischen Großbetrieb, zu einer Hochburg der Arbeiterklasse, entwickelt hat. Die 600 Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Meister – um nur einige Berufsgruppen zu nennen – produzieren hier Beton-schwellen. Ihre Produkte entsprechen dem wissenschaftlich-technischen Höchststand und werden bedarfs-, weltmarktgerecht und mit den niedrigsten Kosten hergestellt.

Mit dem Wachsen des Betriebs ging stets hohe Ordnung und Sicherheit einher, wurde besonderes Augenmerk auf die Vorbeugung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen gelegt, sorgten die Beschäftigten dafür, daß die technischen Anlagen, Maschinen und Geräte störungsfrei funktionierten und Havarien weitestgehend vermieden werden. Wer sind jene, die – obwohl sie nach einer Schicht berechtigt den Weg nach Hause antreten könnten – noch etwas mehr für Ordnung und Sicherheit tun? Das sind 18 freiwillige Helfer, deren Zugführer, Helmut Kahle, dafür Verantwortung trägt, daß jeder einzelne VP-Helfer aktiv wird.

Wie gehen sie vor? Welche Erfolge gibt es, und was haben sie sich vorgenommen? Diese Fragen stellten wir dem Zugführer sowie einer kleinen Abordnung des Kollektivs, die all jene vertreten, die im Schichtdienst arbeiteten. Lothar Callis, Meister von Beruf und Sekretär der Betriebsparteiorganisation der SED, unterstrich, daß jeder VP-Helfer konkrete Aufgaben hat. Sie werden so vom ABV (T) gestellt, daß jeder in der Lage ist, erfolgversprechend vorbeugend zu handeln.

Beispielsweise befinden sich Bagger und Maschinen im Kiestagebau. Im Zusammenwirken mit VP-Helfern des für dieses Territorium zuständigen ABV organisieren wir unsere Tätigkeit so, daß weder Kies entwendet noch Maschinen beschädigt bzw. Einzelteile gestohlen werden können.

Andere Helfer widmen sich der Sicherung von Lagerräumen, der Transformatorstation und der Tankstelle. Sie nehmen darauf Einfluß, daß die Ein- und Auslaßkontrolle exakt vorgenommen wird und Unberechtigten das Betreten des Betriebes nicht gelingt.

Klaus-Dieter Amtenbrink – ein Meister – ergänzt diesen Gedanken und bemerkt: „Wir haben bei unseren Einsätzen einiges erreicht. So tragen unsere Kontrollen der Fahrzeuge, die unser

Werk verlassen, dazu bei, Diebstählen vorzubeugen. Schon seit mehreren Jahren kommt niemand auf die Idee, sich auf Kosten des Betriebs zu bereichern.“

Die VP-Helfer wenden sich auch solchen Problemen zu, die die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen betreffen. Und sie sprechen mit jedem, der den Schutzhelm nicht trägt. Und daß der Gabelstapler nicht mehr als „Betriebs-Taxi“ benutzt wird, ist auf das Ein-



Werkfoto

schreiten und Belahren durch die VP-Helfer Gustav Privwiter, Harald Wöllert, Heinz Ritter und andere zurückzuführen.

Man schätzt die Vorbildwirkung dieser Genossen nicht nur im eigenen Betrieb. Davon zeugen unter anderem Dankschreiben und anerkennende Worte von Bürgermeistern und ABV des VP-Kreisamts – um nur diese Beispiele zu nennen. Jeder betrachtet sich als „Immer im Dienst“.

So der Schlosser Harald Wöllert, ein leidenschaftlicher Jäger – wenn es die Freizeit erlaubt. „In den frühen Morgenstunden“, so erzählte er, „bemerkte ich auf meinem Pirschgang an einem Getreidespeicher Licht. Durch mein Fernglas erkannte ich zwei Gestalten, die zu dieser Zeit nicht dorthin gehörten. Ich verständigte sofort meinen ABV im Ort. Er konnte sie beide auf frischer Tat vorläufig festnehmen und der Kriminalpolizei – die Genossen der K suchten die Betroffenen bereits – übergeben.“

Im 30. Jahr des Bestehens der VP-Helfer hat sich das Kollektiv zwei Aufgaben gestellt:

1. Die Anzahl der jungen Mitstreiter soll sich erhöhen.
2. In Abstimmung mit dem ABV (T) werden weitere VP-Helfer – gemeinsam mit Schutzpolizisten der Transportpolizei – durch zielgerichtete Streifen-tätigkeit in ausgewählten Zügen dafür sorgen, daß den Reisenden das Eisenbahnfahren Spaß macht.

Oberleutnant der VP
Jobst Dönicke

Streiflichter

Suhl: Ein Aufruf Sonneberger Helfer, nach abrechenbaren Kampfprogrammen zu arbeiten, erreichte alle Kollektive des Bezirks. Die Initiatoren verpflichteten sich darin zu monatlich acht Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit je Helfer und steckten Hauptrichtungen ab. Ein Punkt besagt, die Bewegung für vorbildliche Ordnung und Sicherheit in Wohngebieten und an Arbeitsplätzen tatkräftig zu unterstützen. (VP-Korr.) H. L.

Leipzig: Im Abschnitt 412 ist garantiert, daß jeder Helfer die ihm übertragenen Aufgaben und Befugnisse in festgelegten Bereichen wahrnimmt. Auf diese Weise wuchs die Eigenverantwortung des einzelnen. Seine Aktivitäten stiegen und somit sein Ansehen unter den Einwohnern. In der monatlichen Schulung wird auf diese Erfahrungswerte besonders eingegangen. G. Sch.

Großenhain: Zu den Helfern der Verkehrspolizei gehören neben Berufskraftfahrern, Baumaschinisten, Fahrlehrern u. a. auch Krankenschwestern des Kreiskrankenhauses. Sie bilden eine eigene Gruppe, die in Kindergärten und Schulen das ABC des Verhaltens im Straßenverkehr vermittelt bzw. um die Vorbereitung auf die Prüfung zur „Goldenen Eins“ bemüht, bei Alkoholkontrollen mit eingesetzt wird und an verkehrserzieherischen Veranstaltungen mitwirkt. K. B.

Halle: Um die Aus- und Weiterbildung der Helfer der Verkehrspolizei anschaulicher zu gestalten, wird ein Dia-Ton-Vortrag über Einsatzformen und -methoden in der Straßenverkehrsaufsicht zusammengestellt. Weitere Schwerpunkte der Qualifizierung sind: Festigung und Vervollkommnung der Gesetzeskenntnisse sowie des taktisch-methodischen Verhaltens, Anforderungen an die Informationstätigkeit, Beherrschen der verkehrspolizeilichen Technik. S. C.

Beeskow: Das Helferkollektiv von Wendisch Rietz gewann in den vergangenen Monaten 10 Mitstreiter. Sie werden insbesondere zum Schutz des Jugendholungszentrums eingesetzt. Bisher leisteten die ehrenamtlich tätigen Kräfte 120 VMI-Stunden zur Verschönerung der Gemeinde und überwiesen 200 Mark auf das Solidaritätskonto. Jederzeit sorgen sie mit für hohe Ordnung auf den Zeltpätzen. W. N.

Neue Rechtsvorschriften zum Schutz unserer Staatsgrenze

Hauptmann der VP Helmut Schaefer

des 28. März 1982

Teil 1 Nr. 41

Am 25. März 1982 hat die Volkskammer auf ihrer 4. Tagung das Gesetz über die Staatsgrenze der DDR – Grenzgesetz – beschlossen. Auf dieser Grundlage setzten der Ministerrat die Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Staatsgrenze der DDR – Grenzverordnung – sowie der Minister für Nationale Verteidigung und der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei die Anordnung über die Ordnung in den Grenzgebieten und den Seegewässern der DDR – Grenzordnung – in Kraft.

Ausgehend von der Funktion der Staatsgrenzen für die Sicherung des Friedens und von der Bedeutung des in Europa im letzten Jahrzehnt entstandenen völkerrechtlichen Vertragssystems, begründete Alfred Naumann, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, vor der Volkskammer die Notwendigkeit und das Hauptanliegen des Gesetzes. Dabei hob er die Tatsache hervor, daß die DDR mit allen Nachbarstaaten den Verlauf ihrer Staatsgrenze sowie die Zusammenarbeit in Grenzangelegenheiten vertraglich fixiert hat.

Mit dem Gesetz werden der völkerrechtliche Charakter der Staatsgrenze unserer Republik unterstrichen und ihr Rechtsstandpunkt zu international anerkannten Grundsätzen in Grenzangelegenheiten dokumentiert. In diesem Sinne ist das Grenzgesetz ein gewichtiger Beitrag zu Entspannung und Sicherheit in Europa und wirkt revanchistischen Auffassungen und Praktiken bezüglich unserer westlichen Staatsgrenze entgegen.¹

Gemäß unserer Verfassung haben die staatlichen Organe die Pflicht, die territoriale Integrität der DDR und die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen, einschließlich ihres Luftraums und ihrer Territorialgewässer, sowie den Schutz und die Nutzung ihres Festlandsockels zu gewährleisten.² Damit wird zugleich der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus entsprochen, die Errungenschaften des Sozialismus gegen die Anschläge innerer und äußerer Feinde zu schützen.

Der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden beweist durch seine Innen- und Außenpolitik, daß er seiner Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa an der Trennlinie zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen den Paktstaaten des Warschauer Vertrags und der NATO ge-

recht wird. „Die Sicherheit der europäischen Staaten war und ist vor allem die Sicherheit ihrer Grenzen“, sagte der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki. „Die Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen bleibt der Prüfstein dafür, ob eine Politik wirklich dem Frieden und somit den Interessen der Menschen dient.“³

Nach wie vor betreiben reaktionäre Kreise der BRD eine gefährliche Politik der Verletzung und des Unterlaufens bilateraler und multilateraler völkerrechtlicher Verträge. Dies äußert sich unter anderem in Verstößen gegen den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1972, der in dem Bewußtsein unterzeichnet wurde, „daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden“⁴ ist.

Revanchistische Doktrinen über das „Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“, die Nichtrespektierung der Staatsbürgerschaft der DDR, die Existenz der sogenannten Erfassungstabelle Salzgitter oder die vielfältigen direkten und indirekten Angriffe gegen unsere Staatsgrenze stehen einer weiteren Normalisierung der Beziehungen beider deutscher Staaten im Wege. Das Grenzgesetz steht in Übereinstimmung mit der inneren Entwicklung der DDR und trägt der internationalen Lage Rechnung. Es ist ein Gesetz im Interesse der Sicherheit der Bürger unseres Staates. W. I. Lenin wies in seinen Darlegungen auf dem IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß darauf hin, daß die Notwendigkeit größter revolutionärer Gesetzmäßigkeit wächst, je fester und sicherer sich die Machtverhältnisse entwickeln.⁵ Daher orientiert das Programm der SED bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf die Einhaltung und Vervollkommnung des sozialistischen Rechts.⁶

Dieser Forderung wird mit den neuen Rechtsvorschriften entsprochen. Sie sind komplexer und übersichtlicher. Erstmalig werden alle grundlegenden Bestimmungen über das Hoheitsgebiet und die Staatsgrenze unserer Republik zusammengefaßt. Die Verantwortung der zentralen und örtlichen Staatsorgane für

die Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze wird erhöht. Zugleich dienen diese Rechtsvorschriften der Förderung und der Festigung der sozialistischen Demokratie und des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürger und Staat. Seinen besonderen Ausdruck erhält diese Orientierung durch die Ausgestaltung der Zusammenarbeit der staatlichen Organe mit der im Grenzgebiet wohnenden Bevölkerung.

Für die Grenztruppen und die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane ergibt sich daraus die Möglichkeit und das Erfordernis, wirkungsvoller ihren Klassenauftrag in der Einheit von Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger unseres Landes sowie aller anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und zur Gewährleistung der Souveränität der DDR, ihrer territorialen Integrität, der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen und ihrer staatlichen Sicherheit zu erfüllen.

Den Angehörigen der Organe des MdI obliegt hohe Verantwortung für die Verwirklichung der sich aus dem Grenzgesetz, der Grenzverordnung und der Grenzordnung ergebenden Anforderungen. Klassenbewußt und politisch standhaft, mit Wissen und Können und mit den Erfahrungen von mehr als 35 Jahren Sicherung der Grenzen unseres Landes ausgerüstet, erfüllen sie ihre Dienstpflichten. Künftig kommt es mehr denn je darauf an, den Forderungen des VP-Gesetzes zum Schutz der Staatsgrenzen und zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in den Grenzgebieten verantwortungsbewußt, konsequent und zusammen mit den Bürgern Geltung zu verschaffen.

Quellenverzeichnis

- 1 Vgl. A. Neumann, Beitrag zur Entspannung und Sicherung in Europa, Neues Deutschland, 23. März 1982, S. 3 bis 4.
- 2 Vgl. Artikel 7 der Verfassung der DDR vom 6. April 1968, 1. d. F. des Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974.
- 3 E. Honecker, Zuverlässiger Schutz des Sozialismus, Militärverlag der DDR, Berlin 1977, S. 232.
- 4 Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, in: Für Entspannung und dauerhaften Frieden in Europa – Dokumente, Staatsverlag, Berlin 1978, S. 84.
- 5 Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, Dietz Verlag, Berlin 1972, S. 161.
- 6 Vgl. Programm der SED, Dietz Verlag, Berlin 1976, S. 43.

Zur Anregung

Ergebnisreicher Vergleich in der Schießausbildung und in der Körperertüchtigung

Oberst der VP Klaus Thieme

Welche Hauptanstrengungen zu unternehmen sind, um bei der Erfüllung des Klassenauftrags beständigen Leistungszuwachs zu erreichen, ist bekanntlich in den seit dem X. Parteitag gültigen Vorgaben für die schöpferische Initiative präzisiert. Die Steigerung des politischen und fachlichen Niveaus jedes Offiziers und Wachtmeisters steht dabei an vorderster Stelle. Unerlässlich ist dazu die exakte Ausführung aller in Befehlen und anderen Weisungen festgelegten Maßnahmen. Alles, was in den Dienststellen zur Weiterbildung zu veranlassen ist, baut auf dem in der Grundausbildung erworbenen Wissen und Können auf. Es zielt darauf ab, Kampfkraft und Einsatzbereitschaft zu steigern und den Leistungsstand zu vervollkommen.

Besonders in den sportlichen Fähigkeiten ist jedoch nach dem Schulbesuch zuweilen ein Nachlassen festzustellen, der sich bei Leistungstests und Normüberprüfungen konkret messen läßt. Alle Leiter und Vorgesetzten tragen deshalb unmittelbar Verantwortung dafür, daß die Hauptformen der Weiterbildung bei der Einsatzausbildung und der Körperertüchtigung analog Anwendung finden. Auch hierfür gilt die Erkenntnis, daß Bildungsfragen keine Ermessensfragen sind. Leistungsfördernde Weiterbildung ist eine objektive Voraussetzung für die Lösung der bevorstehenden Aufgaben.

Leiter und Parteileitungen wurden sich dahingehend einig, daß es in dieser Hinsicht ebenfalls den Ideenreichtum der Genossen zu nutzen gilt. Er spiegelt sich heute u. a. in zahlreichen Kampfprogrammen wider. Vor allem bei der Schießausbildung hat der Bezirk nachweisbar eine kontinuierliche Verbesserung der Leistungen erreicht. Drei Faktoren sind dafür maßgeblich: die langfristige Planung der Ausbildung in allen Dienststellen, die Nachzüglerausbildung und die ständige straffe Kontrolle der Teilnahme. Wie bei der Schießausbildung, wurde bei Leistungstests und Normprüfungen in einer erheblichen Anzahl Dienststellen die vollständige Beteiligung gesichert. Das ist jedoch nur die quantitative Seite.

Wesentlichen Einfluß auf die Qualität hatten der Einsatz von Waffen- und Schießausbildern, die zielstrebige Arbeit mit Leistungsschwachen, halbjährliche Einweisungen aller Leiter des Schießens sowie die gewissenhafte Anleitung von Seiten der BDVP. Allerdings waren viel Beharrlichkeit und Unnachgiebigkeit erforderlich.

Eine bedeutende Hilfe beim Leistungszuwachs bildete ein Wettstreit zwischen allen Dienststellen des Bezirks. Seit 1979 erfolgt anhand einer Richtlinie die Bewertung der Resultate festgelegter Schießübungen und Schwerpunktdisziplinen der Körperertüchtigung nach Be-

darf an, bei allen VP-Angehörigen die Erkenntnis zu festigen, daß gerade meßbare Ergebnisse der Einsatzausbildung und der Körperertüchtigung wichtige Kriterien für die Einschätzung der Kampfkraft und der Einsatzbereitschaft darstellen und in diesem Zusammen-



Ohne Training erweist es sich immer wieder als beschwerlich, Hindernisse aller Art mühelos zu bezwingen. Zumal es im Einzelfall ausgeschlossen ist, sich störender Teile der Ausrüstung zu entledigen. Also gilt es, wie man so sagt, mit Sack und Pack über die Wand zu gelangen. Und noch dazu zügig. Niemand möchte auf der Oberkonte hängenbleiben und infolgedessen eine Art Zielscheibe abgeben.

Foto: Rudolf Mönch

hang der persönliche Einsatz jedes einzelnen erforderlich ist.

Die Vorbildwirkung der Leiter und Vorgesetzten gewinnt auch bei der Ausbildung an Bedeutung. Sie dürfen, beginnend bei der Organisation, keine Mängel und Schwächen zulassen; sie müssen durchweg garantieren, daß nichts anderes gilt als die laut Ausbildungsprogramm vorgegebenen Normen und Werte. Auf jeden Fall verhilft ihnen der Vergleich zur exakteren Ausführung und korrekten Abnahme der Übungen.

teteiligung, Erfüllungsstand und Durchschnittsnoten.

Eine besondere Würdigung erfahren in der Wertung die Leistungen der operativen Dienstzweige, so der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei und der Verkehrspolizei. In den Vergleich werden außerdem die Ergebnisse im Fernwettkampf bzw. der Schulbewerber einbezogen. Ausgewertet wird halbjährlich. Am Jahresende zeichnet der Chef der BDVP während einer Tagung mit den Dienststellenleitern die besten Dienststellen u. a. mit Wanderwimpeln aus. Die für den Vergleich notwendigen Angaben sind hauptsächlich den Hauptjournalen zu entnehmen. Ähnlich wird bei der Ermittlung der besten Dienststellen verfahren.

Echtes Wettfeiern setzt zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit und enges Zusammenwirken der Leiter mit den Sekretären der Partei- und der FDJ-Organisationen voraus. Kommt es doch

Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Periodische Einschätzung und konkrete Abrechnung, verbunden mit sachbezogener politisch-ideologischer Arbeit, rufen eine Atmosphäre des Wettfeierns und des Kampfes um bestmögliche Ausbildungsergebnisse hervor. Diese Aktivität unterstützt die Leitungstätigkeit bei der Aus- und Weiterbildung in den genannten Kategorien.

Rechtzeitige und langfristige Ertelung von Vorgaben an die Leiter, periodische Abrechnung der Ergebnisse vor der Leitung der Dienststelle, straffe Kontrolle von Seiten der Leiter und der BDVP dürfen unter keinen Umständen vernachlässigt werden.

Mit seinen meßbaren Kriterien ist der dargestellte Wettstreit sicherlich eine Form schöpferischer Initiative, zum Vorteil für erfolgreichenden Dienst. Und nicht zuletzt ergibt sich bei der Aus- und Weiterbildung ein günstigeres Verhältnis von Aufwand und Nutzen.



- Aus unserer Korrespondentenmappe
- „Geisterhand“ lenkt Moskaus Fahrzeugströme
- Wie man alte (Kultur-) Zöpfe beschneidet
- Öffentlichkeitsarbeit im Blickpunkt

Lebendige Geschichte in Wort und Bild

In Wort und Bild erhalten die Besucher des Traditionskabinetts der BDVP Magdeburg Auskunft über die Geschichte der Volkspolizei im Bezirk. Chronologisch geordnet reihen sich Ereignisse vom Tag der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus bis zum X. Parteitag der SED. Viele Details verdeutlichen die verantwortliche Tätigkeit der Volkspolizisten unseres Landes zur Sicherung der Macht der Arbeiterklasse durch ständig hohe öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Wie ein roter Faden durchzieht die Ausstellung, was erfolgreichem polizeilichem Wirken stets zugrunde liegt – die führende Rolle unserer Partei, die engen freundschaftlichen Bande mit der Sowjetunion und unseren sowjetischen Klassen- und Waffenbrüdern, das feste Vertrauen des Volkes der DDR zur SED und zu den bewaffneten Organen unserer Republik.

Viele Besucher nutzen das Traditionskabinett – für eine interessante politische Schulung, zur Umrahmung der politischen Massenarbeit, zur Information über Geschichte und Aufgaben der Deutschen Volkspolizei für all jene Bürger, die den Dienst in unseren Reihen aufnehmen oder fortsetzen wollen. So sind die jungen Angehörigen der

VP-Bereitschaft „Wilhelm Pieck“ hier ständig zu Gast.

Wir schreiben auf diese Weise selbst Kapitel unserer eigenen Geschichte.

Major der VP Peter Wolff

Journalisten beim Chef der BDVP

Das inzwischen zur Tradition gewordenen Treffen von Chefredakteuren und Redaktionsleitern in der BDVP Erfurt wurde mit einer weiteren Zusammenkunft fortgesetzt. Der Einladung von Generalmajor Gerhard Wittig waren Vertreter der Bezirkszeitung der SED „Das Volk“, des ADN, des Senders Weimar (Radio DDR) sowie die in Weimar ansässigen Redaktionen der Thüringer Presseorgane der CDU, der LDPD und der NDPD gefolgt. Dabei konnte der Chef der BDVP den Redaktionen bescheinigen, daß sie auf vielfältigste Weise zu hoher Ordnung und Sicherheit beitragen. Das belegen über 11 000 Veröffentlichungen, die 1981 zusammen mit der Volkspolizei vorbereitet wurden. Die mit den Abteilungen Verkehrspolizei und Feuerwehr gestalteten thematischen Wochenendbeilagen für „Das Volk“ hätten vor allem für die Verkehrs- und die Brandschutzerziehung eine Lanze gebrochen.

Generalmajor Wittig machte gleichzeitig auf Reserven der Zusammenarbeit

aufmerksam. So sollten künftig die verantwortungsvolle Tätigkeit der Schutzpolizei und zunehmend der Kriminalpolizei häufiger widerspiegelt werden. Rund 300 im Vorjahr an die Presse gegebene Mithilfeersuchen, von denen die meisten infolge Mitarbeit der Bürger erfolgreich waren, reichten allein nicht aus. Der Leser habe ein Recht darauf zu wissen, ob der Gesuchte aufgegriffen und wie er zur Verantwortung gezogen worden sei.

In der Diskussion würdigten die Redaktionsleiter den Grad der beiderseits nützlichen Zusammenarbeit, der vor allem durch die operative Arbeit des Presseoffiziers und durch zahlreiche Kontakte der Journalisten zu verantwortlichen Genossen der Volkspolizei gekennzeichnet ist. Hans-Werner Oertel

„Start“ vor Inbetriebnahme

In Moskau wurde mit der Installation eines elektronisch gesteuerten Systems zur Lenkung des Fahrzeugverkehrs begonnen. Es erfaßt vorerst das Hauptstraßennetz im Stadtzentrum, später das im gesamten Stadtring. „Start“ ist sein Name. Für dieses System gibt es nirgendwo im Ausland Analoges. Seine Väter sind das Forschungsinstitut für Projektierung des hauptstädtischen Verkehrs und andere wissenschaftliche Einrichtungen.



Verkehrskontrolle

Gemeinsam im Einsatz für hohe Sicherheit und Flüssigkeit auf den Straßen unserer Republik – Verkehrspolizisten und freiwillige Helfer der Volkspolizei. Ebenso engagiert wie die Genossen in Uniform stehen sie ihren Mann bei der Durchsetzung verantwortungsbewußten, disziplinierten, aufmerksamen und rücksichtsvollen Verhaltens aller Verkehrsteilnehmer. Sie sichern durch ihren unermüdeten Einsatz, daß Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger sowie bedeutende volkswirtschaftliche Werte vor Schäden bewahrt werden.

Foto: Gustav Nikiferow, VP-Korrespondent

Das Gehirn von „Start“ – das Rechenzentrum – und der Dispatcherdienst sind in einem 900 m² großen Saal untergebracht. Vor den Diensthabenden befinden sich riesige Karten (je 8x8 m), die übersichtlich die Verkehrslage in der Innenstadt wiedergeben. 24 Monitore empfangen „Originalreportagen“ von den verschiedensten Knotenpunkten.

„Start“ wird die Fahrzeugströme an 130 Straßenkreuzungen und -einmündungen innerhalb des Gartenrings ordnen und lenken; 1000 werden es nach der zweiten Ausbaustufe sein.

Dank dem System wird der Verkehr gewissermaßen durch sich selbst geregelt. Datengeber, die vor den Kreuzungen usw. in die Straßendecke eingelassen sind, registrieren pausenlos die Dichte des ankommenden Verkehrs. Entsprechende Informationen laufen beim Rechenzentrum ein und werden dort elektronisch verarbeitet. Die Rechner übermitteln, nachdem die Lage anhand der Daten bestimmt worden ist, an die Signalanlagen sofort das Programm, das dem jeweiligen Belegungsgrad entspricht.

„Start“ kann aber nicht nur den Verkehr an Knotenpunkten regeln, sondern den Kraftfahrern beispielsweise auch bei Fahrzeugtausch vorteilhafte Ausweichvarianten anbieten. Außerdem vermag die Programmschaltung, eine reibungslose Durchfahrt von Feuerwehrrund und anderen Rettungsfahrzeugen zu gewährleisten.

W. P.
In „Iswestija“ gelesen von
Eberhard Lehner

Der alte Zopf ist ab

Nach langer Zeit wieder einmal trafen sich im VPKA Halle Kulturfunktionäre, Mitglieder zahlreicher Zirkel und Volkskunstkollektive sowie Leiter und Vorgesetzte, um der Kulturarbeit neuen Schwung zu geben.

Intensives ideologisches Wirken in allen Dienstkollektiven ging dieser Beratung voraus, galt es doch, Kultur ins richtige Licht zu rücken, Schluß zu machen mit hausbackenen Argumenten, Kunst und Kultur seien fünftes Rad am Wagen, Nebensache, Pflichtübung oder notwendiges Übel unseres Dienstes.

Dieser alte Zopf, das bewiesen viele kulturvolle Worte in der Diskussion sowie ebensolche Taten, ist nun ab. Wir riefen in den vergangenen Monaten viele neue Zirkel ins Leben, weckten so manches verborgene Talent, begeisterten und ermutigten unsere Genossen zu künstlerischem Schaffen. Unsere kleine, dieser Beratung gewidmete Ausstellung mit ihren 92 Exponaten überzeugte jeden, daß unser Funke zündete. Deutlich wurde: Stimmt die Arbeits-

atmosphäre, findet man den richtigen Ton zum Genossen nebenan, achtet man auf saubere und freundliche Arbeitsräume, ordentliche Uniformen und gepflegten Haarschnitt, gewährleisten die Leiter und Vorgesetzten mit kluger Dienstorganisation freie Zeit für die Freizeit der Genossen, fördern sie gemeinsam mit und in den Parteioptionen Kultur- und Kunstinteressen in jeder Hinsicht, bleiben Leistungswille und Erfolge im polizeilichen Dienst nicht aus.

In diesem Sinne sind Kultur und Kampf um hohe öffentliche Ordnung und Sicherheit zwei Seiten einer Medaille, schaffen sie neue Ideen und Freude, die wir für die Erfüllung unseres Klassenauftrags brauchen.

Oberleutnant der K
Siegfried Kresin,
Zirkel schreibender
Volkspolizisten

Jugendweihestunden mit Pfiff

Im wahrsten Sinne des Wortes weihten wir wie in jedem auch in diesem Jahr Schüler mehrerer Schulen des Kreises in die „Geheimnisse“ unseres polizeilichen Dienstes ein. So vermittelten wir den Jugendlichen Wissenswertes und Interessantes über Entwicklung und spezifische Aufgaben der Volkspolizei, erläuterten wir ihren Einsatz und Qualifizierungsmöglichkeiten für jeden Interessierten. Auf diese Weise auten wir die Jugendweihestunden zu gezielter Berufsorientierung und Nachwuchsgewinnung für unsere Organe im VPKA Sondershausen.

Daß wir damit den Geschmack der Mädchen und Jungen trafen, dafür spricht das wahre Fragenfeuerwerk, das z. B. ein Kriminaltechniker zündete, als er demonstrierte, wie man selbst raffiniert verdeckte Spuren hervorzaubert und sichert. Ebenso begeisterte die Schüler die Vielfalt der Verkehrs-, Brandschutz- und Waffentechnik, die im Dienst der Volkspolizei und der anderen Organe des MdI steht.

Ein Besuch im Traditionskabinett benedete den Rundgang durchs VP-Kreisamt. Schnell kamen wir auch hier ins Gespräch mit den Schülern, diskutierten über Bilder und ihre Geschichten und staunten nicht schlecht darüber, wie viele auf den Fotos ihren ABV oder ihren Streifenwachtmeister „identifizierten“, wir auf diesem Weg vom wirksamen Dienst und von dem Engagement unserer Volkspolizisten in den Wohngebieten, Hausgemeinschaften und Schulen erfuhren.

So sind diese Jugendweihestunden interessant für die Schüler und für uns. (VP-Korr.) I. J.

Zum Beispiel ABV Rudi Feig oder vom Wert des geprägten Pfennigs



Foto:
Jutto Streng

In seinem Abschnitt ist das Territoriale mit dem Betrieblichen eng verknüpft: Das Metallgußwerk, bedeutendster Betrieb im Kreis, liegt hier, und von den etwa 2600 Beschäftigten wohnt ein Großteil in der Gemeinde.

Da gilt es viel zu bedenken, abzustimmen und immer wieder neu zu organisieren, was Ordnung, Sicherheit und Gesetzmäßigkeit betrifft. Der Oberleutnant ist allen gleichermaßen zuverlässiger Ratgeber. Das drückt sich auch darin aus, daß er seit vergangenem Jahr seine Freitagssprechstunde (nach Absprache) ins Werk verlegte. Von der Möglichkeit, den Abschnittsbevollmächtigten von 10 bis 12 Uhr in den Räumen der Betriebswache sprechen zu können, machen viele Gebrauch. Sie überbringen Mitteilungen, bitten um Auskünfte, lassen sich Anträge für Personalausweise aushändigen oder bekommen das neue Dokument, stellen Anträge für Reisen ins sozialistische Ausland, erstatten Anzeigen usw.

„Das alles geht reibungslos vonstatten, hat sich eingespielt“, hören wir im Amt vom Leiter Schutzpolizei. Auf diese Weise ist es den Werkträgern möglich, ihre Anliegen und Wünsche schnell „an den Mann“ zu bringen; es verkürzen sich für sie die Wege, die Ausfallzeiten im Betrieb verringern sich, die Bürger gewinnen Freizeitstunden. Deshalb pflegt der Oberleutnant seinen ohnehin engen Kontakt zu den Genossen der Betriebsparteiorganisation, den Gewerkschaftlern, zu den Bereichsleitern, Meistern und zum Sicherheitsinspektor. Kein Weg ist ihm zuviel, kein Fingerzeig zu gering; es geht um Unterstützung der Werkträgern, jeden Tag mit guter Bilanz aufzuwarten und 1982 ohne ein Mehr an Rohstoffen und Energie zusätzliche Tagesproduktionen zu erwirtschaften. Und wenn, wie in unserem Beispiel, dazu übergegangen wird, den Erkenntnisgewinn des Oberleutnants anderen Abschnittsbevollmächtigten zugänglich zu machen, beschränkt sich die Verallgemeinerung keineswegs auf seine Freitagsereignisse. Es ist gut, wenn Leiter dafür sorgen, daß der Pfennig auch dort etwas wert ist, wo er geprägt wird. F. L.



Fortsetzung aus Heft 4/1982

Kommunisten wissen zu differenzieren. Keineswegs erblicken sie in Jedem, der sie kritisiert oder ihnen widerspricht, sofort einen Antikommunisten. Jene, die keine Kommunisten sind, können wir respektieren; jenen, die sich ins Lager des Antikommunismus oder des Antisowjetismus verlaufen haben, helfen wir nach Möglichkeit zurückzufinden. Nichts wird unversucht gelassen.

Treibende Kräfte

Dem ungeschulten Beobachter fällt es mitunter nicht leicht, zu erkennen, welche Kräfte hinter dem Antikommunismus und Antisowjetismus stecken, denn sie wenden mannigfaltige Taktiken und Methoden an. Ihre Ideologen und Politiker – so sehr sie in den Grundfragen übereinstimmen – streiten sich nichtsdestoweniger oft öffentlich. Dieses verwirrende Erscheinungsbild wird durch zwei Faktoren maßgeblich bedingt.

Erstens sollen mit dem Antikommunismus verschiedene soziale Schichten, Menschen mit unterschiedlichen politischen Auffassungen, beeinflusst werden. Zweitens sind sich die Feinde des Sozialismus zwar darüber einig, daß sie diesen liquidieren und den Einfluß des Marxismus-Leninismus untergraben möchten, doch hinsichtlich der Taktik und der Mittel stimmen sie nicht sämtlich überein.

Grob gesehen gibt es zwei Richtungen, die hinter dem Antikommunismus stecken: Das sind **erstens** die Vertreter des konservativen Flügels der Monopolbourgeoisie, die Eintreiber eines harten Kurses gegen die UdSSR, und **zweitens** die Vertreter realistisch denkender Kreise, die eine vorsichtige „Auflockerungsmethodik“ bevorzugen. Sie erkennen, daß es keine vertretbare Alternative zur Entspannungspolitik gibt. Natürlich lassen sie deshalb keineswegs ihre Klassenziele fallen; nur glauben sie nicht, daß man den Sozialismus militärisch bezwingen kann, ohne die eigene Vernichtung zu riskieren. Sie halten es für erfolgversprechender, die imperialistischen Ziele auf Schleichwegen anzusteuern.

Die Vertreter des erstgenannten Flügels setzten nach der Konferenz von Helsinki (1975) die Entspannungspolitik immer härterem Druck aus. Das entsprach den Interessen des militärisch-

„Eine Zusammenballung verbissener kalter Krieger“ nannte sogar das Monopolblatt „International Herald Tribune“ die Regierungskommando um USA-Präsident Ronald Reagan. In der Tat: In keiner bisherigen USA-Regierung war der militärisch-industrielle Komplex (MIK), jenes spezifische Zentrum der imperialistischen Aggressions- und Machtpolitik, so unmittelbar wirksam wie in der jetzigen; denn 17 bedeutende Rüstungskonzerne sind personell darin vertreten. Eine der Schlüsselfiguren ist zweifellos Außenminister Alexander Haig.

Wer ist dieser Mann, der durch seine Kriegsdrohungen wiederholt die Weltöffentlichkeit schockierte, der mit der Atombombe droht wie mit einem Spielzeug, den man bei seinen Auslandsreisen ausstift?

Bevor Haig am 20. Januar 1981 die aufschärfsten Konfrontationskurse zu richtende US-Außenpolitik anvertraut worden war, hatte er sich durch seine militärische Karriere das Vertrauen des MIK erworben. Immerhin geschah es samt General George Marshall (dem „geistigen Vater“ des Marshallplans), von 1947 bis 1949 Außenminister der Truman-Regierung, erst das zweite Mal in der USA-Geschichte, daß ein Militär auf diesen Posten berufen wurde.

Haigs militärische Laufbahn begann in den traditionellen Kadern der Offiziersseite der USA: der Militärakademie West Point, der Georgetown University, der Marineakademie und der Heeresakademie.

1962 wurde Haig mit dem Posten eines leitenden Stabsoffiziers in der Operationsabteilung der Landstreitkräfte betraut. Zwei Jahre später rückte er in den Stab der „Special assistants“ auf, die unmittelbar dem „Verteidigungsministe-

rium“ unterstehen. Haig erhielt seine „Bewährung“ im Vietnam-Krieg, als er 1966 das Kommando der 1. Infanteriedivision übernahm. Auf diese Weise war er am scheußlichsten Verbrechen des USA-Imperialismus direkt beteiligt. Und dafür wurde A. Haig mit dem Militärverdienstkreuz dekoriert und 1969 zum Brigadegeneral ernannt.

Mit seinen Vietnam-Erfahrungen wurde Haig von Henry Kissinger, der 1969 das wichtige Amt des „Nationalen Sicherheitsberaters“ Präsident Nixons übernommen hatte, zum Stabschef des Nationalen Sicherheitsrats berufen. Zu den Bemühungen Haigs in dieser Funktion gehörte eine genauere Abstimmung zwischen dem Pentagon und dem State Department, also eine engere Verbindung von Militär- und Außenpolitik.

1970 berief der damalige USA-Präsident den General zu seinem Assistenten. In dieser Funktion war er erneut direkt an der Verschärfung des US-amerikanischen Aggressionskrieges gegen die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha beteiligt, was Nixon im September 1972 gebührend honorierte, als er Haig zwei Ränge überspringen ließ und ihn zum Viersternegeneral beförderte. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde offensichtlich, daß die Kräfte des MIK mit der Beschleunigung der militärischen Karriere von Haig das Ziel verfolgten, einen ihrer fähigsten Männer zu einem profilierten Politiker aufzubauen, der künftig in der Lage ist, ihre aggressiven Interessen in der Spitze der Administration zu vertreten. Anfang 1973 machte Nixon den Viersternegeneral zum Stabschef des Weißen Hauses, ohne daß dieser den mit dem Watergate-Skandal verbundenen Rücktritt seines Gebietes verhindern konnte.

Der neue USA-Präsident G. Ford beließ

Industriellen Komplexes. Die äußersten Rechten, die vortäuschen, eine Therapie gegen die Krisenerscheinungen zu besitzen, gewinnen, vor allem in den USA, erheblich an Einfluß. Ihre Politik der Hochrüstung, der Drohungen und Beschimpfungen schafft große Gefahren für den Weltfrieden, denen die Volksmassen im wohlverstandenen eigenen Interesse mit aller Macht entgegenzutreten müssen.

Den Kommunisten, die die Motivationen und Absichten der einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie illusionslos analysieren,

kann es gleichwohl nicht gleichgültig sein, welche der beiden genannten Hauptrichtungen die Oberhand gewinnt. Der in den siebziger Jahren auf Initiative des Sozialismus und dank einem gewissen Realitätsinn bestimmter bürgerlicher Staatsmänner eingeleitete Entspannungskurs hat der Menschheit großen Gewinn gebracht. Gegenwärtig dominieren im Imperialismus weithin die Vertreter eines harten Kurses; doch es ist klar, daß eine solche Politik gegenüber dem Sozialismus heute keine größeren Erfolgchancen hat als in der Vergangenheit.

Für ihn ist der Krieg das Wichtigste

Alexander Haig –
Scharfmacher
im State Department



zwar Haig für kurze Zeit weiter in dieser Funktion, hielt es jedoch für geraten, dem Kriegsexperten, der sich inzwischen in der Politik hervorgetan hatte, einen besonders wichtigen Posten zu übertragen: den des Obersten Befehlshabers der NATO in Europa, gekoppelt mit dem des Oberkommandierenden der USA-Streitkräfte in Europa. In dieser Funktion, die Haig bis 1. Juni 1979 ausübte, hat er maßgeblich den NATO-Kurs der Hochrüstung und des Angriffs auf den Entscheidungsprozeß mit bestimmt und organisiert. In seiner Amtszeit folgte die NATO bekanntlich den folgenschweren Beschlüssen über das Langzeitrüstungsprogramm und über die jährlichen Großmanöver „Autumn Forge“ („Herbstschmiede“). Es handelt sich dabei um etwa 30 Manöver jährlich, an denen 250 000 bis

400 000 Soldaten teilnehmen. Und vor allem: In dieser Zeit wurden die Weichen für den Beschluß vom Dezember 1979 über die Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa gestellt.

Hatte sich der Viersternegeneral Alexander Haig bereits durch seine gesamte militärische und politische Karriere als Mitorganisator eines verschärften Kurses gegen die sozialistischen Länder hinreichend „qualifiziert“ und profiliert, so kam seine unmittelbare Verankerung in den militärisch-industriellen Komplex als weiterer Faktor hinzu.

Anfang 1980 wurde er zum Präsidenten der United Technologies Corporation gewählt, einem der führenden Rüstungskonzerne der USA. Des weiteren ist Haig eng mit den Oligopolen verbunden. So versteht sich, daß die Öl- und Rüstungskonzerne aufheulten, als 1979 die Schah-Herrschaft im Iran zusammenbrach. Der MIK schlug Alarm. Er hielt den Zeitpunkt für gekommen, seine Interessen in Washington unmittelbar zur Geltung zu bringen. Reagan, Haig und andere „verbissene kalte Krieger“ traten an, diese aggressive, auf Hochrüstung und Konfrontation gerichtete USA-Politik zu organisieren.

So wurde der Viersternegeneral o. D. in den engsten Kreis der „Führungsmannschaft“ der Republikanischen Partei berufen, die sich zu den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1980 rüstete. Sowohl seine zeitweiligen Ambitionen über eine Präsidentschaftskandidatur als auch seine Ansprüche auf einen Ministerposten suchte Haig durch besondere Schärfe in seinen antikommunistischen Ausführungen zu unterstreichen.

Seit Anfang 1981 versucht A. Haig nun, die gefährlichen und abenteuerlichen Ziele des MIK als Außenminister der USA zu verwirklichen. Wie ein Leitstern steht über dieser Politik – wie über seiner gesamten bisherigen Karriere im Dienste des MIK der USA – jener Satz, den er kurz vor Amtsantritt als Außenminister der Reagan-Administration sprach: „Es gibt bedeutendere Dinge, als im Frieden zu sein“.

Dr. sc. Herbert Schwenk

Mittel und Methoden

Diese Mittel und Methoden sind außerordentlich mannigfaltig und wechselhaft. Sie erstrecken sich auf alles: Ökonomie, Politik, Militärwesen, geistiges Leben. Auch Kultur, Sport, Erziehung. Ja sogar die privaten Sphären werden rücksichtslos einbezogen. Die Beherrschung der Bildungsmedien und der Massenkommunikationsmittel ist den Monopolen heute ebensoviel wert wie die direkten Mittel der Macht, der Zwangsapparat des Staates mit Armee, Polizei, Klassenjustiz und Gefängnissen.

Zu den Massenkommunikationsmitteln zählt die riesenhafte, in Millionenaufgabe erscheinende, differenziert gestaltete Monopolpresse. Zu ihnen gehören Fernsehanstalten und Rundfunkstationen, die sich völkerrechtswidrig in die Angelegenheiten sozialistischer Staaten einmischen und von Geheimdiensten gesteuert werden. Je nach Kräfteverhältnis und Situation tritt der Antikommunismus entweder brutal, militant, offen oder aber fein differenziert und getarnt auf. Einmal spielt er sanfte Melodien von „Freiheit“, „Frieden“ und „Demokratie“, ein anderes Mal rechtfertig er

kaltblütigen Völkermord, preist Terrorregimes, predigt Haß und Gewalt, praktiziert Justizwillkür, Rufmord, Berufsverbote und andere Zwangsmaßnahmen. Die Doppelgesichtigkeit des Antikommunismus hat zum Entstehen einer offenen und latenten Vertrauenskrise der imperialistischen Propaganda beigetragen. Im Bestreben, diesem Dilemma beizukommen, betreibt der Antikommunismus seine eigene „Verwissenschaftlichung“. So entstanden in den USA, der BRD und anderen Ländern zahlreiche antikommunistische Institute und Forschungszentren. Ende 1980 wurde in Garmisch-Partenkirchen (BRD) ein zweiter „Weltkongreß der Sowjetologen“ in Szene gesetzt. Zweifel am Erfolg dieser Bestrebungen zeigen sich neuerlich im verstärkten Bemühen, den Hauptschauplatz der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, dem realen Sozialismus, aus dem Theoretischen mehr in den Alltag zu verlagern. Konkret heißt das: Hinwendung zu Methoden der psychologischen Bearbeitung, wie sie bei der kommerziellen Reklame und im kapitalistischen Konkurrenzkampf üblich sind.

Welcher Mittel und Methoden sich der Antikommunismus auch bedient, stets sind sie verbunden mit hemmungsloser politischer und sozialer Demagogie, mit anrüchlicher politischer Rhetorik und akropelloser Sophistik, mit Verdrehungen und Verfälschungen. Darin haben es viele Vertreter des Antikommunismus zu großer Meisterschaft gebracht. Hinter ihrer heuchlerischen Fratze lauert das Grauen – Krieg, Aggression, Terror, Bedrohungspolitik, Unterdrückungs- und Mordkampagnen.

Sinn und Zweck

Nach innen dienen Antikommunismus und Antisowjetismus zur Manipulierung der eigenen Bevölkerung. Früher gingen die Gralshüter der „freien Welt“ darauf aus, den Massen einzureden, der Kapitalismus sei die bessere, attraktivere Gesellschaftsordnung. Später verfiel man auf die Variante, den Sozialismus als das größere von zwei möglichen Übeln hinzustellen. Inzwischen bestimmt die „Bedrohungslüge“ die antikommunistische Propaganda. Sie dient unmittelbar der Rüstungspolitik und der Kriegsvorbereitung. Zugleich hoffen tonangebende Kreise des Monopolkapitals, durch Hochspielen eines „äußeren Feindes“ die inneren Widersprüche, vor allem die Krisenerscheinungen, überdecken zu können. Und das ist ihre „Logik“: Je weniger anziehend der Kapitalismus wird, in um so düsteren Farben malt man den Sozialismus. Mitunter versucht es der Antikommunismus aber auch mit ausgesprochenem „Wohlwollen“. Da werden dem realen Sozialismus „selbstlos“ Ratschläge erteilt, wie er alles viel besser machen könnte, welche Reformen er in die Wege leiten müßte usw.

J. Z.

Wird fortgesetzt

NEUERSCHEINUNG



Fahrzeugkatalog - Hilfsmittel bei Fahndungen

Im Ergebnis einer Neuauflagevereinbarung wurden ein Kraftfahrzeugkatalog sowie Kraftfahrzeug-Arbeitsblätter geschaffen. Diese Unterlagen sind eine Erweiterung zu den vom Kraftfahrzeugtechnischen Amt (KTA) für die Volkspolizei herausgegebenen Typenblättern und ermöglichen die schnelle operative Auswertung von Fahrzeugspuren, die Einteilung von Fahndungsmaßnahmen und qualifizierte Gutachten. Während die Typenblätter des KTA die in der DDR zugelassenen Fahrzeuge enthalten (PKW, LKW, KOM, Kräder, Arbeitsmaschinen), wurden in dem Fahrzeugkatalog des Kriminalistischen Instituts vorwiegend die wichtigsten ausländischen Typen aufgenommen.

Der Katalog ist ergänzungsfähig als Loseblattsammlung in Reifmechaniken vom Format A 5 erschienen. Die Register in der Desimarkierung (geordnet nach Ländern und Typen) ermöglicht ein schnelles Auffinden der Fahrzeuge. Die Einleitung zum Katalog enthält u. a.

- Übersichten über die Kraftfahrzeugarten,
- Zeichnungen der Karosserie und Aufbauvarianten,
- Erläuterungen zu den technischen Daten,
- Hinweise zu den polizeilichen Kennzeichen der DDR und des Auslands mit Illustrationen.

Mit Hilfe des Katalogs können fachlich richtige Bezeichnungen zur Einteilung von Fahndungsmaßnahmen gewählt werden, z. B., ob es sich bei dem gesuchten Fahrzeug um eine

- Limousine mit Stufen-, Schräg-, Knick-, Fließ- oder Vollheck,
- Kombi mit Steil-Vollheck oder um eine

- Sattelzugmaschine mit Pritschenauflieger handelt.

Auf den Katalog-Typenblättern befinden sich auf der Vorderseite Registernummer, Fahrzeugart, Typ, Hersteller und die Bauzeit sowie das betreffende Kraftfahrzeug in zwei Ansichten, auf den Rückseiten wichtige technische Daten.

In dem Katalog wurden nur die in den Katalog bzw. die in großen Stückzahlen produzierten Kraftfahrzeuge anderer Länder aufgenommen. Weitere umfangreichere Kraftfahrzeug-Arbeitsblätter sind im Kriminalistischen Institut vorhanden. Diese Arbeitsblätter sind analog dem KTA-Katalog aufgebaut. Rainer Schill

Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit, nichts ist exotischer als unsere Umwelt, nichts ist phantasievoller als die Sachlichkeit.

Egon Erwin Kisch, Vorwort der ersten Ausgabe des Romanen Reporters, 1925

Christine Döhn, DT-64-Moderatorin mal privat. Wer sie hören will: Jeden Dienstag von 18 bis 19 Uhr im Metronom. Jeden Freitag von 16 bis 19 Uhr als Sprecherin.

Foto: Manfred Uhlenhut



Virtuos

Dichtes Verkehrsgewühl auf der Kreuzung. Im Mittelpunkt, auf dem Podest über allem stehend und für alle sichtbar, ein Verkehrsregler, der - inspiriert vom zahlreichen Publikum - alle Register seines Könnens zieht: Effektiv läßt er seinen Taktstock am rechten Handgelenk flimmernde Kreise wirbeln. Mit der Linken gestikuliert er virtuos, um seinen im Straßenlärm kaum vernahmbaren Zurufen an die Zuhörerschaft Nachdruck zu verleihen. Zwischen durch entlockt er seiner Signalpfeife ganze Serien schriller Triller.

Ob dieses Anblicks staunt ein am Straßenrand wartender Passant: „Wie ein Dirigent vor seinem Orchester!“ - Knurrt ein Kraftfahrer aus einem im Stau eingekleiteten PKW: „Es soll auch Dirigenten geben, die trotz imponierender Gesten weder für Rhythmus noch für Harmonie sorgen können.“

-orwe-

Polizeilada Kinder der Polizeistunde

Die Polizeistunde, die in Obervolta nach dem Militärputsch von November 1980 verhängt wurde, hat unerwartete Früchte getragen: In einem Jahr ist die Geburtenzahl fast um 8 Prozent gestiegen.

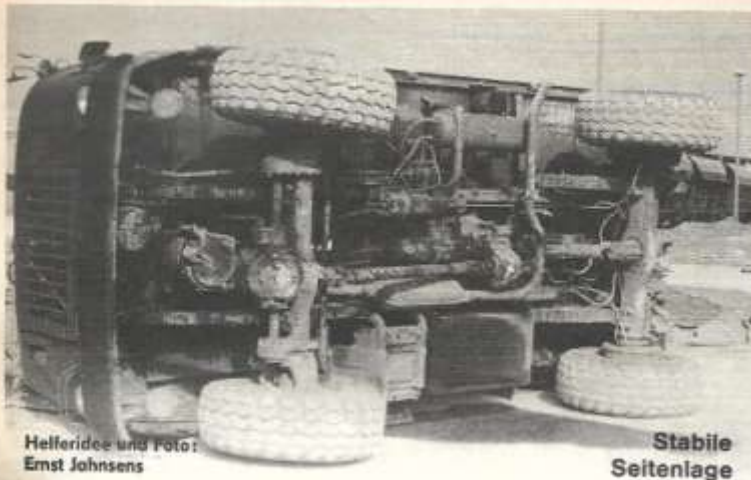
Ihr 20jähriges Bestehen feierte kürzlich die „VPKA-Formation“, eine Tanzmusik-Combo Frankfurter Volkspolizisten. Von Anfang an dabei ist Obermeister der VP Gerhard Hennig, unter dessen Leitung die fünf Musiker vor zahlreichen Kollektiven der Volkspolizei, der Kampfgruppen und der Feuerwehr auftraten. Ihre Rhythmen, die neben Elementen der Tanz- und der Unterhaltungsmusik auch liedhafte und folkloristische Farbtupfer enthalten, erfreuten schon viele Liebhaberherzen auf Veranstaltungen in Wohngebieten der Bezirksstadt an der Oder. Bei Leistungsvergleichen zeichnete sich die Combo mit beständig guten und sehr guten Leistungen aus. (VP-Korr.)

Foto: Werner Mönke

Oberleutnant der VP Klaus-Peter Längert



Musiker-Geburtstag



Helferidee und Foto:
Ernst Johnsens

Stabile
Seitenlage

Auflösung aus Heft 6/1982

Waagrecht: 1. Ordnungswidrigkeit, 14. Feuer, 15. Eis, 16. Ralle, 17. Emden, 18. Knete, 20. Nessel, 21. Niere, 22. do, 24. Tiare, 25. Sn, 26. Interessen, 30. AE, 32. du, 33. Alte, 34. Ort, 37. Ern, 38. Iim, 40. wen, 41. Art, 43. Arm, 45. Altai, 46. Erde, 48. Dia, 49. Ainu, 51. Ei, 52. Strafprozeßordnung.

Senkrecht: 1. Ofen, 2. Remise, 3. Duden, 4. Near, 5. Urne, 6. Sen, 7. Wiese, 8. Ist, 9. Grete, 10. Kogino, 11. Elsa, 12. Iler, 13. Telex, 18. Konditor, 19. Edelweiß, 23. Aster, 27. Tula, 28. Ra, 29. Sender, 30. Ara, 31. Knaut, 35. Radou, 36. tri, 37. Emir, 39. Miltz, 42. Tang, 44. Rat, 47. Eid, 50. Na.

ÜBER DEN HUMOR

Was ist das schon für ein Mensch, der keinen Scherz versteht! Wissen Sie, so einer ist kein wirklich kluger Mensch und mag er noch so geschickt sein!

Anton Tschschow

Ohne ein gewisses Quantum von Mumpitz geht es nicht.

Theodor Fontane

Oft ist ein guter Scherz ebenso nützlich wie ein Rettungsring.

Volkamund

Ein zur rechten Zeit geäußertes Scherzwort vermag die Atmosphäre zu entspannen, gestattet es allen Beteiligten, sich zu beruhigen und einen vernünftigen Kompromiß zu finden, ohne eine Kränkung hinnehmen zu müssen.

Alexander Luk

Entbindungsstation MILIZWACHE

Auf dem zentralen Wochenmarkt in Rostow am Don fühlte sich eine junge Frau urplötzlich unwohl. Sie gelangte bis in die nahe Milizwache. Sofort riefen die Genossen nach einem Arzt. Doch bevor eine Besatzung in weißen Kitteln eintraf, blieb drei Mitarbeiterinnen der Dienststelle nichts weiter übrig, als die Rolle einer Hebamme zu übernehmen. Das Neugeborene begrüßte die „Schnelle medizinische Hilfe“ mit kräftigem Geschrei.

In „Prawda“ gelesen von Eberhard Lohse



Foto: ZB

Der Keiler Grunzi Ringelschwanz vollführt heut' einen Freudentanz. Er liebt die Schweinedame Li, ein rosafarbenes Borstenvieh!

Doch da sie ihn nicht gleich erhört, ist Grunzi – wohl mit Recht! – empört. Statt Grunzen hört man ihn jetzt wimmern: „So ist das mit den Frauenzimmern ...“

Jürgen Molzen,
schreibender Volkspolizist

Abgekürzt

Abkürzungen sind Zeugen gediegener Stabskultur. Als ein Amtsleiter, langjährig Major, befördert wurde, geriet der S-Leiter in Verlegenheit. Wie würde wohl auf Anschreiben der neue Dienstgrad richtig abgekürzt? Und er schrieb nach ausgiebigem Grübeln und vergeblichem Suchen in Vordriften: Genossen Obstlt. ... Kam ein Schelm des Wegs und fragte: Zu welcher Obstsorte gehört der S-Leiter?
H. L.

E	B	E	R	T	B	T	B	M	H
S	I	R	E	V	E	B	O	A	
T								S	T
M	B	A	A	N	A	R	R		
A	B	A	A				O	A	
V						O	G	S	
B	E			O	G	E	E		
A	R	D	I	E			N	N	
E						U	E	F	S
E	N	H	A	N	O	I	T	A	

VORWÄRTS

RÜCKWÄRTS

Vorwärts: 1. SchauspielerIn, bekannt aus „Zwischen Frühstück und Gänsebraten“, 2. Lebenshauch, 3. Monat, 4. Grünfläche, 5. Struktur und Entwicklungsform der menschlichen Gesellschaft, 6. Schuhmacherwerkzeug, 7. Pferderennen, 8. Behörde, 9. Alarmvorrichtung, 10. erzählende Dichtung, 11. Fischeier, 12. Immergrüner Baum, 13. intensiv genutztes Stück Land, 14. Ebene, 15. Fliegenart, 16. Nebenfluß der Theiß, 17. glänzender Stoff, 18. schwedische Gesangsgruppe, 19. Sammlung von Aussprüchen, 20. Staat in Westafrika, 21. Nebenfluß der Wisla, 22. Niederschlag.

Rückwärts: Daseinsform – italienischer Maler „Ruhende Venus mit Amor“ – höckerloses Kamel – Nebenfluß der Donau – Währungseinheit in Rumänien – Trinkgefäß – Getränk – Angehöriger eines Volkes in der UdSSR – stark rhythmischer Tanz – Nebenfluß der Seine – für den Krankentransport – Nutzinsekt – russischer Schriftsteller – Fluß durch Anklam – Handrücken – ostasiatische Hauptstadt – Nadelbaum – indisches Wickelgewand – Nährmutter – Handlung – Weintraube.

Eingesandt von Norbert Heideklang

FORDERUNGEN DER VOLKSPOLIZEI

Ordnungswidrigkeitsrecht

Eine Ordnungswidrigkeit liegt im § 1 Abs. 1 OWVO vor, sobald ein Forderung der Volkspolizei, die bei der Abwehr einer unmittelbaren Gefahr für das soziale Leben, persönliche oder private Eigentum zu unterbinden, vorbeugen, abgrenzen oder nur ungenügend fügen kann, obwohl ihm dies ohne erhebliche Gefahr für sein Leben oder für seine Gesundheit oder ohne Verletzung wichtiger Pflichten möglich ist. Mit dieser Kern wird die Abwehr einer Gefahr oder die Vermeidung wichtiger Pflichten möglich ist. Mit dieser Kern wird die Abwehr einer Gefahr oder die Vermeidung wichtiger Pflichten möglich ist. Mit dieser Kern wird die Abwehr einer Gefahr oder die Vermeidung wichtiger Pflichten möglich ist.

VP 7/1982 Stichwortkartei

ÄHNLICHE, DIE ÖFFENTLICHE ORDNUNG STÖRENDE HANDLUNGEN

Die im § 1 Absatz 1 OWVO genannte Alternative „Ähnliche, die öffentliche Ordnung störende Handlungen“ bezieht sich auf das zwar eraklimen ruhensenden Leben, auf unruhige Störungen des sozialen Lebens, die sich durch die Öffentlichkeit, die von dem selbst getriebenen Abwehr des Abscheus 1 nicht erfüllt werden, kann Charakter nach aber seine Störungen darstellen und der gesamten Öffentlichkeit, werden von der öffentlichen Hand erfüllt. Sie wird angewandt, wenn die Ordnung des Sachverhalte ergibt, das keine der anderen Alternativen des Absatzes 1 in Betracht kommt, und mit dem Verfahren des Bürger keine andere spezielle Rechtsvorschrift besteht.

VP 7/1982 Stichwortkartei

GERINGFÜGIGE SACHBESCHÄDIGUNG (I)

Ordnungswidrigkeitsrecht

Die Grundidee des speziellen Eigentumsrechts gilt immer dann, wenn eindeutig die Tatbestandsmerkmale der speziellen Eigentumsrechte verletzt sind. Es handelt sich, das Sachverhalten dieser Art auch in Teilweise begeben werden können. Ein Person beschädigt vor dem Rat der Gemeinde auf seinem Grundstück und Feuerlöscher, die an einer Stelle vor dem Gebäude aufgestellt sind, insgesamt handelt es sich um geringfügige Sachbeschädigung. In diesem Fall sind strafrechtlich die Ordnungswidrigkeitsbestimmungen nach § 18 Absatz 1 Buchstabe b StGB und nach § 4 Absatz 1 OWVO erfüllt. Die Ordnungswidrigkeitsbestimmungen beziehen sich auf solche Sachverhalte, die sich jedoch die höhere der in dem vorgenannten Ordnungswidrigkeitsbestimmungen nach § 1 Abs. 1 OWVO eine Ordnungswidrigkeit von 100 Mark nicht überschreiten.

Prüfung, 3.

VP 7/1982 Stichwortkartei

GERINGFÜGIGE SACHBESCHÄDIGUNG (II)

Ordnungswidrigkeitsrecht

Wie wesentlich die soziale Rechte in der Öffentlichkeit erfüllt, indem er auf Straßen, Wegen und Plätzen, in öffentlichen Anlagen, Gebäuden, Einrichtungen oder Verkehrsmitteln öffentlich zugängliche Sachen oder Einrichtungen geringfügig beschädigt, beschadet oder verunreinigt, solche Sachen, soweit sie von geringem Wert sind, zerstört oder erheblich beschädigt, liegt nach § 4 Absatz 1 OWVO eine Ordnungswidrigkeit vor. Bei der Beschädigung oder Zerstörung Sachen oder Einrichtungen kann es sich sowohl um sachliche als auch geistige oder persönliche Eigentum handeln. Die Merkmale der Geringfügigkeit oder Unschwere liegen in dem Ordnungswidrigkeiten von Sachverhalte, zum Beispiel Sachverhalte § 18 StGB, vorübergehende Beschädigung sachlicher Eigentum § 18 StGB oder vorübergehende Sachbeschädigung § 18 StGB, etc. Auch innerhalb der Ordnungswidrigkeitsbestimmungen sind Abgrenzungspunkte zu beachten. Nicht jede Beschädigung oder Zerstörung von geringem Ausmaß wird von § 4 Absatz 1 OWVO erfüllt. Entsprechend dem Grundtatbestand der Eigentumsverletzung sind die Sachverhalte in folgenden Sachverhältnissen als Ordnungswidrigkeiten beizubehalten und danach zu ahnden: § 18 Absatz 1 Buchstabe b Sachbeschädigung (Beschädigung von Mitten und Seiten, die dem Brandschutz dienen), § 18 Absatz 1 Buchstabe c der Dritten Durchführungsbestimmung zum Landesstrafgesetzbuch (Beschädigung von Gebäuden und Parks), § 18 OWVO (Beschädigung von Waren, Möbeln, Figuren- oder Ausrüstungen). Unter dem Begriff „Ähnliche, die öffentliche Ordnung störende Handlungen“, verstanden in dem Absatz, sind in der weiteren Teile die Worte „nach § 18 StGB“ zu verstehen.

VP 7/1982 Stichwortkartei

Polizeilada

Polizeilada